



Eine wunderbare Freundschaft

Seehofer und BAYER

(monitor/swb) Der Bundestag hat vor Ostern die 3. Stufe der sog. Gesundheitsreform verabschiedet. Für kranke Menschen bedeutet dies in erster Linie: noch höhere Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalten, Kuren und Arzneimitteln. Aber während einige den Gürtel immer enger schnallen müssen, feiern BAYER und die gesamte Pharmabranche Rekordgewinne.

Das Pharmageschäft bei BAYER boomt. Konzernchef Schneider jubelte vor der Presse: „Wir haben Rekordwerte erzielt.“ In der Tat: Allein der Pharma-Umsatz kletterte bei BAYER im Jahr 1996 auf 7,2 Mrd. Mark (1995: 6,6 Mrd., plus 9%). Insgesamt konnten die Konzerne 1996 rund 1,3 Mrd. Mark mehr als im Vorjahr in den Apotheken der Bundesrepublik umsetzen. Ein Ergebnis der Seehofer'schen „Gesundheitspolitik“.

Pharmakritiker Dr. Gerd Glaeske von der Barmer Ersatzkasse in Wuppertal bezeichnet daher die in der 3. Stufe der sog. Gesundheitsreform beschlossenen Mehrbelastungen für Kranke als „reine Interessenpolitik“. Dr. Glaeske: „Es kann nicht sein, daß Leistungsanbieter ständig mehr und mehr verdienen und man auf der anderen Seite von PatientInnen ständig mehr und mehr an Selbstbeteiligung erwartet. Hier läuft etwas schief in der solidarischen Krankenversicherung.“

Während also „Otto- und Erna-NormalpatientIn“ demnächst für jedes vom Arzt verschriebene Rezept bis zu 10 Mark mehr zahlen müssen, freut sich der Verbandschef der Arzneimittelhersteller, Dr. Horst Freisler, über klingelnde Kassen: „Insgesamt war das Ge-

schäft sehr gut. Bis Oktober hatten wir noch Zuwachsraten von etwa 7 %.“ Doch dann pasierte etwas, das die gigantischen Zuwachsraten etwas bremste: „Da haben dann die Spar-Appelle der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gegriffen. Vor allem, weil sie die Ärzte massiv bedroht haben, sie müßten Überschreitungen des Budgets aus der eigenen Tasche zurückbezahlen,“ klagt Freisler.

Konzernchef Schneider jubelte vor der Presse: „Wir haben Rekordwerte erzielt.“

Die vom Pharma-Lobbyisten bejammerten Budgets für Arzneimittel sollten die Verordnungswut bei Medikamenten begrenzen und so Kosten sparen helfen. Doch eben jene Budgets wird es nach dem neuen Gesetz (ebenso wie die zuvor schon abgeschafften Festbeträge für Arzneimittel) nun nicht mehr geben. Vorgesehen sind statt dessen nur noch sogenannte „Richtgrößen“, die laut Seehofer äußerst flexibel gehandhabt werden können. Das Resultat: Die Ärzte werden wieder häufiger zum Rezeptblock greifen. Damit steigen

dann auch die Profite für BAYER und Co. – ein klarer Sieg der Pharmalobby, die mit BAYER-Vorständler und -Pharmachef Walter Wenninger, zugleich Vorsitzender des Verbandes der forschenden Arzneimittelhersteller (VfA) immer auf Tuchfühlung mit den Bonner EntscheidungsträgerInnen steht.

Für Dr. Glaeske von der Barmer Ersatzkasse ist die neue Regelung ein Unding: „Wenn das Budget nun fällt, heißt das, daß auch die Zuwächse unkontrollierbar sind. Darauf hat übrigens Herr Seehofer selbst hingewiesen. Das bedeutet: 7 bis 8 Mrd. Mark mehr an Ausgaben im Arzneimittelbereich, die der Pharmaindustrie zugute kommen.“

Doch Gesundheitsminister Seehofer ist zufrieden mit seiner Pharma-freundlichen Reform: „Ich bin ganz sicher, daß dies eine zukunftsfähige Lösung ist, wobei mein Beurteilungsspielraum in erster Linie ist, daß wir eine hohe Versorgungsqualität für die Menschen in Deutschland erreichen.“

Rekordumsätze bei BAYER und den anderen Pharmagiganten – ermöglicht durch die erhöhten Zuzahlungen von Kranken. Ein Konjunkturprogramm der besonderen Art.



STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

Die Arroganz der Macht

Keine Befassung mit kritischen Anträgen auf der BAYER-Hauptversammlung

WEITERE THEMEN

Erst Tracy, dann Dolly
Klon-Schaf von BAYER?

Risiko Antibiotika
Wiederkehr der Seuchen?

Nervenschäden durch Mückengift
BAYER-Gifte im Golfkrieg?





Eine wunderbare Freundschaft

Seehofer und BAYER

(monitor/swb) Der Bundestag hat vor Ostern die 3. Stufe der sog. Gesundheitsreform verabschiedet. Für kranke Menschen bedeutet dies in erster Linie: noch höhere Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalten, Kuren und Arzneimitteln. Aber während einige den Gürtel immer enger schnallen müssen, feiern BAYER und die gesamte Pharmabranche Rekordgewinne.

Das Pharmageschäft bei BAYER boomt. Konzernchef Schneider jubelte vor der Presse: „Wir haben Rekordwerte erzielt.“ In der Tat: Allein der Pharma-Umsatz kletterte bei BAYER im Jahr 1996 auf 7,2 Mrd. Mark (1995: 6,6 Mrd., plus 9%). Insgesamt konnten die Konzerne 1996 rund 1,3 Mrd. Mark mehr als im Vorjahr in den Apotheken der Bundesrepublik umsetzen. Ein Ergebnis der Seehoferschen „Gesundheitspolitik“.

Pharmakritiker Dr. Gerd Glaeske von der Barmer Ersatzkasse in Wuppertal bezeichnet daher die in der 3. Stufe der sog. Gesundheitsreform beschlossenen Mehrbelastungen für Kranke als „reine Interessenpolitik“. Dr. Glaeske: „Es kann nicht sein, daß Leistungsanbieter ständig mehr und mehr verdienen und man auf der anderen Seite von PatientInnen ständig mehr und mehr an Selbstbeteiligung erwartet. Hier läuft etwas schief in der solidarischen Krankenversicherung.“

Während also „Otto- und Erna-NormalpatientIn“ demnächst für jedes vom Arzt verschriebene Rezept bis zu 10 Mark mehr zahlen müssen, freut sich der Verbandschef der Arzneimittelhersteller, Dr. Horst Freisler, über klingelnde Kassen: „Insgesamt war das Ge-

schäft sehr gut. Bis Oktober hatten wir noch Zuwachsraten von etwa 7 %.“ Doch dann pasierte etwas, das die gigantischen Zuwachsraten etwas bremste: „Da haben dann die Spar-Appelle der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gegriffen. Vor allem, weil sie die Ärzte massiv bedroht haben, sie müßten Überschreitungen des Budgets aus der eigenen Tasche zurückbezahlen,“ klagt Freisler.

Konzernchef Schneider jubelte vor der Presse: „Wir haben Rekordwerte erzielt.“

Die vom Pharma-Lobbyisten bejammerten Budgets für Arzneimittel sollten die Verordnungswut bei Medikamenten begrenzen und so Kosten sparen helfen. Doch eben jene Budgets wird es nach dem neuen Gesetz (ebenso wie die zuvor schon abgeschafften Festbeträge für Arzneimittel) nun nicht mehr geben. Vorgesehen sind statt dessen nur noch sogenannte „Richtgrößen“, die laut Seehofer äußerst flexibel gehandhabt werden können. Das Resultat: Die Ärzte werden wieder häufiger zum Rezeptblock greifen. Damit steigen

dann auch die Profite für BAYER und Co. – ein klarer Sieg der Pharmedien, die mit BAYER-Vorständler und -Pharmachef Walter Weninger, zugleich Vorsitzender des Verbandes der forschenden Arzneimittelhersteller (VfA) immer auf Tuchfühlung mit den Bonner EntscheidungsträgerInnen steht.

Für Dr. Glaeske von der Barmer Ersatzkasse ist die neue Regelung ein Unding: „Wenn das Budget nun fällt, heißt das, daß auch die Zuwächse unkontrollierbar sind. Darauf hat übrigens Herr Seehofer selbst hingewiesen. Das bedeutet: 7 bis 8 Mrd. Mark mehr an Ausgaben im Arzneimittelbereich, die der Pharmaindustrie zugute kommen.“

Doch Gesundheitsminister Seehofer ist zufrieden mit seiner Pharma-freundlichen Reform: „Ich bin ganz sicher, daß dies eine zukunftsfähige Lösung ist, wobei mein Beurteilungsspielraum in erster Linie ist, daß wir eine hohe Versorgungsqualität für die Menschen in Deutschland erreichen.“

Rekordumsätze bei BAYER und den anderen Pharmagiganten – ermöglicht durch die erhöhten Zuzahlungen von Kranken. Ein Konjunkturprogramm der besonderen Art.



STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

Die Arroganz der Macht

Keine Befassung mit kritischen Anträgen auf der BAYER-Hauptversammlung

WEITERE THEMEN

Erst Tracy, dann Dolly
Klon-Schaf von BAYER?

Risiko Antibiotika
Wiederkehr der Seuchen?

Nervenschäden durch Mückengift
BAYER-Gifte im Golfkrieg?





Gurke des Quartals: OBSKURE ASPIRIN-WERBUNG

(ho) Schenkt mensch der BAYER-Werbung Glauben, dann kann der Tausendsassa ASPIRIN (bzw. ASPIRIN PLUS C) „so viel mehr“. Nicht genug, daß der Umsatzriese des Leverkusener Chemie-Multis Schmerzen stillt. Nein, ASPIRIN soll, so suggerieren es unzählige Plakatwände in der ganzen Republik, auch Erkältungskrankheiten heilen. Ein nacktes, in Schnee drapiertes, eng umschlungenes Pärchen, vermittelt zudem den Eindruck, daß ASPIRIN auch noch vor der Ansteckung mit Erkältungsviren schützt. (Eine der Headlines etwa lautet: „Wer ist hier mit wem erkältet?“) Irreführend schließlich ist auch der Gute Besserungs-Wunsch auf einer BAYER-Werbepostkarte. Denn ASPIRIN kann Erkältungskrankheiten keineswegs heilen, sondern bestenfalls - wie jedes andere Schmerzmittel auch - Beschwerden lindern. Und dies durchaus nicht nebenwirkungsfrei: Magenbeschwerden bis hin zu -Blutungen und Nierenschäden können die Folgen sein. Bei Risiken und Nebenwirkungen fressen Sie die Packungsbeilage und schlagen Sie Ihren Arzt oder Apotheker, oder?

Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern 15. Jahrgang Postvertriebsstück F 10848
Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.
Redaktion: v.i. S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf), Melanie Willms (mw), Burkhard Luner (bl), Volker Rekkittke (vr)
e-mail: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen. Geschäftsstelle: Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940
Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100, Postgiroamt Essen, Konto Nr. 378383 - 439, BLZ 360 100 43
Eigenverlag, Vertrieb: CBG
Layout: Rike Casper
Druck: Tiamat, Düsseldorf
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1997 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,-, 1/3 S. = 1 Spalte DM 350,- zzgl. MWSt.)
STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr.
Abopreise:
* Einzelabo (wird nur an Privatadressen geliefert, nur für Einzelpersonen möglich) DM 60,- (auf Antrag Ermäßig. auf DM 30,- mögl.)
* Für Archive, Vereine, Firmen, Institutionen etc. DM 120,- (für Projekte ohne Geld Ermäßigung möglich)
* Gruppenabo (5 Hefte je Ausgabe für den Vorstand/die Mitglieder) DM 140,-
* Ausland: Preise wie Inland
* Soli-Abo: Hier kann der Betrag über den regulären Betrag freiwillig erhöht werden. (Damit ermöglichen wir Abos für Knäste und Bedürftige.)
* Freiverkaufsabo: Nur zusätzlich zu einem regulären Grundabo möglich, DM 3,- je Heft je Ausgabe inkl. Porto
* Austausch-Abo mit anderen Zeitungen möglich und erwünscht
* Für Mitglieder und Förderer der CBG ist das Abo eines Heftes im Mitgliedsbeitrag enthalten.
* Einzelmitgliedschaft mind. 120,-/Jahr
* Fördermitgliedschaft mind. 180,-
* Gruppenmitgliedschaft bis 100 Mitgl. = 200,-, über 100 Mitgl. = 300,-, über 500 Mitgl. = 500,- DM
* KEYCODE BAYER: Personen/NGO's = 24 \$/Jahr, Institutionen = 100 \$/Jahr, Soli-Abos = 150 \$/Jahr

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.



Liebe Leserinnen und Leser



Eva Bulling-Schröter

Am 17. Februar dieses Jahres besuchte der Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten das sog. Pharmaforschungszentrum der BAYER AG in Wuppertal-Elberfeld. Der Anlaß: Die gerade in der parlamentarischen Beratung befindliche Novellierung des Tierschutzgesetzes. Die Vertreter von BAYER, HOECHST, SCHERING und anderen versuchten der Bundestagsdelegation erwartungsgemäß klarzumachen, warum die juristischen Barrieren für Tierversuche auf keinen Fall angehoben werden dürfen. Überraschend war eigentlich nur, daß gegen einen schärferen Tierschutz keineswegs mit fehlenden Alternativen oder mit der Abwägung von Gesundheitsinteressen des Menschen gegen die Lebensrechte der Tiere argumentiert wurde. Nein, ethische oder naturwissenschaftliche Argumente spielten überhaupt keine Rolle. In Wuppertal wurde mal wieder die Standortkeule geschwungen: Man habe sich mit dem geltenden Recht arrangiert, aber jede Verschärfung treibe die Pharmaforschung außer Landes. Denn: „Es muß für die Firma attraktiv sein, im Land zu bleiben.“

Die Vertreterin von HOECHST argumentierte mit Zeitverlusten. Zirka vier Monate Genehmigungsverfahren für Tierversuche (bei einer durchschnittlichen Entwicklungsdauer eines neuen Medikaments von 12 Jahren) würden Zeit, also viel Geld kosten. Der sog. Tierschutzbeauftragte der BAYER AG wurde noch deutlicher. Das Tierschutzrecht hindere nicht direkt die Pharmaforschung, aber es verhindere, daß im Forschungswettbewerb mit den anderen Konzernen, „das Maximale rausgeholt werden kann“. Die Forschung brauche entsprechende Rahmenbedingungen, sonst sei sie weg. Und wo nicht geforscht würde, sprich: wo die Politik den Unternehmen zuviel tierschützerische Auflagen macht, ergänzte der Leiter der BAYER-Pharma-Forschung, dort fände in der Regel auch nicht die Erstproduktion der neu entwickelten Medikamente statt. Und dies koste dann tausende Arbeitsplätze.

Was wir hier sehen ist nichts anderes als der Übergriff der von den Unternehmen ideologisch inszenierten Standortdebatte auf den Tierschutz. Wo alles mobil ist oder gemacht wird – Kapital, Waren

und angeblich auch Arbeitskräfte – da wächst der Druck auf jegliche Standards, seien es soziale oder ökologische. Wen wundert es dann noch, daß Industrie und Bundesregierung die Zeit für reif halten, das Tierschutzgesetz in wesentlichen Punkten, beispielsweise bei den Genehmigungsverfahren, auszuhöhlen. Daß Tierversuche überflüssig und nicht übertragbar sind, also prinzipiell verboten werden müssen, interessiert da wenig. Herhalten muß dagegen wiederum der „wachsende internationale Konkurrenzkampf“. Ein Druck also, den Wirtschaft und Politik mit ihrem Liberalisierungswahn immer wieder selber erzeugt und welcher der starken deutschen Wirtschaft in der Regel international Vorteile bringt. Die Förderung nach Deregulierung von Sozial- und Umweltstandards aus Wettbewerbsgründen ist nur die andere, leicht durchschaubare Seite dieser Gewinnmaximierungskonzeption.

Eva Bulling-Schröter ist umweltpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe und Mitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Eva Bulling-Schröter

Inhalt

BAYER- HAUPTVERSAMMLUNG

KritikerInnen erfolgreich

Seite 4

TAIWAN

Protest gegen Plastik-Werk

Seite 9

GENTECHNIK

Erst Tracy, dann Dolly

Seite 10

ANTIBIOTIKA

Die Wiederkehr der Seuchen

Seite 12

GOLFKRIEG

Nervenschäden durch
Mückengift?

Seite 15

ANSICHTEN

BAYER-Chef will Sozialabbau
und große Koalition

Seite 17

IG FARBEN

Wie AGFA das Naziregime
propagandistisch aufrüstet

Seite 18

POLITIK

BAYER mag Seehofer

Seite 20



Gurke des Quartals: OBSKURE ASPIRIN-WERBUNG

(ho) Schenkt mensch der BAYER-Werbung Glauben, dann kann der Tausendsassa ASPIRIN (bzw. ASPIRIN PLUS C) „so viel mehr“. Nicht genug, daß der Umsatzriese des Leverkusener Chemie-Multis Schmerzen stillt. Nein, ASPIRIN soll, so suggerieren es unzählige Plakatwände in der ganzen Republik, auch Erkältungskrankheiten heilen. Ein nacktes, in Schnee drapiertes, eng umschlungenes Pärchen, vermittelt zudem den Eindruck, daß ASPIRIN auch noch vor der Ansteckung mit Erkältungsviren schützt. (Eine der Headlines etwa lautet: „Wer ist hier mit wem erkältet?“) Irreführend schließlich ist auch der Gute-Besserungs-Wunsch auf einer BAYER-Werbepostkarte. Denn ASPIRIN kann Erkältungskrankheiten keineswegs heilen, sondern bestenfalls - wie jedes andere Schmerzmittel auch - Beschwerden lindern. Und dies durchaus nicht nebenwirkungsfrei: Magenbeschwerden bis hin zu -Blutungen und Nierenschäden können die Folgen sein. Bei Risiken und Nebenwirkungen fressen Sie die Packungsbeilage und schlagen Sie Ihren Arzt oder Apotheker, oder?

Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern 15. Jahrgang Postvertriebsstück F 10848
Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.
Redaktion: v.i. S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf), Melanie Willms (mw), Burkhard Luner (bl), Volker Rekkittke (vr)
e-mail: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen. Geschäftsstelle: Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940
Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100, Postgiroamt Essen, Konto Nr. 378383 - 439, BLZ 360 100 43
Eigenverlag, Vertrieb: CBG
Layout: Rike Casper
Druck: Tiamat, Düsseldorf
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1997 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,-, 1/3 S. = 1 Spalte DM 350,- zzgl. MWSt.)
STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr.
Abopreise:
* Einzelabo (wird nur an Privatadressen geliefert, nur für Einzelpersonen möglich) DM 60,- (auf Antrag Ermäßig. auf DM 30,- mögl.)
* Für Archive, Vereine, Firmen, Institutionen etc. DM 120,- (für Projekte ohne Geld Ermäßigung möglich)
* Gruppenabo (5 Hefte je Ausgabe für den Vorstand/die Mitglieder) DM 140,-
* Ausland: Preise wie Inland
* Soli-Abo: Hier kann der Betrag über den regulären Betrag freiwillig erhöht werden. (Damit ermöglichen wir Abos für Knäste und Bedürftige.)
* Freiverkaufsabo: Nur zusätzlich zu einem regulären Grundabo möglich, DM 3,- je Heft je Ausgabe inkl. Porto
* Austausch-Abo mit anderen Zeitungen möglich und erwünscht
* Für Mitglieder und Förderer der CBG ist das Abo eines Heftes im Mitgliedsbeitrag enthalten.
* Einzelmitgliedschaft mind. 120,-/Jahr
* Fördermitgliedschaft mind. 180,-
* Gruppenmitgliedschaft bis 100 Mitgl. = 200,-, über 100 Mitgl. = 300,-, über 500 Mitgl. = 500,- DM
* KEYCODE BAYER: Personen/NGO's = 24 \$/Jahr, Institutionen = 100 \$/Jahr, Soli-Abos = 150 \$/Jahr

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.



Liebe Leserinnen und Leser



Eva Bulling-Schröter

Am 17. Februar dieses Jahres besuchte der Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten das sog. Pharmaforschungszentrum der BAYER AG in Wuppertal-Elberfeld. Der Anlaß: Die gerade in der parlamentarischen Beratung befindliche Novellierung des Tierschutzgesetzes. Die Vertreter von BAYER, HOECHST, SCHERING und anderen versuchten der Bundestagsdelegation erwartungsgemäß klarzumachen, warum die juristischen Barrieren für Tierversuche auf keinen Fall angehoben werden dürfen. Überraschend war eigentlich nur, daß gegen einen schärferen Tierschutz keineswegs mit fehlenden Alternativen oder mit der Abwägung von Gesundheitsinteressen des Menschen gegen die Lebensrechte der Tiere argumentiert wurde. Nein, ethische oder naturwissenschaftliche Argumente spielten überhaupt keine Rolle. In Wuppertal wurde mal wieder die Standortkeule geschwungen: Man habe sich mit dem geltenden Recht arrangiert, aber jede Verschärfung treibe die Pharmaforschung außer Landes. Denn: „Es muß für die Firma attraktiv sein, im Land zu bleiben.“

Die Vertreterin von HOECHST argumentierte mit Zeitverlusten. Zirka vier Monate Genehmigungsverfahren für Tierversuche (bei einer durchschnittlichen Entwicklungsdauer eines neuen Medikaments von 12 Jahren) würden Zeit, also viel Geld kosten. Der sog. Tierschutzbeauftragte der BAYER AG wurde noch deutlicher. Das Tierschutzrecht hindere nicht direkt die Pharmaforschung, aber es verhindere, daß im Forschungswettbewerb mit den anderen Konzernen, „das Maximale rausgeholt werden kann“. Die Forschung brauche entsprechende Rahmenbedingungen, sonst sei sie weg. Und wo nicht geforscht würde, sprich: wo die Politik den Unternehmen zuviel tierschützerische Auflagen macht, ergänzte der Leiter der BAYER-Pharma-Forschung, dort fände in der Regel auch nicht die Erstproduktion der neu entwickelten Medikamente statt. Und dies koste dann tausende Arbeitsplätze.

Was wir hier sehen ist nichts anderes als der Übergriff der von den Unternehmen ideologisch inszenierten Standortdebatte auf den Tierschutz. Wo alles mobil ist oder gemacht wird – Kapital, Waren

und angeblich auch Arbeitskräfte – da wächst der Druck auf jegliche Standards, seien es soziale oder ökologische. Wen wundert es dann noch, daß Industrie und Bundesregierung die Zeit für reif halten, das Tierschutzgesetz in wesentlichen Punkten, beispielsweise bei den Genehmigungsverfahren, auszuhöhlen. Daß Tierversuche überflüssig und nicht übertragbar sind, also prinzipiell verboten werden müssen, interessiert da wenig. Herhalten muß dagegen wiederum der „wachsende internationale Konkurrenzkampf“. Ein Druck also, den Wirtschaft und Politik mit ihrem Liberalisierungswahn immer wieder selber erzeugt und welcher der starken deutschen Wirtschaft in der Regel international Vorteile bringt. Die Förderung nach Deregulierung von Sozial- und Umweltstandards aus Wettbewerbsgründen ist nur die andere, leicht durchschaubare Seite dieser Gewinnmaximierungskonzeption.

Eva Bulling-Schröter ist umweltpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe und Mitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Eva Bulling-Schröter

Inhalt

BAYER- HAUPTVERSAMMLUNG

KritikerInnen erfolgreich

Seite 4

TAIWAN

Protest gegen Plastik-Werk

Seite 9

GENTECHNIK

Erst Tracy, dann Dolly

Seite 10

ANTIBIOTIKA

Die Wiederkehr der Seuchen

Seite 12

GOLFKRIEG

Nervenschäden durch
Mückengift?

Seite 15

ANSICHTEN

BAYER-Chef will Sozialabbau
und große Koalition

Seite 17

IG FARBEN

Wie AGFA das Naziregime
propagandistisch aufrüstet

Seite 18

POLITIK

BAYER mag Seehofer

Seite 20



Keine Befassung mit kritischen Anträgen auf der BAYER-Hauptversammlung

Die Arroganz der Macht

Kurzerhand von der Tagesordnung gestrichen wurden die Anträge kritischer AktionärInnen auf der diesjährigen BAYER-Hauptversammlung am 30. April. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hatte in elf Punkten eine Änderung der Satzung beantragt: Doch mit Priorität für den Umweltschutz, Beteiligung von Frauen an den Entscheidungen im Unternehmen, Entschädigung für die Zwangsarbeiter der IG FARBEN und anderen „Unzumutbarkeiten“ wollte sich die Aktionärsversammlung in diesem Jahr nicht befassen.

Von Dr. Wiebke Rögner-Schwarz

Die Punkte wurden nicht einzeln diskutiert sondern darüber abgestimmt, sie en Block von der Tagesordnung abzusetzen. Und der Wille der Aktionärsmehrheit, vertreten durch die Banken, geschah. „Ein einmaliger Vorgang. So etwas hat es weder bei BAYER noch auf anderen Hauptversammlungen bisher gegeben“, kommentiert der Geschäftsführer der COORDINATION, Philipp Mimkes.

Seit fünfzehn Jahren treten die KonzernkritikerInnen auf den Aktionärsversammlungen des BAYER-Konzerns auf. Kleine Geplänkel vor dem Eingang der Kölner Messehallen gehören dazu: Die Kritischen AktionärInnen weisen mit Flugblättern und dem Transparent „Widerstand gegen BAYER-Global“ unter anderem auf den Versuch des Konzerns hin, in Taiwan ohne Umweltverträglichkeitsprüfung die weltgrößte Anlage zur Herstellung des Polyurethanrohstoffes TDI zu bauen. VertreterInnen der Belegschaft protestieren mit Pfeifkonzerten gegen den Arbeitsplatzabbau bei BAYER. Ein vom Konzern angeheuerter Fotograf knipst eifrig die Beteiligten, muß dann aber den Film herausrücken.

Drinne hören die KritikerInnen mit stoischer Ruhe mit an, wie der Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider darlegt: 1996 war zwar „für BAYER ein Wachstumsjahr mit neuen Rekorde“, der Umsatz wuchs um 4 Milliarden DM auf 48,6 Milliarden DM, man ist sich sicher, bald „das weltweit führende integrierte Chemie- und Pharmaunternehmen zu sein“, doch leider, leider: den Arbeitsplatzabbau in Deutschland kann das nicht aufhalten. Ja, wenn die Steuerreform der Regierungskoalition unverändert durchkäme – aber auch für diesen Fall macht man keine Versprechungen.

Die gleiche Gelassenheit gegenüber den kritischen Anfragen der COORDINATION kann der Vorstand und die Mehrheit der anwesenden AktionärInnen nicht aufbringen. „Diese Ortsam bekannte Gruppierung“ ließe nichts unversucht, BAYER zu diffamieren, das Ansehen und die Interessen des Konzerns zu schädigen, so Schneider erbittert, noch ehe überhaupt ein Kritiker zu Wort gekommen ist. Wer die Senkung der Dividende zugunsten des Ausgleichs von BAYER verursachter Umweltschäden fordert, wer verlangt, BAYER möge weltweit den Verzicht auf Kinderarbeit, auch bei Zulieferern, garantieren oder gar die freie gewerkschaftliche Betätigung in allen Betrieben, muß sich schon mal sagen lassen, er sei „gar kein richtiger Aktionär“. Die Taiwanerin Uie-Liang Liou, die von der Angst ihrer Landsleute vor dem nahe der Großstadt Taichung geplanten Chemiewerk berichtet, erhält die Antwort, sie möge doch das nächste mal ihren Text nicht vom Blatt ablesen. Und während ein älterer Herr die Entschädigung von NS-Opfern der IG FARBEN fordert, wird auf dem Podium gefeiert. Besonders pikiert reagiert der Vorstandsvorsitzende schließlich als Philipp Mimkes die Bewerbung des Haushaltsgiftes BAY-

GON in Guatemala anprangert. Der Slogan „der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität“ – Mimkes: „Das ist Werbung mit dem Holocaust“ – wurde ja schließlich zurückgezogen.

Reden lassen mußte man sie, die Kritischen AktionärInnen. Der Aufsichtsratsvorsitzende Strenger äußerte zwar immer wieder Verständnis für Pöbeleien und Zwischenrufe aus dem Saal, verwies aber auf das Aktienrecht, das dergleichen leider ermögliche. Ob es rechtlich zulässig war, alle kritischen Tagesordnungspunkte ohne Abstimmung der einzelnen Anträge zu streichen, oder die Hauptversammlung womöglich wiederholt werden muß, wird die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN jetzt prüfen lassen.

Ein Konzern am Pranger Die kritischen Redebeiträge auf der BAYER-HV

- 1. Hermann Keßler** (Bündnis 90/Grüne): Umbau der chemischen Industrie und Sustainable Development
- 2. Uie-Liang Liou:** Proteste gegen TDI-Anlage in Taiwan
- 3. Dr. Sigrid Müller** (Pharmakologin): Proteste gegen einen von BAYER mitfinanzierten Krankenhausbau in Sheffield sowie Fragen zur Positivliste
- 4. Siebo Janssen** (amnesty international): Arbeitsbedingungen bei Zulieferfirmen in Indonesien
- 5. Wolfgang Teuber** (DKP): strategische Ausrichtung von BAYER, Vernichtung von Arbeitsplätzen
- 6. Karin Pichlbauer** (Buko Pharma-Kampagne): Kritik an gefährlichen Indikationen von ASPIRIN PARA NINOS
- 7. Dr J.-C. Kingreen** (terre des hommes-Ärztenteinitiative): ebenfalls ASPIRIN PARA NINOS
- 8. Gregor Bornes** (GenEthisches Netzwerk): Fragen zu Gentechnik und Agrobusiness
- 9. Bernhard Scholer** (PAN): Fragen zu Pestizidmißbrauch in Kambodscha
- 10. Dr. Stefan Lanka** (Arzt): Spätfolgen von Antibiotika, Resistenzbildung
- 11. Wolfgang Kühr** (BBU): CO2-Problematik, Rio-Konvention, Klimaprobleme
- 12. Pastor Frackmann:** Entschädigung von Zwangsarbeitern, Rechte von Gewerkschaftlern in Entwicklungsländern
- 13. Philipp Mimkes** (CBG): Kartellverfahren gegen HAARMANN & REIMER in USA, Entschädigung von Zwangsarbeitern, Arbeitsbedingungen in Guatemala
- 14. Melanie Willms** (CBG): Gentechnik bei BAYER
- 15. Axel Köhler-Schnura** (CBG): Rechte von AnwohnerInnen von Industrieanlagen, Vorstellung der Gegenanträge, alternative Gewinnverteilung

Ein Konzern sieht rot Rede von Uie-Liang Liou, Vertreterin der Anti-BAYER Action Union aus Taiwan

Guten Tag, mein Name ist Liou. Ich komme aus Taiwan. BAYER plant in Taiwan eine große Fabrik zur Herstellung von Kunststoff. Hierfür wird auch das gefährliche Phosgen verwendet. BAYER hat aber die Bevölkerung überhaupt nicht über die Gefahren informiert. Es gab keine Sicherheitsprüfung. Viele Leute in Taiwan haben große Angst vor dieser Anlage. Deswegen hat sich in Taiwan eine Bürgerinitiative gebildet, sie heißt Anti-BAYER-Action-Union. Für diese Gruppe spreche ich hier.

BAYER hat unsere Regierung erpreßt. Sie verlangten einen Pachtvertrag von 100 Jahren und finanzielle Vorrechte. Sie wollten eine sofortige Genehmigung ohne Prüfung. Wir finden, dies ist eine Form von Kolonialismus!

Wir wissen, in Deutschland wird eine Phosgenanlage lange geprüft. In Taiwan wollte BAYER keine Sicherheitsprüfung vornehmen und die Bevölkerung nicht informieren. Das sind doch doppelte Standards!

Dadurch ist das Ansehen von Deutschland und von BAYER in Taiwan beschädigt worden. Die Menschen in Taiwan fühlen sich betrogen! Wir fordern ein demokratisches Vorgehen! Sie müssen im Ausland dieselben Standards wie in Deutschland anwenden. Dieselben Menschenrechte, dieselben Umweltstandards und dieselben Sicherheitsstandards. Aber Sie haben meine Landsleute überhaupt nicht über die Gefahren informiert!

Ich frage den Vorstand, wie sollen wir Ihnen noch vertrauen? Deswegen hat unsere Gruppe in Taiwan große Demonstrationen organisiert mit 4.000 Menschen. Auch das Parlament und Wissenschaftler und Professoren fordern von BAYER eine Sicherheitsprüfung.

Wir haben erst später gehört, daß in anderen BAYER-Fabriken (z.B. Brasilien) oft Phosgen ausgetreten ist. Auch TDA, das in Taiwan produziert werden soll, ist krebserregend.

Wie reagiert BAYER auf die Kritik in Taiwan? Mit Betrug, Erpressung und Bestechung. In meiner Heimat gibt es kein Vertrauen zu BAYER mehr! Wir verlangen

- Kein Kolonialismus: BAYER darf keine Vorrechte beim Pachtvertrag verlangen!
- Keine Vorrechte: BAYER muß in Taiwan die Gesetze beachten!
- Kein Betrug: Wir verlangen von Ihnen genaue Information der Bevölkerung über die Gefahren.
- Demokratisches Vorgehen: Wir verlangen eine öffentliche Abstimmung in Taiwan über die Fabrik! Das Ergebnis müssen Sie akzeptieren!



Keine Befassung mit kritischen Anträgen auf der BAYER-Hauptversammlung

Die Arroganz der Macht

Kurzerhand von der Tagesordnung gestrichen wurden die Anträge kritischer AktionärInnen auf der diesjährigen BAYER-Hauptversammlung am 30. April. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hatte in elf Punkten eine Änderung der Satzung beantragt: Doch mit Priorität für den Umweltschutz, Beteiligung von Frauen an den Entscheidungen im Unternehmen, Entschädigung für die Zwangsarbeiter der IG FARBEN und anderen „Unzumutbarkeiten“ wollte sich die Aktionärsversammlung in diesem Jahr nicht befassen.

Von Dr. Wiebke Rögner-Schwarz

Die Punkte wurden nicht einzeln diskutiert sondern darüber abgestimmt, sie en Block von der Tagesordnung abzusetzen. Und der Wille der Aktionärsmehrheit, vertreten durch die Banken, geschah. „Ein einmaliger Vorgang. So etwas hat es weder bei BAYER noch auf anderen Hauptversammlungen bisher gegeben“, kommentiert der Geschäftsführer der COORDINATION, Philipp Mimkes.

Seit fünfzehn Jahren treten die KonzernkritikerInnen auf den Aktionärsversammlungen des BAYER-Konzerns auf. Kleine Geplänkel vor dem Eingang der Kölner Messehallen gehören dazu: Die Kritischen AktionärInnen weisen mit Flugblättern und dem Transparent „Widerstand gegen BAYER-Global“ unter anderem auf den Versuch des Konzerns hin, in Taiwan ohne Umweltverträglichkeitsprüfung die weltgrößte Anlage zur Herstellung des Polyurethanrohstoffes TDI zu bauen. VertreterInnen der Belegschaft protestieren mit Pfeifkonzerten gegen den Arbeitsplatzabbau bei BAYER. Ein vom Konzern angeheuerter Fotograf knipst eifrig die Beteiligten, muß dann aber den Film herausrücken.

Drinne hören die KritikerInnen mit stoischer Ruhe mit an, wie der Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider darlegt: 1996 war zwar „für BAYER ein Wachstumsjahr mit neuen Rekorde“, der Umsatz wuchs um 4 Milliarden DM auf 48,6 Milliarden DM, man ist sich sicher, bald „das weltweit führende integrierte Chemie- und Pharmaunternehmen zu sein“, doch leider, leider: den Arbeitsplatzabbau in Deutschland kann das nicht aufhalten. Ja, wenn die Steuerreform der Regierungskoalition unverändert durchkäme – aber auch für diesen Fall macht man keine Versprechungen.

Die gleiche Gelassenheit gegenüber den kritischen Anfragen der COORDINATION kann der Vorstand und die Mehrheit der anwesenden AktionärInnen nicht aufbringen. „Diese Ortsam bekannte Gruppierung“ ließe nichts unversucht, BAYER zu diffamieren, das Ansehen und die Interessen des Konzerns zu schädigen, so Schneider erbittert, noch ehe überhaupt ein Kritiker zu Wort gekommen ist. Wer die Senkung der Dividende zugunsten des Ausgleichs von BAYER verursachter Umweltschäden fordert, wer verlangt, BAYER möge weltweit den Verzicht auf Kinderarbeit, auch bei Zulieferern, garantieren oder gar die freie gewerkschaftliche Betätigung in allen Betrieben, muß sich schon mal sagen lassen, er sei „gar kein richtiger Aktionär“. Die Taiwanerin Uie-Liang Liou, die von der Angst ihrer Landsleute vor dem nahe der Großstadt Taichung geplanten Chemiewerk berichtet, erhält die Antwort, sie möge doch das nächste mal ihren Text nicht vom Blatt ablesen. Und während ein älterer Herr die Entschädigung von NS-Opfern der IG FARBEN fordert, wird auf dem Podium gefeiert. Besonders pikiert reagiert der Vorstandsvorsitzende schließlich als Philipp Mimkes die Bewerbung des Haushaltsgiftes BAY-

GON in Guatemala anprangert. Der Slogan „der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität“ – Mimkes: „Das ist Werbung mit dem Holocaust“ – wurde ja schließlich zurückgezogen.

Reden lassen mußte man sie, die Kritischen AktionärInnen. Der Aufsichtsratsvorsitzende Strenger äußerte zwar immer wieder Verständnis für Pöbeleien und Zwischenrufe aus dem Saal, verwies aber auf das Aktienrecht, das dergleichen leider ermögliche. Ob es rechtlich zulässig war, alle kritischen Tagesordnungspunkte ohne Abstimmung der einzelnen Anträge zu streichen, oder die Hauptversammlung womöglich wiederholt werden muß, wird die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN jetzt prüfen lassen.

Ein Konzern am Pranger
Die kritischen Redebeiträge auf der BAYER-HV

1. **Hermann Keßler** (Bündnis 90/Grüne): Umbau der chemischen Industrie und Sustainable Development
2. **Uie-Liang Liou**: Proteste gegen TDI-Anlage in Taiwan
3. **Dr. Sigrid Müller** (Pharmakologin): Proteste gegen einen von BAYER mitfinanzierten Krankenhausbau in Sheffield sowie Fragen zur Positivliste
4. **Siebo Janssen** (amnesty international): Arbeitsbedingungen bei Zulieferfirmen in Indonesien
5. **Wolfgang Teuber** (DKP): strategische Ausrichtung von BAYER, Vernichtung von Arbeitsplätzen
6. **Karin Pichlbauer** (Buko Pharma-Kampagne): Kritik an gefährlichen Indikationen von ASPIRIN PARA NINOS
7. **Dr J.-C. Kingreen** (terre des hommes-Ärztenteinitiative): ebenfalls ASPIRIN PARA NINOS
8. **Gregor Bornes** (GenEthisches Netzwerk): Fragen zu Gentechnik und Agrobusiness
9. **Bernhard Scholer** (PAN): Fragen zu Pestizidmißbrauch in Kambodscha
10. **Dr. Stefan Lanka** (Arzt): Spätfolgen von Antibiotika, Resistenzbildung
11. **Wolfgang Kühr** (BBU): CO2-Problematik, Rio-Konvention, Klimaprobleme
12. **Pastor Frackmann**: Entschädigung von Zwangsarbeitern, Rechte von Gewerkschaftlern in Entwicklungsländern
13. **Philipp Mimkes** (CBG): Kartellverfahren gegen HAARMANN & REIMER in USA, Entschädigung von Zwangsarbeitern, Arbeitsbedingungen in Guatemala
14. **Melanie Willms** (CBG): Gentechnik bei BAYER
15. **Axel Köhler-Schnura** (CBG): Rechte von AnwohnerInnen von Industrieanlagen, Vorstellung der Gegenanträge, alternative Gewinnverteilung

Ein Konzern sieht rot
Rede von Uie-Liang Liou, Vertreterin der Anti-BAYER Action Union aus Taiwan

Guten Tag, mein Name ist Liou. Ich komme aus Taiwan. BAYER plant in Taiwan eine große Fabrik zur Herstellung von Kunststoff. Hierfür wird auch das gefährliche Phosgen verwendet. BAYER hat aber die Bevölkerung überhaupt nicht über die Gefahren informiert. Es gab keine Sicherheitsprüfung. Viele Leute in Taiwan haben große Angst vor dieser Anlage. Deswegen hat sich in Taiwan eine Bürgerinitiative gebildet, sie heißt Anti-BAYER-Action-Union. Für diese Gruppe spreche ich hier.

BAYER hat unsere Regierung erpreßt. Sie verlangten einen Pachtvertrag von 100 Jahren und finanzielle Vorrechte. Sie wollten eine sofortige Genehmigung ohne Prüfung. Wir finden, dies ist eine Form von Kolonialismus!

Wir wissen, in Deutschland wird eine Phosgenanlage lange geprüft. In Taiwan wollte BAYER keine Sicherheitsprüfung vornehmen und die Bevölkerung nicht informieren. Das sind doch doppelte Standards!

Dadurch ist das Ansehen von Deutschland und von BAYER in Taiwan beschädigt worden. Die Menschen in Taiwan fühlen sich betrogen! Wir fordern ein demokratisches Vorgehen! Sie müssen im Ausland dieselben Standards wie in Deutschland anwenden. Dieselben Menschenrechte, dieselben Umweltstandards und dieselben Sicherheitsstandards. Aber Sie haben meine Landsleute überhaupt nicht über die Gefahren informiert!

Ich frage den Vorstand, wie sollen wir Ihnen noch vertrauen? Deswegen hat unsere Gruppe in Taiwan große Demonstrationen organisiert mit 4.000 Menschen. Auch das Parlament und Wissenschaftler und Professoren fordern von BAYER eine Sicherheitsprüfung.

Wir haben erst später gehört, daß in anderen BAYER-Fabriken (z.B. Brasilien) oft Phosgen ausgetreten ist. Auch TDA, das in Taiwan produziert werden soll, ist krebserregend.

Wie reagiert BAYER auf die Kritik in Taiwan? Mit Betrug, Erpressung und Bestechung. In meiner Heimat gibt es kein Vertrauen zu BAYER mehr! Wir verlangen

- Kein Kolonialismus: BAYER darf keine Vorrechte beim Pachtvertrag verlangen!
- Keine Vorrechte: BAYER muß in Taiwan die Gesetze beachten!
- Kein Betrug: Wir verlangen von Ihnen genaue Informaiton der Bevölkerung über die Gefahren.
- Demokratisches Vorgehen: Wir verlangen eine öffentliche Abstimmung in Taiwan über die Fabrik! Das Ergebnis müssen Sie akzeptieren!

Bei seiner Antwort sah der Vorstandsvorsitzende des BAYER-Konzerns, Dr. Manfred Schneider, rot: „Wenn Sie einen Dialog mit uns wünschen, dürfen Sie hier keinen vorbereiteten Text vorlesen (Hier stellt sich natürlich die Frage, ob Dr. Schneider in Taiwan eine freie Rede auf chinesisch halten könnte/Frau Uie-Liang Liou sprach deutsch!) Im übrigen, so Schneider, „hält sich BAYER an die Vorschriften und hat die Bevölkerung umfassend informiert.“

Profite steigen - Arbeitsplätze vernichtet

(swb) Kräftig gestiegen sind im vergangenen Jahr Umsatz und Gewinn von BAYER: Der Umsatz lag 1996 bei 48,6 Mrd DM und soll im laufenden Geschäftsjahr erstmals 50 Mrd DM übersteigen. Der Gewinn vor Steuern lag mit 4,5 Mrd DM um 13 % höher als im Vorjahr, der Gewinn nach Steuern beträgt 2,7 Mrd DM. Trotz dieser Rekordzahlen und trotz des „Beschäftigungssicherungspakts“ mit der IG CHEMIE wird die Belegschaft im laufenden Jahr von jetzt 144.000 weltweit um weitere 1.000 reduziert, hiervon betroffen ist vor allem das Werk Leverkusen.

Die Tagesordnungspunkte für Entschädigung aller Opfer-ökologisch-sozialer Umbau des Konzerns

(pm) Mit Hilfe des großen Aktienpakets des Aktionärs Henry Nold (200 Tsd. Aktien) konnte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) elf Satzungsänderungen auf die Tagesordnung bringen (Tagesordnungspunkte 7-17). Im Handstreich ließ der Vorstand die Befassung dieser Tagesordnungspunkte en bloc abstimmen. Ca. 6 Mio. Aktien (Kurswert ca. 420 Mio. DM) stimmten mit uns bzw. enthielten sich der Stimme. Leider (und erwartungsgemäß) stimmten die Banken und Versicherungen mit ihren ca. 350 Mio. Aktien für die Absetzung der Tagesordnungspunkte. Hier die Vorschläge der CBG:

TOP 7: „Die Gesellschaft anerkennt ihre bleibende Verantwortung für ihre IG FARBEN-Geschichte - insbesondere auch für das den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sowie den Opfern von Menschenversuchen zugefügte Leid und Unrecht. Sie sorgt für die rückhaltlose öffentliche Aufklärung der gesamten Firmengeschichte. Sie bestätigt den Rechtsanspruch ihrer ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf finanzielle Entschädigung und entschädigt sie bzw. deren Hinterbliebene auf Basis des vorenthaltenen

Lohns zuzüglich entgangener Zinsen. Den Überlebenden der Menschenversuche wird eine lebenslange monatliche Rente von 4.000 DM zugestanden.“

TOP 8: „Die Gesellschaft entwickelt und produziert keine Güter, die für militärische Zwecke bestimmt sind.“

TOP 9: „In Ländern, deren Regierungen keine demokratische Legitimation besitzen oder aus denen Berichte über staatlich veranlaßte oder staatlich geduldete Menschenrechtsverletzungen vorliegen, tätigt die Gesellschaft keine Geschäfte. Gleiches gilt für Geschäfte mit staatlichen Unternehmen entsprechender Länder.“

TOP 10: „Die Gesellschaft garantiert ihren Beschäftigten weltweit in allen Niederlassungen weitestgehende gewerkschaftliche Freiheit, insbesondere Organisations- und Versammlungsfreiheit, Kündigungsschutz für gewählte und kandidierende Belegschaftsvertreter und Mitspracherechte der Beschäftigten bei allen arbeitnehmerspezifischen Belangen. In Staaten, in denen sie diese Rechte nicht garantieren kann, unterhält sie keine Niederlassungen.“

TOP 11: „Priorität bei der Verfolgung der Unternehmensziele haben die Belange des Umweltschutzes und der Bewahrung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf körperliche Unversehrtheit. Die Gesellschaft unterläßt alle Geschäfte, die diesen Zielen zuwiderlaufen könnten. Insbesondere verzichtet die Gesellschaft auf gentechnische Forschung und gentechnisch hergestellte Produkte.“

TOP 12: „Die Gesellschaft leistet umfassende finanzielle Entschädigungen an alle Personen, die durch ihre Geschäftsaktivitäten oder durch ihre Produkte gesundheitlich geschädigt wurden. Auch eine rückwirkende Produkthaftung wird übernommen“

TOP 13: „Frauen werden in der Gesellschaft gleichberechtigt an allen Entscheidungsprozessen beteiligt. Leitende Gremien und Führungspositionen werden paritätisch besetzt.“

TOP 14: „Schwerbehinderte Arbeitskräfte werden im größtmöglichen Umfang beschäftigt. Die Gesellschaft erfüllt mindestens die gesetzlich vorgeschriebene Mindestquote für schwerbehinderte Beschäftigte, sorgt für eine optimale Gestaltung behindertengerechter Arbeitsplätze und bietet den schwerbehinderten Beschäftigten bestmögliche Qualifizierungs- und Aufstiegschancen.“

TOP 15: „Aufsichtsratssitzungen finden öffentlich statt.“

TOP 16: „Durch die Hauptversammlung können nur Personen in den Aufsichtsrat gewählt werden, die keine Mandate in anderen Vorständen oder Aufsichtsräten innehaben.“

TOP 17: „Eine Erweiterung der Tagesordnung kann von jedem Aktionär und jeder Aktionärin beantragt werden.“

Kinderarbeit und Komplott mit Diktatoren
Auszüge aus der Rede von Siebo Janssen/ amnesty international, Mitglied der CBG

Laut amnesty international-Jahresbericht von 1996 gab es in Indonesien, wie auch in den Vorjahren, zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, wie z.B. Folter, „Verschwindenlassen“ von Gefangenen, extralegale Hinrichtungen, gerichtliche Schnellverfahren und die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe.

Wer die Senkung der Dividende zugunsten des Ausgleichs von BAYER verursachter Umweltschäden fordert, wer verlangt, BAYER möge weltweit den Verzicht auf Kinderarbeit, auch bei Zulieferern, garantieren oder gar die freie gewerkschaftliche Betätigung in allen Betrieben, muß sich schon mal sagen lassen, er sei „gar kein richtiger Aktionär“.

1995 befand sich der indonesische Staatspräsident Suharto auf Staatsbesuch in Deutschland. BAYER empfing den Hauptverantwortlichen für die oben dargestellten Menschenrechtsverletzungen nicht nur, sondern auf Kosten von BAYER wurde Suharto auch von Bonn nach Leverkusen im Helikopter geflogen. In diesem Zusammenhang die erste Frage: Es ist bekannt, daß der Suharto-Clan alle wesentlichen Bereiche der indonesischen Ökonomie kontrolliert; inwieweit gibt es personelle Verbindungen zwischen BAYER Indonesien und dem Suharto-Clan? Sitzen Vertraute von Suharto im Aufsichtsrat von BAYER Indonesien?

Die folgenden Fragen beziehen sich auf einen Bericht der indonesischen Kinderschutzorganisation KOMPAK vom 15.3.1997 bezüglich der BAYER Lizenznehmer PT Sinar Plataco (PT SP) und PT Globina Kanya (PT GK) in Indonesien: Inwieweit kommt BAYER als Lizenzgeber seinen Pflichten nach, die Produkte wie auch die Produktionsstätten seiner Lizenznehmer regelmäßig auf die geltenden Sicherheitsstandards hin zu kontrollieren?

Aus der Firma PT Sinar Plataco gibt es Berichte, daß die Belüftung mangelhaft ist und die dortigen Arbeiter giftigen Dämpfen ausgesetzt werden; darüberhinaus klagen die Arbeiter von PT SP zu 95% über Husten und Kopfschmerzen, zu 66% über Asthma, Haut- und Lungenproblemen sowie zu 30% über Augenschmerzen. Inwieweit sind Ihnen diese Probleme bekannt und inwieweit will BAYER, wenn

Im Schatten des Kreuzes
Der „Alternative
Geschäftsbericht 1997“

Wie in den Vorjahren bereits legt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auch in diesem Jahr einen „Alternativen Geschäftsbericht 1997“ vor. Er enthält alle Reden der Kritischen AktionärInnen im vollen Wortlaut, die Antworten des BAYER-Vorstands, sämtliche Gegenanträge und Tagesordnungserweiterungen, Aktionsberichte, die BAYER-Bilanzen der letzten 10 Jahre und viele weitere Informationen. A4-Format, ca. 70 Seiten, 23 DM (incl. 8 DM Versand). Zu bestellen bei: CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf oder unter Tel: 0211-333 911, Fax: 0211-333 940

Diese Angaben zutreffen, Abhilfe schaffen?

In Indonesien werden die beiden Produkte AUTAN und BAYGON produziert; die verwendeten Chemikalien Propoxur, Dichlorvos, Diethyltoluamid bewirken Sehschwächen, Nervenschäden und Kopfschmerzen. Besonders Dichlorvos (Gefahrenstufe Ib = hochgefährlich nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation) gilt als hochgefährlich. Nach Packungsaufdruck ist Dichlorvos in BAYGON nicht mehr enthalten. Untersuchungen eines unabhängigen Instituts haben aber ergeben, daß BAYGON nach wie vor 4% Dichlorvos enthält. Wurden hier Reste weiterverwertet bzw. wurde lediglich der Packungsaufdruck geändert? Inwieweit wird BAYER Deutschland bei seinen Lizenznehmern darauf drängen, Dichlorvos nicht mehr zu verwenden?

Desweiteren gibt es Hinweise auf gravierende Mängel bei der Einführung neuer Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätze. Z. B. fehlt es ganz überwiegend an Sicherheitshinweisen für die Arbeiter, darüberhinaus werden Schutzmasken ausgeteilt, die wohl lediglich aus Stoff bestehen und die giftigen Dämpfe nicht filtern können. Inwieweit sind BAYER Deutschland diese Vorgänge bekannt und inwieweit wird, wenn diese Vorwürfe stimmen, BAYER Deutschland Abhilfe bei seinen Lizenznehmern schaffen?

Weiterhin gibt es Vorwürfe, die sich darauf beziehen, daß minderjährige Arbeitskräfte (15-16jährige) im Werk PT SP arbeiten, obwohl ein offizielles Eintrittsalter von 18 Jahren existiert. Sind BAYER Deutschland diese Vorwürfe bekannt und inwieweit wollen Sie Abhilfe schaffen?

Lassen Sie mich als Letztes zwei allgemeine Anmerkungen machen. Unabhängig von den konkreten Vorwürfen, sollte BAYER sich überlegen, ob es weiterhin in Ländern wie Indonesien und China, in denen fundamentale Menschenrechte mit Füßen getreten werden, investieren will. Nicht jede ökonomisch lukrati-

ve Perspektive ist unter ethisch und moralischen Gesichtspunkten vertretbar. Dies sollte BAYER bei seinem Auslandsengagement zum Maßstab seiner Entscheidungen machen. Mir kommt es manchmal so vor, als ob Menschenrechte für BAYER nicht nur keine tragende sondern überhaupt keine Rolle spielen.

Unabhängig von den konkreten Vorwürfen, sollte BAYER sich überlegen, ob es weiterhin in Ländern wie Indonesien und China, in denen fundamentale Menschenrechte mit Füßen getreten werden, investieren will.

Der Antrag, die TOPs 7-18 von der Tagesordnung durch Beschluß der HV streichen zu lassen, zeigt einmal mehr, mit welcher undemokratischen Methoden hier gearbeitet wird. Formal ist dieser Antrag sicherlich zulässig, ob die HV eine solche Entscheidung moralisch vertreten kann, bezweifle ich. Und auch die Aktionäre haben eine Mitverantwortung für die Geschäftspolitik des BAYER-Konzerns und seines Vorstands. In diesem Sinne bitte ich Sie, gegen den Antrag auf Streichung der TOPs 7-18 zu stimmen und ansonsten den Vorschlägen und Gegenanträgen der kritischen Aktionäre zu folgen.

Schulterschuß im Aufsichtsrat

Strenger weitere 5 Jahre im Amt

(swb) Nachdem sich Vorstandschef Manfred Schneider für weitere 5 Jahre im Amt bestätigen ließ (diese Ehre wurde den wenigsten seiner Vorgänger zuteil, normalerweise ist nach 5 Jahren Schluß), wurde auch der Aufsichtsrat neu gewählt. Bei der Auswahl der Aufsichtsräte wurde wieder einmal die enge Verflechtung der Konzerne und Banken untereinander sowie die Verbindungen zu verschiedenen einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen deutlich. Besonders auffällig ist, daß mit der Wahl von DGB-Chef Dieter Schulte nun neben dem IG CHEMIE-Vorsitzenden Hubertus Schmoltd zwei Gewerkschaftsvorsitzende bei BAYER im Aufsichtsrat sitzen. Einmalig in Deutschland! Hilmar Kopper, Vorstandssprecher der DEUTSCHEN BANK und Mitglied in weiteren 9 (!) Aufsichtsräten wurde ebenso bestätigt wie Heinrich von Pierer, Vorstandsvorsitzender von SIEMENS und Helmut Maucher, Präsident des Verwaltungsrats von NESTLÉ. Besonders kritisiert wurde auf der Hauptversammlung die Wahl von Professor Winnacker in den Aufsichtsrat, der als „oberster Gentechniker“ in Deutschland gilt, und ebenfalls in diesem Jahr die Leitung der Deutschen Forschungs-

Gemeinschaft (DFG) übernimmt. Der enge Kontakt zur DFG wird sich für BAYER sicher rasch auszahlen. Bedenklich ist auch, daß die DFG u. a. zuständig ist für die Festlegung der MAK-Werte, also der Schadstoff-Grenzwerte, die auch an den BAYER-Arbeitsplätzen gelten.

Aktions-Jubiläum
Besucherandrang, Abstimmungserfolge & eine dubiose Mitarbeiterinitiative

(aks) Seit 1982 ist es für BAYER nicht mehr möglich, die Hauptversammlung seiner Aktionärinnen und Aktionäre so durchzuführen, wie dies früher die Regel war: In trauter Runde trafen sich Management und AktionärInnen, und so ganz nebenher wurden einige hundert Millionen oder mehr DM als Dividende ausgeschüttet. Blut und Schweiß, mit dem die Dividenden-Millionen erwirtschaftet wurden, blieben diskret ausgespart.

Aus und vorbei! Seit 15 Jahren vermiest die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN den Herren - es gibt keine Frau im BAYER-Vorstand - die nette Stimmung und damit die Dividenden-Laune. Und auch am 30. April 1997 standen wieder mehr als ein Dutzend KritikerInnen an den Mikrofonen der HV und nervten Management und GroßaktionärInnen mit qualifizierten Redebeiträgen zu Umweltverbrechen, Menschenrechtsverletzungen, Sozialabbau, Forderungen nach Entschädigung etc.

BAYER hat unsere Regierung in Taiwan erpreßt. Sie verlangten einen Pachtvertrag von 100 Jahren und finanzielle Vorrechte. Sie wollten eine sofortige Genehmigung ohne Prüfung. Wir finden, dies ist eine Form von Kolonialismus!

1982 besuchten gerade einmal 1.200 BAYER-AktionärInnen die Hauptversammlung. Seit die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) die Auseinandersetzung um Umweltschutz, Menschenrechte und soziale Sicherheit in die Hallen der Hauptversammlung trug, wuchs die Zahl der interessierten KleinaktionärInnen von Jahr zu Jahr an. Der Rekord wurde 1994 mit über 25.000 TeilnehmerInnen erreicht.

1995 zog BAYER die Bremse: Streichung der üblichen Aktionärs-Geschenke, spartanische Verpflegung, Beschränkung der Eintrittskarten etc. Trotzdem: Mit ca. 7.000 teilnehmenden AktionärInnen 1997 ist die BAYER-Hauptversammlung noch immer die größte der Welt. Das Interesse an der kritischen Auseinandersetzung mit BAYER hält auch nach 15 Jahren ungebrochen an.

Bei seiner Antwort sah der Vorstandsvorsitzende des BAYER-Konzerns, Dr. Manfred Schneider, rot: „Wenn Sie einen Dialog mit uns wünschen, dürfen Sie hier keinen vorbereiteten Text vorlesen (Hier stellt sich natürlich die Frage, ob Dr. Schneider in Taiwan eine freie Rede auf chinesisch halten könnte/Frau Uie-Liang Liou sprach deutsch!) Im übrigen, so Schneider, „hält sich BAYER an die Vorschriften und hat die Bevölkerung umfassend informiert.“

Profite steigen - Arbeitsplätze vernichtet

(swb) Kräftig gestiegen sind im vergangenen Jahr Umsatz und Gewinn von BAYER: Der Umsatz lag 1996 bei 48,6 Mrd DM und soll im laufenden Geschäftsjahr erstmals 50 Mrd DM übersteigen. Der Gewinn vor Steuern lag mit 4,5 Mrd DM um 13 % höher als im Vorjahr, der Gewinn nach Steuern beträgt 2,7 Mrd DM. Trotz dieser Rekordzahlen und trotz des „Beschäftigungssicherungspakts“ mit der IG CHEMIE wird die Belegschaft im laufenden Jahr von jetzt 144.000 weltweit um weitere 1.000 reduziert, hiervon betroffen ist vor allem das Werk Leverkusen.

Die Tagesordnungspunkte für Entschädigung aller Opfer-ökologisch-sozialer Umbau des Konzerns

(pm) Mit Hilfe des großen Aktienpakets des Aktionärs Henry Nold (200 Tsd. Aktien) konnte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) elf Satzungsänderungen auf die Tagesordnung bringen (Tagesordnungspunkte 7-17). Im Handstreich ließ der Vorstand die Befassung dieser Tagesordnungspunkte en bloc abstimmen. Ca. 6 Mio. Aktien (Kurswert ca. 420 Mio. DM) stimmten mit uns bzw. enthielten sich der Stimme. Leider (und erwartungsgemäß) stimmten die Banken und Versicherungen mit ihren ca. 350 Mio. Aktien für die Absetzung der Tagesordnungspunkte. Hier die Vorschläge der CBG:

TOP 7: „Die Gesellschaft anerkennt ihre bleibende Verantwortung für ihre IG FARBEN-Geschichte - insbesondere auch für das den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sowie den Opfern von Menschenversuchen zugefügte Leid und Unrecht. Sie sorgt für die rückhaltlose öffentliche Aufklärung der gesamten Firmengeschichte. Sie bestätigt den Rechtsanspruch ihrer ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf finanzielle Entschädigung und entschädigt sie bzw. deren Hinterbliebene auf Basis des vorenthaltenen

Lohns zuzüglich entgangener Zinsen. Den Überlebenden der Menschenversuche wird eine lebenslange monatliche Rente von 4.000 DM zugestanden.“

TOP 8: „Die Gesellschaft entwickelt und produziert keine Güter, die für militärische Zwecke bestimmt sind.“

TOP 9: „In Ländern, deren Regierungen keine demokratische Legitimation besitzen oder aus denen Berichte über staatlich veranlaßte oder staatlich geduldete Menschenrechtsverletzungen vorliegen, tätigt die Gesellschaft keine Geschäfte. Gleiches gilt für Geschäfte mit staatlichen Unternehmen entsprechender Länder.“

TOP 10: „Die Gesellschaft garantiert ihren Beschäftigten weltweit in allen Niederlassungen weitestgehende gewerkschaftliche Freiheit, insbesondere Organisations- und Versammlungsfreiheit, Kündigungsschutz für gewählte und kandidierende Belegschaftsvertreter und Mitspracherechte der Beschäftigten bei allen arbeitnehmerspezifischen Belangen. In Staaten, in denen sie diese Rechte nicht garantieren kann, unterhält sie keine Niederlassungen.“

TOP 11: „Priorität bei der Verfolgung der Unternehmensziele haben die Belange des Umweltschutzes und der Bewahrung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf körperliche Unversehrtheit. Die Gesellschaft unterläßt alle Geschäfte, die diesen Zielen zuwiderlaufen könnten. Insbesondere verzichtet die Gesellschaft auf gentechnische Forschung und gentechnisch hergestellte Produkte.“

TOP 12: „Die Gesellschaft leistet umfassende finanzielle Entschädigungen an alle Personen, die durch ihre Geschäftsaktivitäten oder durch ihre Produkte gesundheitlich geschädigt wurden. Auch eine rückwirkende Produkthaftung wird übernommen“

TOP 13: „Frauen werden in der Gesellschaft gleichberechtigt an allen Entscheidungsprozessen beteiligt. Leitende Gremien und Führungspositionen werden paritätisch besetzt.“

TOP 14: „Schwerbehinderte Arbeitskräfte werden im größtmöglichen Umfang beschäftigt. Die Gesellschaft erfüllt mindestens die gesetzlich vorgeschriebene Mindestquote für schwerbehinderte Beschäftigte, sorgt für eine optimale Gestaltung behindertengerechter Arbeitsplätze und bietet den schwerbehinderten Beschäftigten bestmögliche Qualifizierungs- und Aufstiegschancen.“

TOP 15: „Aufsichtsratssitzungen finden öffentlich statt.“

TOP 16: „Durch die Hauptversammlung können nur Personen in den Aufsichtsrat gewählt werden, die keine Mandate in anderen Vorständen oder Aufsichtsräten innehaben.“

TOP 17: „Eine Erweiterung der Tagesordnung kann von jedem Aktionär und jeder Aktionärin beantragt werden.“

Kinderarbeit und Komplott mit Diktatoren
Auszüge aus der Rede von Siebo Janssen/ amnesty international, Mitglied der CBG

Laut amnesty international-Jahresbericht von 1996 gab es in Indonesien, wie auch in den Vorjahren, zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, wie z.B. Folter, „Verschwindenlassen“ von Gefangenen, extralegale Hinrichtungen, gerichtliche Schnellverfahren und die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe.

Wer die Senkung der Dividende zugunsten des Ausgleichs von BAYER verursachter Umweltschäden fordert, wer verlangt, BAYER möge weltweit den Verzicht auf Kinderarbeit, auch bei Zulieferern, garantieren oder gar die freie gewerkschaftliche Betätigung in allen Betrieben, muß sich schon mal sagen lassen, er sei „gar kein richtiger Aktionär“.

1995 befand sich der indonesische Staatspräsident Suharto auf Staatsbesuch in Deutschland. BAYER empfing den Hauptverantwortlichen für die oben dargestellten Menschenrechtsverletzungen nicht nur, sondern auf Kosten von BAYER wurde Suharto auch von Bonn nach Leverkusen im Helikopter geflogen. In diesem Zusammenhang die erste Frage: Es ist bekannt, daß der Suharto-Clan alle wesentlichen Bereiche der indonesischen Ökonomie kontrolliert; inwieweit gibt es personelle Verbindungen zwischen BAYER Indonesien und dem Suharto-Clan? Sitzen Vertraute von Suharto im Aufsichtsrat von BAYER Indonesien?

Die folgenden Fragen beziehen sich auf einen Bericht der indonesischen Kinderschutzorganisation KOMPAK vom 15.3.1997 bezüglich der BAYER Lizenznehmer PT Sinar Plataco (PT SP) und PT Globina Kanya (PT GK) in Indonesien: Inwieweit kommt BAYER als Lizenzgeber seinen Pflichten nach, die Produkte wie auch die Produktionsstätten seiner Lizenznehmer regelmäßig auf die geltenden Sicherheitsstandards hin zu kontrollieren?

Aus der Firma PT Sinar Plataco gibt es Berichte, daß die Belüftung mangelhaft ist und die dortigen Arbeiter giftigen Dämpfen ausgesetzt werden; darüberhinaus klagen die Arbeiter von PT SP zu 95% über Husten und Kopfschmerzen, zu 66% über Asthma, Haut- und Lungenproblemen sowie zu 30% über Augenschmerzen. Inwieweit sind Ihnen diese Probleme bekannt und inwieweit will BAYER, wenn

Im Schatten des Kreuzes Der „Alternative Geschäftsbericht 1997“

Wie in den Vorjahren bereits legt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auch in diesem Jahr einen „Alternativen Geschäftsbericht 1997“ vor. Er enthält alle Reden der Kritischen AktionärInnen im vollen Wortlaut, die Antworten des BAYER-Vorstands, sämtliche Gegenanträge und Tagesordnungserweiterungen, Aktionsberichte, die BAYER-Bilanzen der letzten 10 Jahre und viele weitere Informationen. A4-Format, ca. 70 Seiten, 23 DM (incl. 8 DM Versand). Zu bestellen bei: CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf oder unter Tel: 0211-333 911, Fax: 0211-333 940

Diese Angaben zutreffen, Abhilfe schaffen?

In Indonesien werden die beiden Produkte AUTAN und BAYGON produziert; die verwendeten Chemikalien Propoxur, Dichlorvos, Diethyltoluamid bewirken Sehschwächen, Nervenschäden und Kopfschmerzen. Besonders Dichlorvos (Gefahrenstufe Ib = hochgefährlich nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation) gilt als hochgefährlich. Nach Packungsaufdruck ist Dichlorvos in BAYGON nicht mehr enthalten. Untersuchungen eines unabhängigen Instituts haben aber ergeben, daß BAYGON nach wie vor 4% Dichlorvos enthält. Wurden hier Reste weiterverwertet bzw. wurde lediglich der Packungsaufdruck geändert? Inwieweit wird BAYER Deutschland bei seinen Lizenznehmern darauf drängen, Dichlorvos nicht mehr zu verwenden?

Desweiteren gibt es Hinweise auf gravierende Mängel bei der Einführung neuer Mitarbeiter an ihren Arbeitsplatz. Z. B. fehlt es ganz überwiegend an Sicherheitshinweisen für die Arbeiter, darüberhinaus werden Schutzmasken ausgeteilt, die wohl lediglich aus Stoff bestehen und die giftigen Dämpfe nicht filtern können. Inwieweit sind BAYER Deutschland diese Vorgänge bekannt und inwieweit wird, wenn diese Vorwürfe stimmen, BAYER Deutschland Abhilfe bei seinen Lizenznehmern schaffen?

Weiterhin gibt es Vorwürfe, die sich darauf beziehen, daß minderjährige Arbeitskräfte (15-16jährige) im Werk PT SP arbeiten, obwohl ein offizielles Eintrittsalter von 18 Jahren existiert. Sind BAYER Deutschland diese Vorwürfe bekannt und inwieweit wollen Sie Abhilfe schaffen?

Lassen Sie mich als Letztes zwei allgemeine Anmerkungen machen. Unabhängig von den konkreten Vorwürfen, sollte BAYER sich überlegen, ob es weiterhin in Ländern wie Indonesien und China, in denen fundamentale Menschenrechte mit Füßen getreten werden, investieren will. Nicht jede ökonomisch lukrati-

ve Perspektive ist unter ethisch und moralischen Gesichtspunkten vertretbar. Dies sollte BAYER bei seinem Auslandsengagement zum Maßstab seiner Entscheidungen machen. Mir kommt es manchmal so vor, als ob Menschenrechte für BAYER nicht nur keine tragende sondern überhaupt keine Rolle spielen.

Unabhängig von den konkreten Vorwürfen, sollte BAYER sich überlegen, ob es weiterhin in Ländern wie Indonesien und China, in denen fundamentale Menschenrechte mit Füßen getreten werden, investieren will.

Der Antrag, die TOPs 7-18 von der Tagesordnung durch Beschluß der HV streichen zu lassen, zeigt einmal mehr, mit welcher undemokratischen Methoden hier gearbeitet wird. Formal ist dieser Antrag sicherlich zulässig, ob die HV eine solche Entscheidung moralisch vertreten kann, bezweifle ich. Und auch die Aktionäre haben eine Mitverantwortung für die Geschäftspolitik des BAYER-Konzerns und seines Vorstands. In diesem Sinne bitte ich Sie, gegen den Antrag auf Streichung der TOPs 7-18 zu stimmen und ansonsten den Vorschlägen und Gegenanträgen der kritischen Aktionäre zu folgen.

Schulterschuß im Aufsichtsrat

Strenger weitere 5 Jahre im Amt

(swb) Nachdem sich Vorstandschef Manfred Schneider für weitere 5 Jahre im Amt bestätigen ließ (diese Ehre wurde den wenigsten seiner Vorgänger zuteil, normalerweise ist nach 5 Jahren Schluß), wurde auch der Aufsichtsrat neu gewählt. Bei der Auswahl der Aufsichtsräte wurde wieder einmal die enge Verflechtung der Konzerne und Banken untereinander sowie die Verbindungen zu verschiedenen einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen deutlich. Besonders auffällig ist, daß mit der Wahl von DGB-Chef Dieter Schulte nun neben dem IG CHEMIE-Vorsitzenden Hubertus Schmoltd zwei Gewerkschaftsvorsitzende bei BAYER im Aufsichtsrat sitzen. Einmalig in Deutschland! Hilmar Kopper, Vorstandssprecher der DEUTSCHEN BANK und Mitglied in weiteren 9 (!) Aufsichtsräten wurde ebenso bestätigt wie Heinrich von Pierer, Vorstandsvorsitzender von SIEMENS und Helmut Maucher, Präsident des Verwaltungsrats von NESTLÉ. Besonders kritisiert wurde auf der Hauptversammlung die Wahl von Professor Winnacker in den Aufsichtsrat, der als „oberster Gentechniker“ in Deutschland gilt, und ebenfalls in diesem Jahr die Leitung der Deutschen Forschungs-

Gemeinschaft (DFG) übernimmt. Der enge Kontakt zur DFG wird sich für BAYER sicher rasch auszahlen. Bedenklich ist auch, daß die DFG u. a. zuständig ist für die Festlegung der MAK-Werte, also der Schadstoff-Grenzwerte, die auch an den BAYER-Arbeitsplätzen gelten.

Aktions-Jubiläum
Besucherandrang, Abstimmungserfolge & eine dubiose Mitarbeiterinitiative

(aks) Seit 1982 ist es für BAYER nicht mehr möglich, die Hauptversammlung seiner Aktionärinnen und Aktionäre so durchzuführen, wie dies früher die Regel war: In trauter Runde trafen sich Management und AktionärInnen, und so ganz nebenher wurden einige hundert Millionen oder mehr DM als Dividende ausgeschüttet. Blut und Schweiß, mit dem die Dividenden-Millionen erwirtschaftet wurden, blieben diskret ausgespart.

Aus und vorbei! Seit 15 Jahren vermiest die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN den Herren - es gibt keine Frau im BAYER-Vorstand - die nette Stimmung und damit die Dividenden-Laune. Und auch am 30. April 1997 standen wieder mehr als ein Dutzend KritikerInnen an den Mikrofonen der HV und nervten Management und GroßaktionärInnen mit qualifizierten Redebeiträgen zu Umweltverbrechen, Menschenrechtsverletzungen, Sozialabbau, Forderungen nach Entschädigung etc.

BAYER hat unsere Regierung in Taiwan erpreßt. Sie verlangten einen Pachtvertrag von 100 Jahren und finanzielle Vorrechte. Sie wollten eine sofortige Genehmigung ohne Prüfung. Wir finden, dies ist eine Form von Kolonialismus!

1982 besuchten gerade einmal 1.200 BAYER-AktionärInnen die Hauptversammlung. Seit die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) die Auseinandersetzung um Umweltschutz, Menschenrechte und soziale Sicherheit in die Hallen der Hauptversammlung trug, wuchs die Zahl der interessierten KleinaktionärInnen von Jahr zu Jahr an. Der Rekord wurde 1994 mit über 25.000 TeilnehmerInnen erreicht.

1995 zog BAYER die Bremse: Streichung der üblichen Aktionärs-Geschenke, spartanische Verpflegung, Beschränkung der Eintrittskarten etc. Trotzdem: Mit ca. 7.000 teilnehmenden AktionärInnen 1997 ist die BAYER-Hauptversammlung noch immer die größte der Welt. Das Interesse an der kritischen Auseinandersetzung mit BAYER hält auch nach 15 Jahren ungebrochen an.

Eine nicht unerhebliche Zahl von KleinaktionärInnen läßt sich auch von den Schimpf- und Hetz-Tiraden des Vorstands gegen die KritikerInnen der CBG nicht beeindrucken und folgt bei den Abstimmungen den kritischen Anträgen. Selbst daß der Vorstand dieses Jahr eine ganz Reihe von Punkten, die von der CBG mit den im Aktiengesetz vorgeschriebenen Aktien im Wert von 1 Mio. DM auf die Tagesordnung gesetzt wurden, handstreichartig kippen ließ, änderte daran nichts. Bis zu 1,5 Mio. Aktien stimmten mit uns und bis zu weiteren 4 Mio. Aktien enthielten sich. Damit ergibt sich eine beachtliche Opposition von bis zu 6 Mio. Aktien.

Einerseits ist das gemessen an den anwesenden 356 Mio. Aktien ein relativ geringer Prozentsatz von maximal 1,8%; andererseits steht jedoch hinter dieser Zahl eine beachtliche Opposition. Das durchschnittliche Aktiendepot enthält ca. 150 bis 250 Aktien, es müssen also bis zu 30.000 Kleindepots bzw. eines oder mehrere Großdepots mit uns gegen das BAYER-Management opponiert haben.

Bis zu 1,5 Mio. Aktien stimmten mit uns und bis zu weitem 4 Mio. Aktien enthielten sich. Damit ergibt sich eine beachtliche Opposition von bis zu 6 Mio. Aktien.

Das Ergebnis wird noch imposanter, wird die Verteilung der Aktien berücksichtigt. Laut Präsenzliste repräsentieren ca. 30 anwesende AktionärInnen bzw. AktionärsvertreterInnen von Banken und Versicherungen ca. 90 % der anwesenden 356 Mio. Aktien! Da diese Banken und Versicherungen sicherlich nicht mit den KritikerInnen gestimmt haben, wie sie dies in wütenden Redebeiträgen mitunter auch kundgetan haben, muß die Unterstützung also aus den Reihen der übrigen ca. 7.000 anwesenden AktionärInnen gekommen sein.

Gellendes Pfeifkonzert

Die anreisenden Aktionäre und AktionärInnen wurden von einem gellenden Pfeifkonzert protestierender BAYER-KollegInnen begrüßt. Auf Transparenten wurde gefordert: „Löhne rauf - Dividende runter!“ Das gab es noch nie. Bisher zeigten sich gerade die KollegInnen in den BAYER-Werken zurückhaltend und formulierten ihren Ärger nur im kleinen Kreis. Zur Hauptversammlung 1997 wurde mit dieser Belegschaftsdemonstration ein neues Kapitel der Geschichte der Hauptversammlungsproteste aufgeschlagen. Dem BAYER-Vorstand dürften die Trillerpfeifen der KollegInnen mächtig in den Ohren geklungen haben.

Anlässlich der diesjährigen BAYER-Hauptversammlung startete der Konzern seine neueste Offensive gegen kritische Kräfte innerhalb und außerhalb der BAYER-Werke. In Wuppertal haben BAYER-Öffentlichkeitsabteilung und Werkschutz eine Gruppe mit dem Namen „Elberfelder Mitarbeiter Initiative“ aus der Taufe gehoben, deren Hauptziel es offenbar ist, die Betriebsräte von der Wuppertaler „Belegschaftsliste“, die dem BAYER-Management konsequent die Stirn bietet, die in Opposition zur IG CHEMIE steht und die im Wuppertaler Betriebsrat die Mehrheit stellt, zu diffamieren. Auf der Hauptversammlung verteilte die Gruppe Hochglanzpamphlete, die schon äußerlich wie offizielle Verlautbarungen des Konzerns aussahen. Es wurde also nicht einmal versucht, den Schein einer Mitarbeiter-Initiative zu wahren.

Besonders infam die Diffamierung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) als „Fälscher“. Als Beleg diente eine Foto-Montage aus STICHWORT BAYER 3/95. Dort hatten wir ein Solidaritäts-Transparent für brasilianische BAYER-KollegInnen in ein

BAYER-Propaganda-Foto montiert. Was als Satire gedacht war, muß nun als „Fälschung“ herhalten. Die Herren bei BAYER haben offensichtlich jeden Humor verloren.

Solche „Mitarbeiter-Initiativen“ sind im übrigen nicht unbekannt. In den 80er Jahren diffamierte eine BAYER-„Mitarbeiter-Initiative“ die CBG als „DKP-gesteuert“. Um diese haltlose Behauptung gegenüber der Öffentlichkeit zu „belegen“, hatten „Die Malocher“ aus Werkschutz und Leitungsebene unter Aufwendung erheblicher Kosten eine ganze Reihe von DKP-Fahnen gefälscht und schwenkten diese vor den Toren der BAYER-Hauptversammlung. Anreisende AktionärInnen und auch die Presse meinten tatsächlich, sie seien auf einer DKP-Versammlung. Das ist Fälschung!

Viele AktionärInnen übertragen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) bzw. dem „Dachverband der Kritischen AktionärInnen und Aktionäre“ die Stimmrechte ihrer BAYER-Aktien bereits vor der Hauptversammlung. Darunter übrigens auch die Erben-gemeinschaft Erich Nold, Inhaber eines 100-Mio.-DM-Aktiendepots, und einige andere GroßaktionärInnen. Um die Stimmrechte zu übertragen ist die Kooperation der Banken erforderlich. Viele Banken jedoch verschleppen die Übertragung und sorgen so dafür, daß die Stimmrechte zu spät eintreffen und nicht genutzt werden können. Das Kapital ist sich für nichts zu blöde ...

In Wuppertal haben BAYER-Öffentlichkeitsabteilung und Werkschutz eine Gruppe mit dem Namen „Elberfelder Mitarbeiter Initiative“ aus der Taufe gehoben, deren Hauptziel es offenbar ist, die Betriebsräte von der oppositionellen „Belegschaftsliste“ zu diffamieren.



BAYER in der Defensive

Protest gegen Plastik-Werk

In Taiwan wendet sich die Bürgerinitiative Anti-BAYER Action Union (ABAU) heftig gegen den Bau einer BAYER-Fabrik, die das Polyurethan-Vorprodukt TDI liefern soll (s. SWB 1/97). Die BI kämpft für eine öffentliche Abstimmung über die Anlage. Nach monatelangen Protesten und Demonstrationen wurde immerhin erreicht, daß vor der Errichtung der Fabrik eine umfassende staatliche Umweltverträglichkeitsprüfung, bei der auch die Öffentlichkeit gehört wird, vorgenommen werden muß. Die staatliche Umweltbehörde hat im Frühjahr ein Komitee aus WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen aufgestellt, das die Prüfung leitet und die endgültige Genehmigung für den Bau der Anlage aussprechen soll. In der Vergangenheit waren vergleichbare Kommissionen zumeist handverlesen und extrem unternehmerfreundlich, die ABAU sieht es daher als großen Erfolg an, daß auf öffentlichen Druck hin mehrere Professoren aus ihren Reihen in das Komitee aufgenommen wurden.

Am 26. Februar versuchten drei BAYER-Teams in insgesamt sieben Zusammenkünften in betroffenen Städten und Gemeinden, die KritikerInnen zu beschwichtigen. Die Veranstaltungen waren von einem großen Polizeiaufgebot begleitet; teilweise lag die Anzahl der Sicherheitskräfte höher als die Teilnehmerzahl. Am 7. März startete dann die eigent-

liche Umweltverträglichkeitsprüfung mit einem Vorbereitungstreffen, in dem das Ausmaß und die Dauer der Prüfung sowie der Umfang der von BAYER vorzulegenden Sicherheitsstudien festgelegt wurden. Erst nachdem das Unternehmen alle geforderten Unterlagen eingereicht hat beginnen die öffentlichen Anhörungen, das Vorbereitungstreffen ist daher entscheidend für den weiteren Verlauf der Prüfung. Das erste Treffen war ein kräftiger Schuß vor den Bug von BAYER: Die Kommission bemängelte die Unvollständigkeit der Unterlagen und forderte umfangreiche Risikoanalysen. Das Vorbereitungstreffen mußte vertagt werden, so daß die öffentlichen Anhörungen frühestens im Sommer beginnen können. Ende des Jahres finden in der entsprechenden Provinz Wahlen, statt und es zeichnet sich ab, daß die umstrittene Anlage ein wichtiges Wahlkampfthema wird. Die ABAU erwartet, daß das Genehmigungsverfahren sich bis in das nächste Jahr hinziehen wird. Die gewonnene Zeit soll genutzt werden, um eine öffentliche Abstimmung über das Projekt durchzusetzen.

BAYER-Chef Manfred Schneider reagierte auf Proteste der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auf der Hauptversammlung am 30.04.97 extrem gereizt. (vgl. auch Seite vier ff).

Eine gefährliche Anlage

(pm) Die TDI-Produktion ist risikoreich und bedarf hoher Sicherheitsauflagen. Das in Taiwan ursprünglich geplante Hauruck-Genehmigungsverfahren zeigt, daß der Konzern sich einer sorgfältigen Überprüfung möglichst entziehen möchte - auch ein Grund, neue Anlagen in Ostasien statt in Deutschland aufzubauen.

Bei der Herstellung von TDI tauchen gleich mehrere Probleme auf:

- Das Vorprodukt Phosgen ist hochtoxisch (entwickelt wurde es im ersten Weltkrieg als Kampfstoff), daher muß gewährleistet sein, daß auch kleinste Mengen nicht austreten können. In Deutschland unterliegen Phosgenanlagen daher der Störfallverordnung.
- Phosgen wird in dem krebserregenden Stoff o-Dichlorbenzol gelöst, welches in Sondermüllverbrennungsanlagen „entsorgt“ werden muß. Die geplante Anlage in Taiwan würde jährlich ca. 1.000 Tonnen dieses Abfallprodukts erzeugen.
- Um die mit TDI hergestellten Weichschäume von den Formstücken zu trennen, benötigt man spezielle Emulsionen, die Ozonkiller und Treibhausgase wie FCKW und CKW enthalten.

COUPON

Ja,

ich möchte die konzernkritische Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) unterstützen.
 Dafür erhalte ich viermal im Jahr das aktuelle STICHWORT BAYER.

Ich möchte Förderer werden, und zwar mit einem monatlichen Beitrag von _____ DM (mindestens 10 DM/Monat bzw. 120 DM/ Jahr).

Ich möchte STICHWORT BAYER abonnieren, und zwar für _____ DM (mindestens 5 DM/ Monat, bzw. 60 DM/Jahr)

Ich erhalte STICHWORT BAYER bereits regelmäßig und möchte zusätzlich noch _____ weitere Hefte für 3 DM (incl. Porto) zur Weitergabe an FreundInnen und Bekannte.

Ich möchte aktiv mitarbeiten.

Ich möchte das Stimmrecht für BAYER-Aktien an die Kritischen BAYER- AktionärInnen übertragen.

EINZUGSERMÄCHTIGUNG
 Hiermit ermächtige ich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. bis auf Widerruf von meinem Konto _____ DM

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____ Kontonummer _____ Blz _____

Adresse _____ Tel. _____ Datum, Unterschrift _____

Eine nicht unerhebliche Zahl von KleinaktionärInnen läßt sich auch von den Schimpf- und Hetz-Tiraden des Vorstands gegen die KritikerInnen der CBG nicht beeindrucken und folgt bei den Abstimmungen den kritischen Anträgen. Selbst daß der Vorstand dieses Jahr eine ganz Reihe von Punkten, die von der CBG mit den im Aktiengesetz vorgeschriebenen Aktien im Wert von 1 Mio. DM auf die Tagesordnung gesetzt wurden, handstreichartig kippen ließ, änderte daran nichts. Bis zu 1,5 Mio. Aktien stimmten mit uns und bis zu weiteren 4 Mio. Aktien enthielten sich. Damit ergibt sich eine beachtliche Opposition von bis zu 6 Mio. Aktien.

Einerseits ist das gemessen an den anwesenden 356 Mio. Aktien ein relativ geringer Prozentsatz von maximal 1,8%; andererseits steht jedoch hinter dieser Zahl eine beachtliche Opposition. Das durchschnittliche Aktiendepot enthält ca. 150 bis 250 Aktien, es müssen also bis zu 30.000 Kleindepots bzw. eines oder mehrere Großdepots mit uns gegen das BAYER-Management opponiert haben.

Bis zu 1,5 Mio. Aktien stimmten mit uns und bis zu weitem 4 Mio. Aktien enthielten sich. Damit ergibt sich eine beachtliche Opposition von bis zu 6 Mio. Aktien.

Das Ergebnis wird noch imposanter, wird die Verteilung der Aktien berücksichtigt. Laut Präsenzliste repräsentieren ca. 30 anwesende AktionärInnen bzw. AktionärsvertreterInnen von Banken und Versicherungen ca. 90 % der anwesenden 356 Mio. Aktien! Da diese Banken und Versicherungen sicherlich nicht mit den KritikerInnen gestimmt haben, wie sie dies in wütenden Redebeiträgen mitunter auch kundgetan haben, muß die Unterstützung also aus den Reihen der übrigen ca. 7.000 anwesenden AktionärInnen gekommen sein.

Gellendes Pfeifkonzert

Die anreisenden Aktionäre und AktionärInnen wurden von einem gellenden Pfeifkonzert protestierender BAYER-KollegInnen begrüßt. Auf Transparenten wurde gefordert: „Löhne rauf - Dividende runter!“ Das gab es noch nie. Bisher zeigten sich gerade die KollegInnen in den BAYER-Werken zurückhaltend und formulierten ihren Ärger nur im kleinen Kreis. Zur Hauptversammlung 1997 wurde mit dieser Belegschaftsdemonstration ein neues Kapitel der Geschichte der Hauptversammlungsproteste aufgeschlagen. Dem BAYER-Vorstand dürften die Trillerpfeifen der KollegInnen mächtig in den Ohren geklungen haben.

Anlässlich der diesjährigen BAYER-Hauptversammlung startete der Konzern seine neueste Offensive gegen kritische Kräfte innerhalb und außerhalb der BAYER-Werke. In Wuppertal haben BAYER-Öffentlichkeitsabteilung und Werkschutz eine Gruppe mit dem Namen „Elberfelder Mitarbeiter Initiative“ aus der Taufe gehoben, deren Hauptziel es offenbar ist, die Betriebsräte von der Wuppertaler „Belegschaftsliste“, die dem BAYER-Management konsequent die Stirn bietet, die in Opposition zur IG CHEMIE steht und die im Wuppertaler Betriebsrat die Mehrheit stellt, zu diffamieren. Auf der Hauptversammlung verteilte die Gruppe Hochglanzpamphlete, die schon äußerlich wie offizielle Verlautbarungen des Konzerns aussahen. Es wurde also nicht einmal versucht, den Schein einer Mitarbeiter-Initiative zu wahren.

Besonders infam die Diffamierung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) als „Fälscher“. Als Beleg diente eine Foto-Montage aus STICHWORT BAYER 3/95. Dort hatten wir ein Solidaritäts-Transparent für brasilianische BAYER-KollegInnen in ein

BAYER-Propaganda-Foto montiert. Was als Satire gedacht war, muß nun als „Fälschung“ herhalten. Die Herren bei BAYER haben offensichtlich jeden Humor verloren.

Solche „Mitarbeiter-Initiativen“ sind im übrigen nicht unbekannt. In den 80er Jahren diffamierte eine BAYER-„Mitarbeiter-Initiative“ die CBG als „DKP-gesteuert“. Um diese haltlose Behauptung gegenüber der Öffentlichkeit zu „belegen“, hatten „Die Malocher“ aus Werkschutz und Leitungsebene unter Aufwendung erheblicher Kosten eine ganze Reihe von DKP-Fahnen gefälscht und schwenkten diese vor den Toren der BAYER-Hauptversammlung. Anreisende AktionärInnen und auch die Presse meinten tatsächlich, sie seien auf einer DKP-Versammlung. Das ist Fälschung!

Viele AktionärInnen übertragen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) bzw. dem „Dachverband der Kritischen AktionärInnen und Aktionäre“ die Stimmrechte ihrer BAYER-Aktien bereits vor der Hauptversammlung. Darunter übrigens auch die Erben-gemeinschaft Erich Nold, Inhaber eines 100-Mio.-DM-Aktiendepots, und einige andere GroßaktionärInnen. Um die Stimmrechte zu übertragen ist die Kooperation der Banken erforderlich. Viele Banken jedoch verschleppen die Übertragung und sorgen so dafür, daß die Stimmrechte zu spät eintreffen und nicht genutzt werden können. Das Kapital ist sich für nichts zu blöde ...

In Wuppertal haben BAYER-Öffentlichkeitsabteilung und Werkschutz eine Gruppe mit dem Namen „Elberfelder Mitarbeiter Initiative“ aus der Taufe gehoben, deren Hauptziel es offenbar ist, die Betriebsräte von der oppositionellen „Belegschaftsliste“ zu diffamieren.



BAYER in der Defensive

Protest gegen Plastik-Werk

In Taiwan wendet sich die Bürgerinitiative Anti-BAYER Action Union (ABAU) heftig gegen den Bau einer BAYER-Fabrik, die das Polyurethan-Vorprodukt TDI liefern soll (s. SWB 1/97). Die BI kämpft für eine öffentliche Abstimmung über die Anlage. Nach monatelangen Protesten und Demonstrationen wurde immerhin erreicht, daß vor der Errichtung der Fabrik eine umfassende staatliche Umweltverträglichkeitsprüfung, bei der auch die Öffentlichkeit gehört wird, vorgenommen werden muß. Die staatliche Umweltbehörde hat im Frühjahr ein Komitee aus WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen aufgestellt, das die Prüfung leitet und die endgültige Genehmigung für den Bau der Anlage aussprechen soll. In der Vergangenheit waren vergleichbare Kommissionen zumeist handverlesen und extrem unternehmerfreundlich, die ABAU sieht es daher als großen Erfolg an, daß auf öffentlichen Druck hin mehrere Professoren aus ihren Reihen in das Komitee aufgenommen wurden.

Am 26. Februar versuchten drei BAYER-Teams in insgesamt sieben Zusammenkünften in betroffenen Städten und Gemeinden, die KritikerInnen zu beschwichtigen. Die Veranstaltungen waren von einem großen Polizeiaufgebot begleitet; teilweise lag die Anzahl der Sicherheitskräfte höher als die Teilnehmerzahl. Am 7. März startete dann die eigent-

liche Umweltverträglichkeitsprüfung mit einem Vorbereitungstreffen, in dem das Ausmaß und die Dauer der Prüfung sowie der Umfang der von BAYER vorzulegenden Sicherheitsstudien festgelegt wurden. Erst nachdem das Unternehmen alle geforderten Unterlagen eingereicht hat beginnen die öffentlichen Anhörungen, das Vorbereitungstreffen ist daher entscheidend für den weiteren Verlauf der Prüfung. Das erste Treffen war ein kräftiger Schuß vor den Bug von BAYER: Die Kommission bemängelte die Unvollständigkeit der Unterlagen und forderte umfangreiche Risikoanalysen. Das Vorbereitungstreffen mußte vertagt werden, so daß die öffentlichen Anhörungen frühestens im Sommer beginnen können. Ende des Jahres finden in der entsprechenden Provinz Wahlen, statt und es zeichnet sich ab, daß die umstrittene Anlage ein wichtiges Wahlkampfthema wird. Die ABAU erwartet, daß das Genehmigungsverfahren sich bis in das nächste Jahr hinziehen wird. Die gewonnene Zeit soll genutzt werden, um eine öffentliche Abstimmung über das Projekt durchzusetzen.

BAYER-Chef Manfred Schneider reagierte auf Proteste der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auf der Hauptversammlung am 30.04.97 extrem gereizt. (vgl. auch Seite vier ff).

Eine gefährliche Anlage

(pm) Die TDI-Produktion ist risikoreich und bedarf hoher Sicherheitsauflagen. Das in Taiwan ursprünglich geplante Hauruck-Genehmigungsverfahren zeigt, daß der Konzern sich einer sorgfältigen Überprüfung möglichst entziehen möchte - auch ein Grund, neue Anlagen in Ostasien statt in Deutschland aufzubauen.

Bei der Herstellung von TDI tauchen gleich mehrere Probleme auf:

- Das Vorprodukt Phosgen ist hochtoxisch (entwickelt wurde es im ersten Weltkrieg als Kampfstoff), daher muß gewährleistet sein, daß auch kleinste Mengen nicht austreten können. In Deutschland unterliegen Phosgenanlagen daher der Störfallverordnung.
- Phosgen wird in dem krebserregenden Stoff o-Dichlorbenzol gelöst, welches in Sondermüllverbrennungsanlagen „entsorgt“ werden muß. Die geplante Anlage in Taiwan würde jährlich ca. 1.000 Tonnen dieses Abfallprodukts erzeugen.
- Um die mit TDI hergestellten Weichschäume von den Formstücken zu trennen, benötigt man spezielle Emulsionen, die Ozonkiller und Treibhausgase wie FCKW und CKW enthalten.

COUPON

Ja,

ich möchte die konzernkritische Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) unterstützen.
 Dafür erhalte ich viermal im Jahr das aktuelle STICHWORT BAYER.

Ich möchte Förderer werden, und zwar mit einem monatlichen Beitrag von _____ DM (mindestens 10 DM/Monat bzw. 120 DM/ Jahr).

Ich möchte STICHWORT BAYER abonnieren, und zwar für _____ DM (mindestens 5 DM/ Monat, bzw. 60 DM/Jahr)

Ich erhalte STICHWORT BAYER bereits regelmäßig und möchte zusätzlich noch _____ weitere Hefte für 3 DM (incl. Porto) zur Weitergabe an FreundInnen und Bekannte.

Ich möchte aktiv mitarbeiten.

Ich möchte das Stimmrecht für BAYER-Aktien an die Kritischen BAYER- AktionärInnen übertragen.

EINZUGSERMÄCHTIGUNG
 Hiermit ermächtige ich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. bis auf Widerruf von meinem Konto _____ DM

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____ Kontonummer _____ Blz _____

Adresse _____ Tel. _____ Datum, Unterschrift _____

Klon-Schaf von BAYER ?

Erst Tracy, dann Dolly

(taz/ho) Ende Februar 1997 schockierten schottische Wissenschaftler die Weltöffentlichkeit mit der Nachricht, erstmals aus Körperzellen eines erwachsenen Schafes ein genetisch identisches Lamm erzeugt zu haben. Es waren die gleichen Forscher, die 1992 bereits im Auftrag von BAYER den „Bioreaktor“ Tracy schufen. Doch der Leverkusener Chemieriese streitet ab, an der Herstellung von Dolly beteiligt zu sein.



Der 24. Februar 1997 ist ein schwarzer Tag in der Entwicklungsgeschichte. Wie die New York Times berichtete, ist es der schottischen Firma PPL erstmals gelungen, die genetisch identische Kopie eines erwachsenen Schafes zu klonieren. Der Zellkern einer Euterzelle wurde in eine unbefruchtete Eizelle eingepflanzt, die wiederum in den Uterus einer „Leihmutter“ plaziert wurde. Der Erfolg des Verfahrens stellte sich nicht gleich ein: aus 277 Zellfusionen entstanden 29 Embryos, von denen nur eines überlebte. Doch: „Wer ein transgenes Schaf klonieren kann, der hat den Durchbruch geschafft“, meint der amerikanische Forschungsanalytiker Viren Mehta. Und KritikerInnen sehen längst die Horrorvision des genetisch maßgeschneiderten Menschen in greifbarer Nähe. Immerhin: Nur wenige Tage nach der aufsehenerregenden Times-Veröffentlichung über Dolly – benannt nach einer vollbusigen Countrysängerin – gestand der US-amerikanische Wissenschaftler Don Wolf, daß in seinem Labor bereits im August 1996 zwei geklonte Affen zur Welt gekommen sind. Seine Versuche hätten gezeigt, daß die Methode auch beim Menschen funktionieren müsse, denn schließlich seien Affen die engsten Verwandten des Homo Sapiens. Wolf meinte zudem, daß es bei Affen (und somit auch beim Menschen) gelingen könne, von einem Erwachsenen eine identische Kopie herzustellen. Dolly-Schöpfer Ian Wilmut: „Es gibt im Prinzip keinen Grund, daß wir dies nicht auch bei Menschen können.“ Kleinlaut fügt er vorerst hinzu: „Doch wir finden es alle abstoßend.“ Zwar fin-

det auch Ex-Bauernpräsident und BAYER-Aufsichtsrat Konstantin Freiherr von Heeremann, daß „bei allem Verständnis für den technischen Fortschritt und die biotechnischen Meisterstücke der Wissenschaft eine ethische Grenze erreicht“ ist. Doch die allgemein verbreitete Abscheu aus dem Munde von ansonsten stets gentechnikfreundlichen FunktionärInnen und PolitikerInnen klingt unglaublich. Bisher jedenfalls wurden die Grenzen des Machbaren nicht durch gesellschaftlichen Konsens sondern durch den „wissenschaftlichen Fortschritt“ in den Laboren der Konzerne definiert.

Übrigens: Ganz so überraschend, wie allgemein dargestellt, kam das Schaf Dolly in Edinburgh nicht zur Welt. Die Arbeitsgruppe am schottischen Roslin-Institut in Edinburgh, mit EU-Geldern finanziell großzügig ausgestattet, sorgte schon vor einem Jahr für Schlagzeilen, als sie zwei geklonte Schafe vorstellte, die mit jenem Verfahren hergestellt wurden, das dann später der US-Forscher Wolf an seinen Affen ausprobierte. Diese wurden noch aus Keimbahnzellen erzeugt. Das Neue an Dolly ist, daß sie aus erwachsenen, ausdifferenzierten Euterzellen entstanden ist.

Das Interesse des BAYER-Konzerns an Klon-Tieren ist überaus groß, ethische Rücksichtnahmen sind nicht zu erwarten. Denn mit Dolly & Co winken astronomische Gewinne, und BAYER-Vorstandschef Manfred Schneider hat immer wieder betont, daß sein Unternehmen mit gentechnischen Produkten – wie derzeit bereits mit Faktor-VIII-Präparaten gegen

die Bluterkrankheit – eine weltweite Führerschaft übernehmen wolle. Zur Herstellung von Medikamenten sei der Rückgriff auf geklonte Tiere ethisch nicht bedenklich, sagte Schneider noch auf der sog. Innovationspressekonferenz des Konzerns am 26. Februar. Dies findet auch Prof. Dr. Peter Stadler, Leiter des Geschäftsbereiches Biotechnik beim Leverkusener Chemieriesen. Stadler ist durch geschicktes Marketing von BAYER und dem Konzern nahestehenden Pro-Gentechnik-Initiativen quasi zum obersten Klon-Experten der Republik avanciert. Wenn in den 20.00-Uhr-Nachrichten über Dolly diskutiert wird, hat Stadler als sog. Experte ein Wörtchen mitzureden. Seine Meinung schließlich hatte auch Gewicht, als die Bundesregierung – ganz im Sinne von BAYER & Co – das ohnehin lasche Gentechnikgesetz noch weiter lockerte. Heute, so jubilierten Stadler und Schneider, ist Deutschland eines der gentechnikfreundlichsten Länder der Welt. Dies attestierte unlängst auch das renommierte Prognos-Institut (vgl. SWB 1/97, Schlaglichter).

Der BAYER-Konzern hat längst eine Spitzenstellung im Bereich „Gene-Pharming“, wie die Herstellung von Arzneimitteln mit Hilfe transgener Tiere genannt wird, eingenommen. Zwischen den Leverkusenern und der schottischen Firma PPL bestanden (bzw. bestehen) geschäftliche Verbindungen. Schon 1992 kaufte BAYER von PPL das in Kooperation mit dem Roslin-Institut manipulierte Schaf Tracy. Das Tier wurde mit Hilfe der Gentechnik derart verändert, daß es mit der Milch ein menschliches

Protein, Alpha-1-Antitrypsin, ausscheidet, ein Eiweißstoff, der zur Behandlung der Lungenkrankheit „zystische Fibrose“ genutzt wird. Auf Anfrage der taz, ob die geschäftlichen Verbindungen zu PPL noch bestehen, gab die BAYER-Pressestelle bekannt: „Wir haben die Zusammenarbeit ... inzwischen eingestellt.“ Es spricht jedoch einiges dafür, daß diese Aussage lediglich unter dem Druck des öffentlichen Entsetzens über die Klonierung von Dolly gemacht wurde. Auf alle Fälle gab es langjährige Kontakte und finanzielle Beteiligungen, die sicherlich jederzeit wieder aufgefrischt werden könnten. Ein Multi wie BAYER ist jederzeit in der Lage, kleinere, innovative Firmen zu schlucken bzw. deren Patente zu kaufen. Und das „Patent Dolly“ paßt sicherlich gut in die langfristige Strategieplanung des Konzerns. Denn schon läuft die Forschung in den Gen-Laboren der drei wichtigsten Forschungszentren von BAYER – Japan, USA und Deutschland – auf Hochtouren.

Das Interesse des BAYER-Konzerns an Klon-Tieren ist überaus groß, ethische Rücksichtnahmen sind nicht zu erwarten. Denn mit Dolly & Co winken astronomische Gewinne.

Währenddessen wird die Forderung nach einem internationalen Verbot für das Klonen von Menschen immer stärker. „Den geklonten Menschen darf und wird es nicht geben“,

sagte Forschungsminister Jürgen Rüttgers. Parallelen zu der Diskussion um Keimbahneingriffe werden immer deutlicher. Obwohl wiederholt (auch von BAYER) betont wurde, es bestehe weltweiter Konsens darüber, daß die Manipulation menschlicher Fortpflanzungszellen tabu bleiben solle, weigern sich die PolitikerInnen, ein Verbot unmißverständlich festzuschreiben. Erst nach heftigen Protesten wurde in der (bei Redaktionsschluß noch nicht verabschiedeten) Bioethikkonvention des Europarates ein halbherziges Verbot aufgenommen – wenn die technischen Möglichkeiten weiterentwickelt und die Methoden nicht mehr so unsicher sind, soll es überprüft werden.

Auch der BAYER-Gentechniker Stadler ist bemüht, der allgemeinen Besorgnis entgegenzutreten. Niemand werde, so gibt er sich zuversichtlich, aus krankhafter wissenschaftlicher Neugier die Dolly-Methode am Menschen ausprobieren. Jedenfalls nicht in Deutschland, schränkt er umgehend ein: „Die biomedizinische Szene ist hier sehr kompakt und transparent.“ Abwägungen solcher Art klingen wenig glaubwürdig. Denn die Versuche in den Hochsicherheitstrakten der Gen-Industrie unterliegen gemeinhin der höchsten Geheimhaltungsstufe. Immerhin: Auch Klon Dolly war bereits sieben Monate alt – und zuvor fünf Monate im Bauch des Leihmutter-Schafes – als die Forscher des Roslin-Institutes mit ihrem Geschöpf an die Weltöffentlichkeit gingen. Wer weiß, was in BAYER- und anderen Laboren der Welt alles geschieht, ohne daß es die Öffentlichkeit jemals erfährt.

PPL will auch Schweine klonen

Das britische Unternehmen PPL will auch Schweine klonen. Menschliche Gene sollen in Schweinezellen eingeschleust werden, um die Organe der Tiere für Transplantationen gebrauchen zu können. Durch die gentechnische Manipulation sollen Abstoßungsreaktionen des Immunsystems unterbunden werden. Ob dies jedoch gelingt, ist unklar. Schon heute steht fest, daß auf diese Weise Viren vom Schwein auf den Menschen übertragen werden können, mit unwägbareren Folgen. Zwar sind in Großbritannien Transplantationen von Tierorganen verboten. Aber PPL-Geschäftsführer Ron James will sich von seinem Vorhaben und den damit verbundenen Gewinnaussichten nicht abbringen lassen. „Wenn wir mit klinischen Versuchen starten, wird entweder das Verbot aufgehoben werden müssen, oder wir werden die Experimente woanders machen“, sagt er.

Klon-Schaf von BAYER ?

Erst Tracy, dann Dolly

(taz/ho) Ende Februar 1997 schockierten schottische Wissenschaftler die Weltöffentlichkeit mit der Nachricht, erstmals aus Körperzellen eines erwachsenen Schafes ein genetisch identisches Lamm erzeugt zu haben. Es waren die gleichen Forscher, die 1992 bereits im Auftrag von BAYER den „Bioreaktor“ Tracy schufen. Doch der Leverkusener Chemieriese streitet ab, an der Herstellung von Dolly beteiligt zu sein.



Der 24. Februar 1997 ist ein schwarzer Tag in der Entwicklungsgeschichte. Wie die New York Times berichtete, ist es der schottischen Firma PPL erstmals gelungen, die genetisch identische Kopie eines erwachsenen Schafes zu klonieren. Der Zellkern einer Euterzelle wurde in eine unbefruchtete Eizelle eingepflanzt, die wiederum in den Uterus einer „Leihmutter“ plaziert wurde. Der Erfolg des Verfahrens stellte sich nicht gleich ein: aus 277 Zellfusionen entstanden 29 Embryos, von denen nur eines überlebte. Doch: „Wer ein transgenes Schaf klonieren kann, der hat den Durchbruch geschafft“, meint der amerikanische Forschungsanalytiker Viren Mehta. Und KritikerInnen sehen längst die Horrorvision des genetisch maßgeschneiderten Menschen in greifbarer Nähe. Immerhin: Nur wenige Tage nach der aufsehenerregenden Times-Veröffentlichung über Dolly – benannt nach einer vollbusigen Countrysängerin – gestand der US-amerikanische Wissenschaftler Don Wolf, daß in seinem Labor bereits im August 1996 zwei geklonte Affen zur Welt gekommen sind. Seine Versuche hätten gezeigt, daß die Methode auch beim Menschen funktionieren müsse, denn schließlich seien Affen die engsten Verwandten des Homo Sapiens. Wolf meinte zudem, daß es bei Affen (und somit auch beim Menschen) gelingen könne, von einem Erwachsenen eine identische Kopie herzustellen. Dolly-Schöpfer Ian Wilmut: „Es gibt im Prinzip keinen Grund, daß wir dies nicht auch bei Menschen können.“ Kleinlaut fügt er vorerst hinzu: „Doch wir finden es alle abstoßend.“ Zwar fin-

det auch Ex-Bauernpräsident und BAYER-Aufsichtsrat Konstantin Freiherr von Heeremann, daß „bei allem Verständnis für den technischen Fortschritt und die biotechnischen Meisterstücke der Wissenschaft eine ethische Grenze erreicht“ ist. Doch die allgemein verbreitete Abscheu aus dem Munde von ansonsten stets gentechnikfreundlichen FunktionärInnen und PolitikerInnen klingt ungläubwürdig. Bisher jedenfalls wurden die Grenzen des Machbaren nicht durch gesellschaftlichen Konsens sondern durch den „wissenschaftlichen Fortschritt“ in den Laboren der Konzerne definiert.

Übrigens: Ganz so überraschend, wie allgemein dargestellt, kam das Schaf Dolly in Edinburgh nicht zur Welt. Die Arbeitsgruppe am schottischen Roslin-Institut in Edinburgh, mit EU-Geldern finanziell großzügig ausgestattet, sorgte schon vor einem Jahr für Schlagzeilen, als sie zwei geklonte Schafe vorstellte, die mit jenem Verfahren hergestellt wurden, das dann später der US-Forscher Wolf an seinen Affen ausprobierte. Diese wurden noch aus Keimbahnzellen erzeugt. Das Neue an Dolly ist, daß sie aus erwachsenen, ausdifferenzierten Euterzellen entstanden ist.

Das Interesse des BAYER-Konzerns an Klon-Tieren ist überaus groß, ethische Rücksichtnahmen sind nicht zu erwarten. Denn mit Dolly & Co winken astronomische Gewinne, und BAYER-Vorstandschef Manfred Schneider hat immer wieder betont, daß sein Unternehmen mit gentechnischen Produkten – wie derzeit bereits mit Faktor-VIII-Präparaten gegen

die Bluterkrankheit – eine weltweite Führerschaft übernehmen wolle. Zur Herstellung von Medikamenten sei der Rückgriff auf geklonte Tiere ethisch nicht bedenklich, sagte Schneider noch auf der sog. Innovationspressekonferenz des Konzerns am 26. Februar. Dies findet auch Prof. Dr. Peter Stadler, Leiter des Geschäftsbereiches Biotechnik beim Leverkusener Chemieriesen. Stadler ist durch geschicktes Marketing von BAYER und dem Konzern nahestehenden Pro-Gentechnik-Initiativen quasi zum obersten Klon-Experten der Republik avanciert. Wenn in den 20.00-Uhr-Nachrichten über Dolly diskutiert wird, hat Stadler als sog. Experte ein Wörtchen mitzureden. Seine Meinung schließlich hatte auch Gewicht, als die Bundesregierung – ganz im Sinne von BAYER & Co – das ohnehin lasche Gentechnikgesetz noch weiter lockerte. Heute, so jubilierten Stadler und Schneider, ist Deutschland eines der gentechnikfreundlichsten Länder der Welt. Dies attestierte unlängst auch das renommierte Prognos-Institut (vgl. SWB 1/97, Schlaglichter).

Der BAYER-Konzern hat längst eine Spitzenstellung im Bereich „Gene-Pharming“, wie die Herstellung von Arzneimitteln mit Hilfe transgener Tiere genannt wird, eingenommen. Zwischen den Leverkusenern und der schottischen Firma PPL bestanden (bzw. bestehen) geschäftliche Verbindungen. Schon 1992 kaufte BAYER von PPL das in Kooperation mit dem Roslin-Institut manipulierte Schaf Tracy. Das Tier wurde mit Hilfe der Gentechnik derart verändert, daß es mit der Milch ein menschliches

Protein, Alpha-1-Antitrypsin, ausscheidet, ein Eiweißstoff, der zur Behandlung der Lungenkrankheit „zystische Fibrose“ genutzt wird. Auf Anfrage der taz, ob die geschäftlichen Verbindungen zu PPL noch bestehen, gab die BAYER-Pressestelle bekannt: „Wir haben die Zusammenarbeit ... inzwischen eingestellt.“ Es spricht jedoch einiges dafür, daß diese Aussage lediglich unter dem Druck des öffentlichen Entsetzens über die Klonierung von Dolly gemacht wurde. Auf alle Fälle gab es langjährige Kontakte und finanzielle Beteiligungen, die sicherlich jederzeit wieder aufgefrischt werden könnten. Ein Multi wie BAYER ist jederzeit in der Lage, kleinere, innovative Firmen zu schlucken bzw. deren Patente zu kaufen. Und das „Patent Dolly“ paßt sicherlich gut in die langfristige Strategieplanung des Konzerns. Denn schon läuft die Forschung in den Gen-Laboren der drei wichtigsten Forschungszentren von BAYER – Japan, USA und Deutschland – auf Hochtouren.

Das Interesse des BAYER-Konzerns an Klon-Tieren ist überaus groß, ethische Rücksichtnahmen sind nicht zu erwarten. Denn mit Dolly & Co winken astronomische Gewinne.

Währenddessen wird die Forderung nach einem internationalen Verbot für das Klonen von Menschen immer stärker. „Den geklonten Menschen darf und wird es nicht geben“,

sagte Forschungsminister Jürgen Rüttgers. Parallelen zu der Diskussion um Keimbahneingriffe werden immer deutlicher. Obwohl wiederholt (auch von BAYER) betont wurde, es bestehe weltweiter Konsens darüber, daß die Manipulation menschlicher Fortpflanzungszellen tabu bleiben solle, weigern sich die PolitikerInnen, ein Verbot unmißverständlich festzuschreiben. Erst nach heftigen Protesten wurde in der (bei Redaktionsschluß noch nicht verabschiedeten) Bioethikkonvention des Europarates ein halbherziges Verbot aufgenommen – wenn die technischen Möglichkeiten weiterentwickelt und die Methoden nicht mehr so unsicher sind, soll es überprüft werden.

Auch der BAYER-Gentechniker Stadler ist bemüht, der allgemeinen Besorgnis entgegenzutreten. Niemand werde, so gibt er sich zuversichtlich, aus krankhafter wissenschaftlicher Neugier die Dolly-Methode am Menschen ausprobieren. Jedenfalls nicht in Deutschland, schränkt er umgehend ein: „Die biomedizinische Szene ist hier sehr kompakt und transparent.“ Abwiegungen solcher Art klingen wenig glaubwürdig. Denn die Versuche in den Hochsicherheitstrakten der Gen-Industrie unterliegen gemeinhin der höchsten Geheimhaltungsstufe. Immerhin: Auch Klon Dolly war bereits sieben Monate alt – und zuvor fünf Monate im Bauch des Leihmutter-Schafes – als die Forscher des Roslin-Institutes mit ihrem Geschöpf an die Weltöffentlichkeit gingen. Wer weiß, was in BAYER- und anderen Laboren der Welt alles geschieht, ohne daß es die Öffentlichkeit jemals erfährt.

PPL will auch Schweine klonen

Das britische Unternehmen PPL will auch Schweine klonen. Menschliche Gene sollen in Schweinezellen eingeschleust werden, um die Organe der Tiere für Transplantationen gebrauchen zu können. Durch die gentechnische Manipulation sollen Abstoßungsreaktionen des Immunsystems unterbunden werden. Ob dies jedoch gelingt, ist unklar. Schon heute steht fest, daß auf diese Weise Viren vom Schwein auf den Menschen übertragen werden können, mit unwägbareren Folgen. Zwar sind in Großbritannien Transplantationen von Tierorganen verboten. Aber PPL-Geschäftsführer Ron James will sich von seinem Vorhaben und den damit verbundenen Gewinnaussichten nicht abbringen lassen. „Wenn wir mit klinischen Versuchen starten, wird entweder das Verbot aufgehoben werden müssen, oder wir werden die Experimente woanders machen“, sagt er.

Über die Mitverantwortung von BAYER & Co für die Wiederkehr der Seuchen

Risiko Antibiotika

Weltweit versuchen BAYER und andere Pharmaunternehmen mit Hilfe aggressiver Verkaufskonzepte den Absatz von Medikamenten zu steigern. BAYER-Konzernchef Manfred Schneider erklärte erst jüngst von den 30.000 bekannten Krankheiten könnten heute erst 10.000 therapiert werden. Deshalb biete vor allem das Pharmageschäft ein „riesiges Potential“ und „faszinierende Zukunftschancen“. Doch die von BAYER und anderen großen Pharmaunternehmen hergestellten Medikamente sind nicht nur ein „Segen für die Menschheit“. Vielmehr trägt ihr schrankenloser Einsatz dazu bei, daß wir uns am Ende des 20. Jahrhunderts mit einer Wiederkehr längst besiegt geglaubter Seuchen konfrontiert sehen.

Von Volker Rekitke

„Die pharmazeutische Industrie in den Vereinigten Staaten, in Japan, Großbritannien, Frankreich und Deutschland war in den letzten dreißig Jahren in der Entwicklung neuer Antibiotika so erfolgreich, daß Gesellschaft und Wissenschaft das Problem der potentiellen Bakterienresistenz selbstgefällig beiseite schieben“, warnt Dr. Harald Neu von der Columbia-Universität. Antibiotikaresistente Bakterien entwickeln sich immer mehr zu einem gesundheitspolitischen Alptraum. Wissenschaftliche Studien ergaben, daß bereits heute große Teile der Bevölkerung in fast allen Ländern der Welt Bakterien mit mindestens einer Antibiotikaresistenz im Körper tragen. Auch Mehrfachresistenzen nehmen in erschreckendem Maße zu. So ergab beispielsweise eine 1989 in mehreren griechischen Krankenhäusern durchgeführte Studie eine äußerst hohe Häufigkeit antibiotikaresistenter Bakterien, in einigen Fällen bis zu 100 Prozent. Und in den USA stieg die Antibiotikaresistenz von Meningitis-Erregern zwischen 1974 und 1982 von vier auf 48 Prozent an. Bakteriell

bedingte Krankheiten, die längst „besiegt“ schienen, breiten sich mittlerweile wieder in erschreckender Geschwindigkeit aus.

Im Jahre 1985 nahm der bis dahin anhaltende Abwärtstrend in der Tuberkulosestatistik ein abruptes Ende. Allein in den USA stieg die Zahl der verzeichneten Tb-Fälle um über 20 Prozent an. Global gesehen sind Infektionskrankheiten nach wie vor die Todesursache Nummer eins, wobei Tb die Liste anführt. Von den jährlich etwa zehn Millionen neuen Tuberkulosefällen verlaufen drei Millionen tödlich. Die Sterblichkeitsrate bei Tb mit Mehrfachresistenz liegt zwischen 40 und 60 Prozent - das entspricht in etwa den Zahlen vor der Einführung der Antibiotika in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts. So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn namhafte WissenschaftlerInnen am Ende des 20. Jahrhunderts von einer „Rückkehr der Seuchen“ sprechen.

Wie konnte es dazu kommen? Dazu ein kurzer Rückblick in die Geschichte: Bereits im Jahre 1928 entdeckte der britische Bakteriologe Alexander Fleming durch einen Zufall die

antibakteriellen Eigenschaften des Brotschimmelextrakts Penicillin. Aber erst 15 Jahre später, nach der Erprobung des neuen Mittels an Menschen, begann die Pharmaindustrie mit der Massenproduktion des Medikaments. Der Verbrauch von Penicillin, dem ersten in einer langen Reihe von Antibiotika, stieg schon nach kurzer Zeit sprunghaft an. Das BAYER-Mittel BAYCILLIN hält international entscheidende Marktanteile. Die Wissenschaft schien sie endlich entdeckt zu haben - die „Wunderwaffe“ gegen bakterielle Krankheiten, die in den Jahrhunderten zuvor mehrmals fast ganze Völker ausgelöscht hatten. Tatsächlich stieg beispielsweise die Überlebensrate bei Lungenentzündungen von weniger als 20 Prozent im Jahre 1937 auf 85 Prozent im Jahre 1964 an. Aber schon bald zeigten sich erste negative Auswirkungen des oftmals hemmungslosen und unkontrollierten Einsatzes von Antibiotika. Bereits in den vierziger Jahren wurden in Großbritannien, wo Penicillin zeitweise „wie Bonbons verteilt“ wurde, mehrere Fälle von Resistenzbildung gegen das „Wundermittel“ Penicillin beobachtet. Kritische MedizinerInnen warnten schon früh vor dem Fehlglauben, mit Hilfe von Antibiotika das Problem bakterieller Krankheiten endgültig „in den Griff“ bekommen zu haben. Und sie sollten recht behalten.

„Mikroorganismen können alles. Mikroorganismen sind schlauer als Chemiker.“ Mit diesen Worten beschreibt Dr. David Perlmann, Mikrobiologe an der Universität von Wisconsin, die beeindruckende Fähigkeit von Bakterien, innerhalb kürzester Zeit Resistenzen gegen alle „Angreifer“, zu denen Antibiotika gehören, zu bilden. In der Tat: Seit Mitte der vierziger Jahre liefert sich die medizinische Forschung ein „Wettrennen“ mit einem scheinbar völlig unterlegenen Gegner - den Bakterien. Der US-Pathologe Jeffrey A. Fisher, der die hier beschriebenen Fakten in einem beeindruckenden Buch* beschrieben hat, warnt: „In unserer menschlichen Selbstüberschätzung haben wir übersehen, daß wir den Bakterien nie mehr als einen Schritt voraus waren, und wir laufen jetzt auch noch Gefahr, diesen hauchdünnen Vorsprung zu verlieren.“ Würde die medizinische Wissenschaft diesen „Wettlauf“ eines möglicherweise gar nicht mehr so fernen Tages verlieren, wären die Konsequenzen katastrophal.

Nicht nur in Fachkreisen, auch in Politik und Öffentlichkeit wächst das kritische Bewußtsein im Hinblick auf den schrankenlosen Gebrauch von Antibiotika. Dennoch steigt sowohl der Antibiotika-Einsatz in Krankenhäusern wie auch die Zahl der von Hausärzten verschriebenen Medikamente weiter an. Ursache ist nicht zuletzt das aggressive Marketing der großen Konzerne. So preist etwa BAYER sein Antibiotikum CIPROBAY auf den Philippinen und anderswo als Alleskönner, geeignet

Antibiotika auf dem Acker Gentechnik in der Frucht

(cbg) Antibiotika werden, wie Pestizide, auch bei Feldfrüchten eingesetzt. Die Besprühung riesiger Plantagen erfolgt oft vom Flugzeug aus. Die Folgen für die Umwelt sind verheerend: Viele Mikroorganismus- und Insektenarten werden geschädigt bzw. getötet, und die Antibiotika können in die Nahrungskette gelangen und beim Menschen Resistenzen verursachen.

Auch gentechnische Veränderungen an Pflanzen, etwa an Mais, können schwerwiegende gesundheitliche Folgen haben. Etwa die übertragene Resistenz gegen das Antibiotikum Ampicillin, das auch in der Humanmedizin häufig angewendet wird, kann dazu führen, daß die Substanz beim Menschen nicht mehr wirksam ist. Zudem besteht die Gefahr, daß das vom Gen-Mais produzierte Insektengift Bt-Toxin der menschlichen Gesundheit schadet. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert ein Verbot geklonter Menschen, Tiere und Pflanzen und stattdessen die Hinwendung zum ökologischen Landbau. Statt Ackerfrüchte im großen Stil mit Pestiziden und Antibiotika zu besprühen (und die Pflanzen dagegen resistent zu machen), müssen die gefährlichen Substanzen eingeschränkt und verboten werden.

für jegliche Infektionen, an. CIPROBAY jedoch sollte nur als ultima ratio eingesetzt werden, um Resistenzbildungen zu vermeiden. Insgesamt sollten Antibiotika aus diesem Grund sparsam verordnet werden, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Einnahme das Immunsystem schwächen kann (siehe Kasten: Antibiotika und AIDS).

In den USA werden pro Jahr (Basis 1991) fast 240 Millionen Antibiotika-Rezepte von Ärzten ausgestellt - davon vermutlich rund vier Millionen gegen einfache Erkältungen, also völlig unnötig. Denn Erkältungen werden zumeist von Viren verursacht, gegen die Antibiotika nicht wirken.

Ein weiteres, gravierendes Problem ist die „vorsorgliche“ Verschreibung von Antibiotika mit Breitbandwirkung (gegen mehrere bakterielle Erreger wirksam). Dadurch werden auf einen Schlag eine große Zahl von völlig verschiedenen Bakterienkulturen im Körper vernichtet. Eine solche „Attacke“ überleben nur die wenigen antibiotikaresistenten Bakterien,

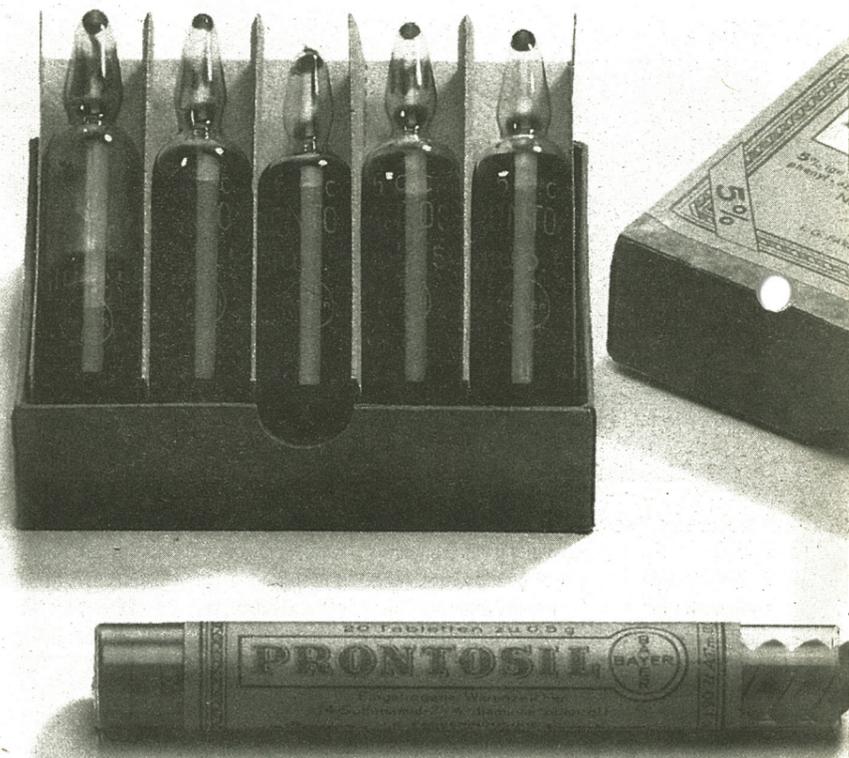
die beinahe jeder Mensch im Körper trägt. Nur: Normalerweise werden sie von anderen, viel häufiger vorhandenen Bakterien „in Schach gehalten“, also daran gehindert, sich zu vermehren. Erst jetzt ist es den resistenten Erregern möglich, sich ungehindert auszubreiten. Die nun auftretenden, bakteriell bedingten Krankheiten lassen sich auch mit massivem Antibiotika-Einsatz - wenn überhaupt - nur noch sehr schwer unter Kontrolle bringen. Hinzu kommt, daß durch Antibiotika auch die natürliche Flora in Mund und Darm getötet wird, mit der häufigen Folge von Pilzbefall.

BAYTRIL schädigt Schwein und Mensch

(ho) Immer mehr Menschen werden durch Antibiotika, die in der mit artgerechter Tierhaltung nicht in Einklang zu bringenden Tiermast verwendet werden, gesundheitlich zum Teil schwerwiegend geschädigt. Sogar von Todesfällen ist die Rede. Die dem Futter zumeist routinemäßig beigemischten Substanzen können über den Fleischverzehr in den Blutkreislauf des Menschen gelangen und dort bei Krankheitserregern Resistenzen gegen Antibiotika erzeugen.

Trotz dieser Erkenntnis verzögerte das „Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin“ Verbote. Selbst dann, wenn die Präparate als krebserregend gelten.

Auch BAYER als führender Hersteller sog. Veterinär-Produkte ist in den Skandal verwickelt. Ende 1995 ließ das Institut für Veterinärmedizin das Mittel BAYTRIL zu, ein Antibiotikum gegen Husten und Durchfall bei Schweinen, das fast 100 % aller Masttiere (präventiv) verabreicht wird. BAYTRIL gehört zu der Gruppe der Chinolone, die auch beim Menschen gegen schwere Entzündungen eingesetzt werden. Im Fall von Resistenzbildungen kann der Einsatz von Chinolonen beim Menschen zum Tod durch Nicht-Wirkung führen. Da die Resistenzen mit üblichen Tests kaum festgestellt werden können, ein nicht gerade geringes Risiko. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert strengste Indikationsbeschränkungen für BAYTRIL, die Hinwendung zu artgerechten Aufzuchtverfahren, ein Verbot von chemischen Mast-Präparaten und eine strikte Kontrolle des Antibiotika-Einsatzes im Veterinär-Bereich.



Über die Mitverantwortung von BAYER & Co für die Wiederkehr der Seuchen

Risiko Antibiotika

Weltweit versuchen BAYER und andere Pharmaunternehmen mit Hilfe aggressiver Verkaufskonzepte den Absatz von Medikamenten zu steigern. BAYER-Konzernchef Manfred Schneider erklärte erst jüngst von den 30.000 bekannten Krankheiten könnten heute erst 10.000 therapiert werden. Deshalb biete vor allem das Pharmageschäft ein „riesiges Potential“ und „faszinierende Zukunftschancen“. Doch die von BAYER und anderen großen Pharmaunternehmen hergestellten Medikamente sind nicht nur ein „Segen für die Menschheit“. Vielmehr trägt ihr schrankenloser Einsatz dazu bei, daß wir uns am Ende des 20. Jahrhunderts mit einer Wiederkehr längst besiegt geglaubter Seuchen konfrontiert sehen.

Von Volker Rekitke

„Die pharmazeutische Industrie in den Vereinigten Staaten, in Japan, Großbritannien, Frankreich und Deutschland war in den letzten dreißig Jahren in der Entwicklung neuer Antibiotika so erfolgreich, daß Gesellschaft und Wissenschaft das Problem der potentiellen Bakterienresistenz selbstgefällig beiseite schieben“, warnt Dr. Harald Neu von der Columbia-Universität. Antibiotikaresistente Bakterien entwickeln sich immer mehr zu einem gesundheitspolitischen Alptraum. Wissenschaftliche Studien ergaben, daß bereits heute große Teile der Bevölkerung in fast allen Ländern der Welt Bakterien mit mindestens einer Antibiotikaresistenz im Körper tragen. Auch Mehrfachresistenzen nehmen in erschreckendem Maße zu. So ergab beispielsweise eine 1989 in mehreren griechischen Krankenhäusern durchgeführte Studie eine äußerst hohe Häufigkeit antibiotikaresistenter Bakterien, in einigen Fällen bis zu 100 Prozent. Und in den USA stieg die Antibiotikaresistenz von Meningitis-Erregern zwischen 1974 und 1982 von vier auf 48 Prozent an. Bakteriell

bedingte Krankheiten, die längst „besiegt“ schienen, breiten sich mittlerweile wieder in erschreckender Geschwindigkeit aus.

Im Jahre 1985 nahm der bis dahin anhaltende Abwärtstrend in der Tuberkulosestatistik ein abruptes Ende. Allein in den USA stieg die Zahl der verzeichneten Tb-Fälle um über 20 Prozent an. Global gesehen sind Infektionskrankheiten nach wie vor die Todesursache Nummer eins, wobei Tb die Liste anführt. Von den jährlich etwa zehn Millionen neuen Tuberkulosefällen verlaufen drei Millionen tödlich. Die Sterblichkeitsrate bei Tb mit Mehrfachresistenz liegt zwischen 40 und 60 Prozent - das entspricht in etwa den Zahlen vor der Einführung der Antibiotika in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts. So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn namhafte WissenschaftlerInnen am Ende des 20. Jahrhunderts von einer „Rückkehr der Seuchen“ sprechen.

Wie konnte es dazu kommen? Dazu ein kurzer Rückblick in die Geschichte: Bereits im Jahre 1928 entdeckte der britische Bakteriologe Alexander Fleming durch einen Zufall die

antibakteriellen Eigenschaften des Brotschimmelextrakts Penicillin. Aber erst 15 Jahre später, nach der Erprobung des neuen Mittels an Menschen, begann die Pharmaindustrie mit der Massenproduktion des Medikaments. Der Verbrauch von Penicillin, dem ersten in einer langen Reihe von Antibiotika, stieg schon nach kurzer Zeit sprunghaft an. Das BAYER-Mittel BAYCILLIN hält international entscheidende Marktanteile. Die Wissenschaft schien sie endlich entdeckt zu haben - die „Wunderwaffe“ gegen bakterielle Krankheiten, die in den Jahrhunderten zuvor mehrmals fast ganze Völker ausgelöscht hatten. Tatsächlich stieg beispielsweise die Überlebensrate bei Lungenentzündungen von weniger als 20 Prozent im Jahre 1937 auf 85 Prozent im Jahre 1964 an. Aber schon bald zeigten sich erste negative Auswirkungen des oftmals hemmungslosen und unkontrollierten Einsatzes von Antibiotika. Bereits in den vierziger Jahren wurden in Großbritannien, wo Penicillin zeitweise „wie Bonbons verteilt“ wurde, mehrere Fälle von Resistenzbildung gegen das „Wundermittel“ Penicillin beobachtet. Kritische MedizinerInnen warnten schon früh vor dem Fehlglauben, mit Hilfe von Antibiotika das Problem bakterieller Krankheiten endgültig „in den Griff“ bekommen zu haben. Und sie sollten recht behalten.

„Mikroorganismen können alles. Mikroorganismen sind schlauer als Chemiker.“ Mit diesen Worten beschreibt Dr. David Perlmann, Mikrobiologe an der Universität von Wisconsin, die beeindruckende Fähigkeit von Bakterien, innerhalb kürzester Zeit Resistenzen gegen alle „Angreifer“, zu denen Antibiotika gehören, zu bilden. In der Tat: Seit Mitte der vierziger Jahre liefert sich die medizinische Forschung ein „Wettrennen“ mit einem scheinbar völlig unterlegenen Gegner - den Bakterien. Der US-Pathologe Jeffrey A. Fisher, der die hier beschriebenen Fakten in einem beeindruckenden Buch* beschrieben hat, warnt: „In unserer menschlichen Selbstüberschätzung haben wir übersehen, daß wir den Bakterien nie mehr als einen Schritt voraus waren, und wir laufen jetzt auch noch Gefahr, diesen hauchdünnen Vorsprung zu verlieren.“ Würde die medizinische Wissenschaft diesen „Wettlauf“ eines möglicherweise gar nicht mehr so fernen Tages verlieren, wären die Konsequenzen katastrophal.

Nicht nur in Fachkreisen, auch in Politik und Öffentlichkeit wächst das kritische Bewußtsein im Hinblick auf den schrankenlosen Gebrauch von Antibiotika. Dennoch steigt sowohl der Antibiotika-Einsatz in Krankenhäusern wie auch die Zahl der von Hausärzten verschriebenen Medikamente weiter an. Ursache ist nicht zuletzt das aggressive Marketing der großen Konzerne. So preist etwa BAYER sein Antibiotikum CIPROBAY auf den Philippinen und anderswo als Alleskönner, geeignet

Antibiotika auf dem Acker Gentechnik in der Frucht

(cbg) Antibiotika werden, wie Pestizide, auch bei Feldfrüchten eingesetzt. Die Besprühung riesiger Plantagen erfolgt oft vom Flugzeug aus. Die Folgen für die Umwelt sind verheerend: Viele Mikroorganismus- und Insektenarten werden geschädigt bzw. getötet, und die Antibiotika können in die Nahrungskette gelangen und beim Menschen Resistenzen verursachen.

Auch gentechnische Veränderungen an Pflanzen, etwa an Mais, können schwerwiegende gesundheitliche Folgen haben. Etwa die übertragene Resistenz gegen das Antibiotikum Ampicillin, das auch in der Humanmedizin häufig angewendet wird, kann dazu führen, daß die Substanz beim Menschen nicht mehr wirksam ist. Zudem besteht die Gefahr, daß das vom Gen-Mais produzierte Insektengift Bt-Toxin der menschlichen Gesundheit schadet. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert ein Verbot geklonter Menschen, Tiere und Pflanzen und stattdessen die Hinwendung zum ökologischen Landbau. Statt Ackerfrüchte im großen Stil mit Pestiziden und Antibiotika zu besprühen (und die Pflanzen dagegen resistent zu machen), müssen die gefährlichen Substanzen eingeschränkt und verboten werden.

für jegliche Infektionen, an. CIPROBAY jedoch sollte nur als ultima ratio eingesetzt werden, um Resistenzbildungen zu vermeiden. Insgesamt sollten Antibiotika aus diesem Grund sparsam verordnet werden, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Einnahme das Immunsystem schwächen kann (siehe Kasten: Antibiotika und AIDS).

In den USA werden pro Jahr (Basis 1991) fast 240 Millionen Antibiotika-Rezepte von Ärzten ausgestellt - davon vermutlich rund vier Millionen gegen einfache Erkältungen, also völlig unnötig. Denn Erkältungen werden zumeist von Viren verursacht, gegen die Antibiotika nicht wirken.

Ein weiteres, gravierendes Problem ist die „vorsorgliche“ Verschreibung von Antibiotika mit Breitbandwirkung (gegen mehrere bakterielle Erreger wirksam). Dadurch werden auf einen Schlag eine große Zahl von völlig verschiedenen Bakterienkulturen im Körper vernichtet. Eine solche „Attacke“ überleben nur die wenigen antibiotikaresistenten Bakterien,

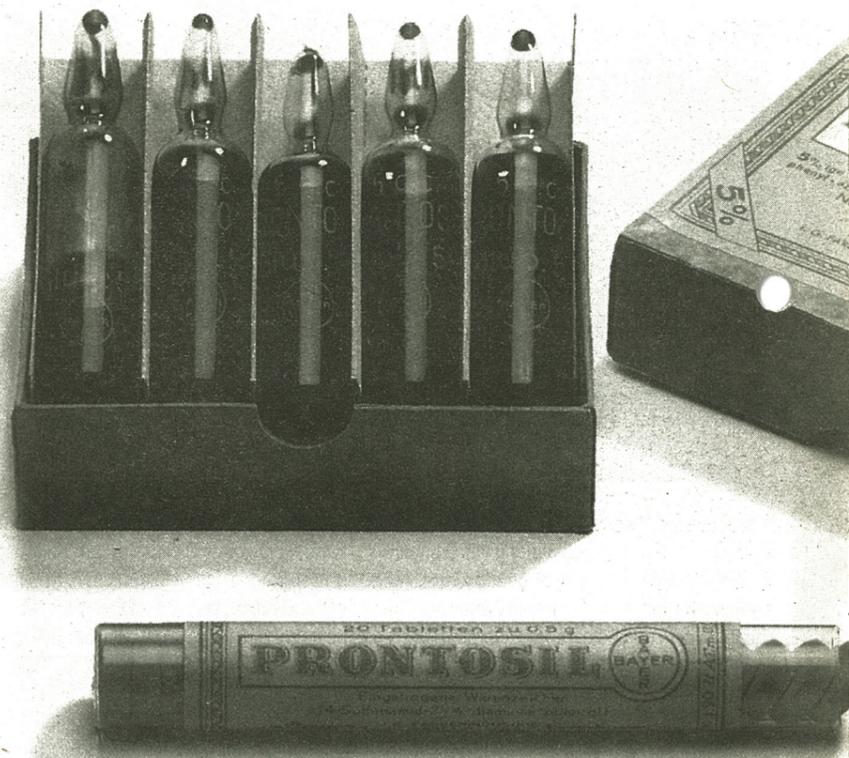
die beinahe jeder Mensch im Körper trägt. Nur: Normalerweise werden sie von anderen, viel häufiger vorhandenen Bakterien „in Schach gehalten“, also daran gehindert, sich zu vermehren. Erst jetzt ist es den resistenten Erregern möglich, sich ungehindert auszubreiten. Die nun auftretenden, bakteriell bedingten Krankheiten lassen sich auch mit massivem Antibiotika-Einsatz - wenn überhaupt - nur noch sehr schwer unter Kontrolle bringen. Hinzu kommt, daß durch Antibiotika auch die natürliche Flora in Mund und Darm getötet wird, mit der häufigen Folge von Pilzbefall.

BAYTRIL schädigt Schwein und Mensch

(ho) Immer mehr Menschen werden durch Antibiotika, die in der mit artgerechter Tierhaltung nicht in Einklang zu bringenden Tiermast verwendet werden, gesundheitlich zum Teil schwerwiegend geschädigt. Sogar von Todesfällen ist die Rede. Die dem Futter zumeist routinemäßig beigemischten Substanzen können über den Fleischverzehr in den Blutkreislauf des Menschen gelangen und dort bei Krankheitserregern Resistenzen gegen Antibiotika erzeugen.

Trotz dieser Erkenntnis verzögerte das „Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin“ Verbote. Selbst dann, wenn die Präparate als krebserregend gelten.

Auch BAYER als führender Hersteller sog. Veterinär-Produkte ist in den Skandal verwickelt. Ende 1995 ließ das Institut für Veterinärmedizin das Mittel BAYTRIL zu, ein Antibiotikum gegen Husten und Durchfall bei Schweinen, das fast 100 % aller Masttiere (präventiv) verabreicht wird. BAYTRIL gehört zu der Gruppe der Chinolone, die auch beim Menschen gegen schwere Entzündungen eingesetzt werden. Im Fall von Resistenzbildungen kann der Einsatz von Chinolonen beim Menschen zum Tod durch Nicht-Wirkung führen. Da die Resistenzen mit üblichen Tests kaum festgestellt werden können, ein nicht gerade geringes Risiko. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert strengste Indikationsbeschränkungen für BAYTRIL, die Hinwendung zu artgerechten Aufzuchtverfahren, ein Verbot von chemischen Mast-Präparaten und eine strikte Kontrolle des Antibiotika-Einsatzes im Veterinär-Bereich.



Mittlerweile ist der Einsatz eines gezielt wirkenden Medikaments beinahe zur Kuriosität geworden. Antibiotika entwickelten sich zur „Arznei der Angst“: Eine große Zahl von ÄrztInnen ist offensichtlich dem trügerischen Glauben verfallen, Breitbandantibiotika seien nahezu gegen jede Infektion wirksam. Ein Glauben, der von den ArzneimittelvertreterInnen der pharmazeutischen Industrie nach Kräften gefördert wird. Denn: X-Millionen verschriebener Rezepte bedeuten eben auch X-Millionen Dollar oder D-Mark, die Pharma-Riesen wie BAYER einstreichen. Das Geschäft mit der Gesundheit ist milliarden schwer, der Markt heiß umkämpft.

„Das eigentliche Problem“, schreibt der US-Pharmakritiker Fisher, „liegt in der Wissenschaft und ihrer Nähe zum Pharmamarkt begründet.“ Die Pharmaindustrie kontrolliert oder beeinflusst alle Entscheidungen im Zusammenhang mit Antibiotika, von dem Augenblick an, wo die Erforschung einer neuen Formel beginnt, bis zur Einnahme des Medikaments und darüber hinaus. Ganz egal, ob bei der medizinisch unsinnigen, aber äußerst profitträchtigen Entwicklung und Vermarktung eines nur scheinbar „neuen“ Medikaments mit fast identischen Wirkstoffen oder beim Anpreisen von Arzneimitteln in Arztpraxen – die Pharmamultis halten die goldenen Fäden in der Hand.

Überall auf der Erde – besonders in Ländern der „3. Welt“ – verfolgen Pharmaunternehmen eine aggressive Verkaufsstrategie. Ihre VertreterInnen schwärmen täglich aus, um in Krankenhäusern und Arztpraxen für die neuesten Produkte ihrer Firmen zu werben. Professor Marc Lappé von der University of Illinois beschreibt das folgendermaßen: „Das medizinische Urteil eines Arztes kann man nicht in Frage stellen. Und darauf stellen sich die Pharmafirmen ein. Wenn ich ein exotisches, teures Antibiotikum vermarkten will, dann ist es mir doch nicht recht, wenn es (...) im Giftschrank eines Krankenhauses liegt. Nein, ich will, daß es aufgebraucht wird, und ich will soviel wie möglich davon verkaufen. Mein Pharmavertreter kommt zum Arzt mit kleinen Knöpfen und Nadeln und Kugelschreibern und Brieftaschen und Stethoskopen mit Namen und Markenbezeichnung meiner Firma. Kristallene Briefbeschwerer, Notizblöcke, Arztbestecke, alles mit dem Namen des neuen Antibiotikums. Und dann nehmen Sie an, der Arzt würde es nicht verschreiben?“ Dazu kommt, daß ein Großteil der Informationen, die ÄrztInnen heute über neue Medikamente erhalten, nicht etwa aus der medizinischen Fachliteratur, sondern aus den bunten Werbeheftchen jener PharmavertreterInnen stammt. Eine nicht gerade objektive Informationsquelle, wenn es darum geht, über mögliche „Risiken und Nebenwirkungen“ von Antibiotika informiert zu werden.

Antibiotika und AIDS

(swb) Antibiotika bekämpfen nicht nur Infektionskrankheiten, sie sind auch bekannt als Immunsuppressiva, also Stoffe, die das körpereigene Abwehrsystem schwächen. Seit einigen Jahren schon existiert die Theorie, daß die häufige Einnahme von Antibiotika mitverantwortlich für den Ausbruch der Immunschwächekrankheit AIDS ist. Namhafte WissenschaftlerInnen, darunter auch der Entdecker des HI-Virus, Dr. Luc Montagnier vom Pasteur-Institut in Paris, vertreten mittlerweile die Auffassung, daß HIV nur einer von mehreren Faktoren ist, die das Immunsystem schwächen und zum Ausbruch von AIDS führen. Als Co-Faktor werden – neben intravenösen und psychostimulierenden Drogen – auch Antibiotika genannt. Montagnier erklärte im Juli 1992 auf der 8. Internationalen AIDS-Konferenz in Amsterdam: „Ich denke, wir sollten den Co-Faktoren das gleiche Gewicht beimessen wie HIV.“ Belegt wird diese These durch Untersuchungen bei KonsumentInnen von illegalen Drogen sowie bei männlichen Homosexuellen – beides sogenannte „Risikogruppen“ mit einem hohen Anteil an AIDS-Erkrankungen. Bei der Befragung von Betroffenen und ihren ÄrztInnen wurde deutlich, daß der Konsum von Antibiotika, von denen ein Großteil nicht ärztlich verschrieben wurde, bei beiden Gruppen überdurchschnittlich hoch ist. Die Medikamente werden meist „prophylaktisch“ eingenommen, um sich vor Infektionen zu schützen, z.B. vor Venenentzündungen oder Abszessen, unter denen HeroinkonsumentInnen häufig leiden. „Ironischerweise machen sich die Menschen durch den Schutz vor alltäglichen Erregern anfällig für exotischere und tödliche Infekte“, bescheidet der US-Immunologe Dr. Robert Root-Bernstein die paradox erscheinende Situation.

Das Pharmageschäft wird in erster Linie von den Interessen der Produzenten und von den zu erwartenden Profiten bestimmt – und nicht von der Wirksamkeit eines Medikaments oder des wirklichen Bedarfs. Aber während Umsätze und Profite von BAYER geradezu astronomisch ansteigen, steigt auch das Gefahrenpotential, das im wachsenden Einsatz von Antibiotika steckt. Dr. Michael Cohen, Facharzt für Epidemiologie in Atlanta: „Wenn wir die Wirksamkeit der verfügbaren antibakteriellen Mittel nicht erhalten können (...), nähern wir uns rasant dem post-antibakteriel-

len Zeitalter, in dem unheilbare Infektionen wieder an der Tagesordnung sein werden.“

* Quelle: Jeffrey A. Fisher, „Krankmacher Antibiotika - Warum die Seuchen wiederkommen“, dtv-Verlag, September 1995, 330 Seiten, DM 19,80. Das Buch ist bei der CBG erhältlich. Für den Versand berechnen wir zusätzlich DM 8,-.



Fotos: BAYER-Meilensteine

Hat BAYER die US-Army für den Golfkrieg beliefert?

Nervenschäden durch Mückengift?

US-Golfkriegsveteranen
leiden an schwerwiegenden
Gesundheitsstörungen.
Ausgelöst wurden sie durch
einen gefährlichen Chemikalien-
Mix, den möglicherweise der
BAYER-Konzern an das Pentagon
geliefert hat.

Von Hubert Ostendorf

Die Ausstattung von Armeen mit kriegsentscheidenden Giften hat bei BAYER eine lange Tradition. Angefangen vom Senfgas des ersten Weltkrieges über TABUN und SARIN bis hin zum aktuellen VX-Kampfstoff der NATO entstammen alle wichtigen Chemie-Killer der Schlachtfelder auf dieser Welt aus den Laboren des Leverkusener Multis. Auch das berüchtigte Vietnam-„Entlaubungsmittel“ AGENT ORANGE wurde von BAYER geliefert, genau gesagt von der US-Firma MOBAY, einer gemeinsamen Tochter der Konzerne BAYER und MONSANTO. Der Völkermord in Indochina schließlich wurde zum Experimentierfeld für ein Insektizid, das später auch im Golfkrieg zum Einsatz kam und auf dem zivilen Markt zum Kassenschlager wurde. Die Rede ist von der Substanz Diethyltoluamid (DEED), die unter dem BAYER-Handelsnamen AUTAN weiteste Verbreitung gefunden hat.

DEED wurde nicht nur in BAYER-Labors an rasierten Meerschweinchen (SWB berichtete), sondern auch an Vietnam-Marines und Golfkriegern ausprobiert. Es sollte die Soldaten vor lästigen Mücken schützen und somit ihre Kampfkraft erhöhen. Doch viele Soldaten klagen bis heute über beträchtliche „Nebenwirkungen“, die ein vom US-Präsidenten Bill Clinton eingesetzter Untersuchungsausschuß allerdings ausdrücklich leugnet. Wissenschaftliche Studien indes, veröffentlicht vom angesehenen Journal of the American Medical Association, erteilen den offiziellen, chemie- und konzernfreundlichen Untersuchungsergebnissen eine schallende Ohrfeige. Belegen sie doch eindrucksvoll, daß Golfkriegler, die DEED benutzt haben, über permanente

Gelenk- und Muskelschmerzen sowie dauernde Müdigkeit klagen. Durch neurologische Tests konnte zudem nachgewiesen werden, daß bei Veteranen mit Golfkriegssyndrom die

Auch das berüchtigte Vietnam-„Entlaubungsmittel“ AGENT ORANGE wurde von BAYER geliefert.

Hirnaktivität zumeist deutlich von den Normalwerten abweicht. Ähnliche Schädigungen werden bei Pestizid-Opfern beobachtet, die organophosphathaltigen Ackergiften, etwa FOLIDOL (= E 605) von BAYER, ausgesetzt waren. Weil DEED zusätzlich im Verdacht steht, Krebs zu erzeugen, wurde AUTAN in Dänemark 1996 verboten.

Letztlich wird es wohl ein „Betriebsgeheimnis“ bleiben, ob BAYER die US-Army tatsächlich für den Golfkrieg mit gefährlichen Giftstoffen ausgestattet hat. Dafür spricht aber nicht nur die Gleichartigkeit der in Kuwait eingesetzten Substanzen mit dem „zivilen“ Lieferprogramm des Chemieriesens, sondern auch die Tatsache, daß es offizielle Geschäftsbeziehungen zwischen BAYER und dem Pentagon gibt. Dies behauptet jedenfalls eine Bürgerinitiative am US-Standort Berkeley, von wo gewaltige Mengen an „Pestimpfstoffen“, wie es offiziell heißt, an das Militär geliefert werden. Die BAYER-KritikerInnen vor Ort glauben jedoch, daß es sich eher um biologische Kampfstoffe handelt, „denn mit den geordneten Chargen könnte man die gesamte Armee der Vereinigten Staaten gleich mehrfach impfen“, heißt es.



Mittlerweile ist der Einsatz eines gezielt wirkenden Medikaments beinahe zur Kuriosität geworden. Antibiotika entwickelten sich zur „Arznei der Angst“: Eine große Zahl von ÄrztInnen ist offensichtlich dem trügerischen Glauben verfallen, Breitbandantibiotika seien nahezu gegen jede Infektion wirksam. Ein Glauben, der von den ArzneimittelvertreterInnen der pharmazeutischen Industrie nach Kräften gefördert wird. Denn: X-Millionen verschriebener Rezepte bedeuten eben auch X-Millionen Dollar oder D-Mark, die Pharma-Riesen wie BAYER einstreichen. Das Geschäft mit der Gesundheit ist milliarden schwer, der Markt heiß umkämpft.

„Das eigentliche Problem“, schreibt der US-Pharmakritiker Fisher, „liegt in der Wissenschaft und ihrer Nähe zum Pharmamarkt begründet.“ Die Pharmaindustrie kontrolliert oder beeinflusst alle Entscheidungen im Zusammenhang mit Antibiotika, von dem Augenblick an, wo die Erforschung einer neuen Formel beginnt, bis zur Einnahme des Medikaments und darüber hinaus. Ganz egal, ob bei der medizinisch unsinnigen, aber äußerst profitträchtigen Entwicklung und Vermarktung eines nur scheinbar „neuen“ Medikaments mit fast identischen Wirkstoffen oder beim Anpreisen von Arzneimitteln in Arztpraxen – die Pharmamultis halten die goldenen Fäden in der Hand.

Überall auf der Erde – besonders in Ländern der „3. Welt“ – verfolgen Pharmaunternehmen eine aggressive Verkaufsstrategie. Ihre VertreterInnen schwärmen täglich aus, um in Krankenhäusern und Arztpraxen für die neuesten Produkte ihrer Firmen zu werben. Professor Marc Lappé von der University of Illinois beschreibt das folgendermaßen: „Das medizinische Urteil eines Arztes kann man nicht in Frage stellen. Und darauf stellen sich die Pharmafirmen ein. Wenn ich ein exotisches, teures Antibiotikum vermarkten will, dann ist es mir doch nicht recht, wenn es (...) im Giftschrank eines Krankenhauses liegt. Nein, ich will, daß es aufgebraucht wird, und ich will soviel wie möglich davon verkaufen. Mein Pharmavertreter kommt zum Arzt mit kleinen Knöpfen und Nadeln und Kugelschreibern und Brieftaschen und Stethoskopen mit Namen und Markenbezeichnung meiner Firma. Kristallene Briefbeschwerer, Notizblöcke, Arztbestecke, alles mit dem Namen des neuen Antibiotikums. Und dann nehmen Sie an, der Arzt würde es nicht verschreiben?“ Dazu kommt, daß ein Großteil der Informationen, die ÄrztInnen heute über neue Medikamente erhalten, nicht etwa aus der medizinischen Fachliteratur, sondern aus den bunten Werbeheftchen jener PharmavertreterInnen stammt. Eine nicht gerade objektive Informationsquelle, wenn es darum geht, über mögliche „Risiken und Nebenwirkungen“ von Antibiotika informiert zu werden.

Antibiotika und AIDS

(swb) Antibiotika bekämpfen nicht nur Infektionskrankheiten, sie sind auch bekannt als Immunsuppressiva, also Stoffe, die das körpereigene Abwehrsystem schwächen. Seit einigen Jahren schon existiert die Theorie, daß die häufige Einnahme von Antibiotika mitverantwortlich für den Ausbruch der Immunschwächekrankheit AIDS ist. Namhafte WissenschaftlerInnen, darunter auch der Entdecker des HI-Virus, Dr. Luc Montagnier vom Pasteur-Institut in Paris, vertreten mittlerweile die Auffassung, daß HIV nur einer von mehreren Faktoren ist, die das Immunsystem schwächen und zum Ausbruch von AIDS führen. Als Co-Faktor werden – neben intravenösen und psychostimulierenden Drogen – auch Antibiotika genannt. Montagnier erklärte im Juli 1992 auf der 8. Internationalen AIDS-Konferenz in Amsterdam: „Ich denke, wir sollten den Co-Faktoren das gleiche Gewicht beimessen wie HIV.“ Belegt wird diese These durch Untersuchungen bei KonsumentInnen von illegalen Drogen sowie bei männlichen Homosexuellen – beides sogenannte „Risikogruppen“ mit einem hohen Anteil an AIDS-Erkrankungen. Bei der Befragung von Betroffenen und ihren ÄrztInnen wurde deutlich, daß der Konsum von Antibiotika, von denen ein Großteil nicht ärztlich verschrieben wurde, bei beiden Gruppen überdurchschnittlich hoch ist. Die Medikamente werden meist „prophylaktisch“ eingenommen, um sich vor Infektionen zu schützen, z.B. vor Venenentzündungen oder Abszessen, unter denen HeroinkonsumentInnen häufig leiden. „Ironischerweise machen sich die Menschen durch den Schutz vor alltäglichen Erregern anfällig für exotischere und tödliche Infekte“, bescheidet der US-Immunologe Dr. Robert Root-Bernstein die paradox erscheinende Situation.

Das Pharmageschäft wird in erster Linie von den Interessen der Produzenten und von den zu erwartenden Profiten bestimmt – und nicht von der Wirksamkeit eines Medikaments oder des wirklichen Bedarfs. Aber während Umsätze und Profite von BAYER geradezu astronomisch ansteigen, steigt auch das Gefahrenpotential, das im wachsenden Einsatz von Antibiotika steckt. Dr. Michael Cohen, Facharzt für Epidemiologie in Atlanta: „Wenn wir die Wirksamkeit der verfügbaren antibakteriellen Mittel nicht erhalten können (...), nähern wir uns rasant dem post-antibakteriel-

len Zeitalter, in dem unheilbare Infektionen wieder an der Tagesordnung sein werden.“

* Quelle: Jeffrey A. Fisher, „Krankmacher Antibiotika - Warum die Seuchen wiederkommen“, dtv-Verlag, September 1995, 330 Seiten, DM 19,80. Das Buch ist bei der CBG erhältlich. Für den Versand berechnen wir zusätzlich DM 8,-.



Fotos: BAYER-Meilensteine

Hat BAYER die US-Army für den Golfkrieg beliefert?

Nervenschäden durch Mückengift ?

US-Golfkriegsveteranen
leiden an schwerwiegenden
Gesundheitsstörungen.
Ausgelöst wurden sie durch
einen gefährlichen Chemikalien-
Mix, den möglicherweise der
BAYER-Konzern an das Pentagon
geliefert hat.

Von Hubert Ostendorf

Die Ausstattung von Armeen mit kriegsentscheidenden Giften hat bei BAYER eine lange Tradition. Angefangen vom Senfgas des ersten Weltkrieges über TABUN und SARIN bis hin zum aktuellen VX-Kampfstoff der NATO entstammen alle wichtigen Chemie-Killer der Schlachtfelder auf dieser Welt aus den Laboren des Leverkusener Multis. Auch das berüchtigte Vietnam-„Entlaubungsmittel“ AGENT ORANGE wurde von BAYER geliefert, genau gesagt von der US-Firma MOBAY, einer gemeinsamen Tochter der Konzerne BAYER und MONSANTO. Der Völkermord in Indochina schließlich wurde zum Experimentierfeld für ein Insektizid, das später auch im Golfkrieg zum Einsatz kam und auf dem zivilen Markt zum Kassenschlager wurde. Die Rede ist von der Substanz Diethyltoluamid (DEED), die unter dem BAYER-Handelsnamen AUTAN weiteste Verbreitung gefunden hat.

DEED wurde nicht nur in BAYER-Labors an rasierten Meerschweinchen (SWB berichtete), sondern auch an Vietnam-Marines und Golfkriegern ausprobiert. Es sollte die Soldaten vor lästigen Mücken schützen und somit ihre Kampfkraft erhöhen. Doch viele Soldaten klagen bis heute über beträchtliche „Nebenwirkungen“, die ein vom US-Präsidenten Bill Clinton eingesetzter Untersuchungsausschuß allerdings ausdrücklich leugnet. Wissenschaftliche Studien indes, veröffentlicht vom angesehenen Journal of the American Medical Association, erteilen den offiziellen, chemie- und konzernfreundlichen Untersuchungsergebnissen eine schallende Ohrfeige. Belegen sie doch eindrucksvoll, daß Golfkriegler, die DEED benutzt haben, über permanente

Gelenk- und Muskelschmerzen sowie dauernde Müdigkeit klagen. Durch neurologische Tests konnte zudem nachgewiesen werden, daß bei Veteranen mit Golfkriegssyndrom die

**Auch das berüchtigte Vietnam-
„Entlaubungsmittel“ AGENT ORANGE
wurde von BAYER geliefert.**

Hirnaktivität zumeist deutlich von den Normalwerten abweicht. Ähnliche Schädigungen werden bei Pestizid-Opfern beobachtet, die organophosphathaltigen Ackergiften, etwa FOLIDOL (= E 605) von BAYER, ausgesetzt waren. Weil DEED zusätzlich im Verdacht steht, Krebs zu erzeugen, wurde AUTAN in Dänemark 1996 verboten.

Letztlich wird es wohl ein „Betriebsgeheimnis“ bleiben, ob BAYER die US-Army tatsächlich für den Golfkrieg mit gefährlichen Giftstoffen ausgestattet hat. Dafür spricht aber nicht nur die Gleichartigkeit der in Kuwait eingesetzten Substanzen mit dem „zivilen“ Lieferprogramm des Chemieriesens, sondern auch die Tatsache, daß es offizielle Geschäftsbeziehungen zwischen BAYER und dem Pentagon gibt. Dies behauptet jedenfalls eine Bürgerinitiative am US-Standort Berkeley, von wo gewaltige Mengen an „Pestimpfstoffen“, wie es offiziell heißt, an das Militär geliefert werden. Die BAYER-KritikerInnen vor Ort glauben jedoch, daß es sich eher um biologische Kampfstoffe handelt, „denn mit den geordneten Chargen könnte man die gesamte Armee der Vereinigten Staaten gleich mehrfach impfen“, heißt es.



BAYER-Chef Schneider will große Koalition

„Den sozialen Standard spürbar reduzieren“

(ho)Obwohl die Gewinne und der Börsenwert explodieren, hat BAYER in den vergangenen fünf Jahren allein in Deutschland über 22.000 Arbeitsplätze vernichtet. Doch Vorstandschef Manfred Schneider gibt sich damit nicht zufrieden. „BAYER muß in Leverkusen genauso billig produzieren wie in ... Portugal“, sagt er. „Verzicht“ heißt folglich die Maxime, spürbare Reduzierung des sozialen Standards. Doch BAYER-Chef Schneider findet trotzdem (immer noch): „Ich bin ... ein netter Kerl.“ Das finden offensichtlich besonders das Kapital und die Mehrheit der AktionärInnen, die - erstmals in der Geschichte des Konzerns - dafür gesorgt haben, daß Schneider nach fünf Jahren Vorstandsvorsitz eine zweite Amtsperiode erhält.



Kritische Aktionärin überreicht Protestbrief an Schneider (li) und Strenger (re.)

Daß BAYER mit dem Image Probleme hat, dürfte schon allein daran ersichtlich sein, welch hochkarätige Moderatoren bemüht werden, das Image des Konzerns zu polieren. Kein geringerer als SAT 1-Anchorman Ulrich Meyer führte Mitte Januar durch eine Propagandaveranstaltung im Leverkusener BAYKOM, die für SchülerInnen aller BAYER-Standorte organisiert wurde. (Wahrscheinlich hat BAYER auch noch die Reisekosten von Brunsbüttel, Bitterfeld, Wuppertal, Dormagen und Krefeld bezahlt, die angesichts der vermutlich hohen Gage für Ulrich Meyer wohl auch nicht mehr ins Gewicht fiel.) Das Motto des Abends („Was ist Sache, Herr Dr. Schneider“) erinnerte an eine ähnlich lautende SAT 1-Sendung mit Schneider-Freund Helmut Kohl („Zur Sache, Kanzler“). Vor über 200 Jugendlichen bekannte BAYER-Boß Schneider selbstherrlich: „Ich bin eigentlich ein netter Kerl.“ Auf die Frage, was er dem Bundeskanzler, den er regelmäßig sieht, raten würde, sagte er salopp: „Erst einmal das halbe Kabinett entlassen. ... Was brauchen wir einen Landwirtschaftsminister, wo wir doch kaum noch Landwirtschaft haben. Besser wäre ein Chemieminister.“

Schneider will große Koalition

In einem Spiegel-Interview führte Schneider wenig später aus: „Ich will eine starke Regierung, die in der Lage ist, die nötigen Veränderungen auf den Weg zu bringen. In Deutschland ist die wirtschaftliche Situation sehr, sehr schwierig. Ich glaube, eine große Koalition wäre für eine begrenzte, überschaubare Zeit - bis zur nächsten Wahl zum Beispiel - die einzige Chance, die nötige Modernisierung einzuleiten. Nur dann würden wir, die Konzerne, wieder die Chance zur Schaffung von Arbeitsplätzen bekommen. Wenn die Politik nicht bald regiert, müssen wir uns im Ausland noch stärker als bisher engagieren.“ Denn: „Dieses Unternehmen muß im globalen Wettbewerb bestehen, und das wird mir hierzulande mit hohen Steuern, hohen Lohnzusatzkosten, langwierigen Genehmigungsverfahren nicht sehr leicht gemacht. Diese Nachteile haben uns gezwungen und werden uns weiter zwingen, Arbeitsplätze abzubauen, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir werden auf absehbare Zeit in Deutschland keine zusätzlichen Jobs schaffen.“

Rationalisierung und Sozialabbau

Zwar werde auch hier noch investiert, aber: „Von den 1,8 Milliarden Mark, die wir 1997 hierzulande ausgeben, fließt das meiste Geld in die Rationalisierung.“ Dennoch: „Wir stellen uns jedesmal die Frage: Können wir diese oder jene Aktivität nicht auch in Deutschland machen? Doch die Antwort auf diese Frage lautet meistens eindeutig 'nein'. ... Zum Beispiel muß man die Frage ernsthaft stellen, ob wir nicht den sozialen Standard spürbar reduzieren sollten. Warum reichen nicht 25 Urlaubstage statt der bisherigen 30 Urlaubstage? Warum kann nicht jeder Krankenversicherte eine Selbstbeteiligung zahlen - wie bei der Autoversicherung? Warum kann man die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht mit Urlaubstagen verrechnen? Warum kann das Arbeitslosengeld nicht abgesenkt werden? Wir würden unsere Situation in Deutschland auch dann deutlich verbessern, wenn diejenigen, die Arbeit haben zum Verzicht auf einen Teil der freiwilligen sozialen Leistungen der Unternehmen bereit wären.“

So billig wie in Portugal

Wie weit dieser Verzicht nach Schneiders Auffassung gehen soll, wird in einer Aussage deutlich, nach der er die Produktionsbedingungen in Deutschland auf portugiesisches Niveau drücken will. (Und in Portugal wird vermutlich der günstigere Standort China ins Feld geführt). Unter dem Vorwand, „wenigstens die bestehenden Chemiearbeitsplätze bei BAYER“ in Deutschland sichern zu wollen

(„Und das wäre mit mehr innerbetrieblicher Solidarität möglich.“) fordert Schneider: „BAYER muß in Leverkusen genauso billig produzieren wie in Großbritannien, Portugal oder Spanien. Wenn wir heute gegen ein spanisches Unternehmen konkurrieren, haben wir einen Kostennachteil von 25 Prozent.“ Mit Rezepten, wie die vermeintlich allzu hohen Kosten gesenkt werden können, ist Schneider schnell bei der Hand: „Viele freiwillige Zahlungen sind in Betriebsvereinbarungen geregelt und müßten nach Ablauf bestimmter Fristen aufgekündigt werden. Aber wir im Vorstand stellen uns derzeit die Frage: Haben wir die Stärke, vielleicht sogar als eines der wenigen Unternehmen in Deutschland, diese Leistungen wieder zu reduzieren? Wir könnten 10 bis 15 Prozent dieser Leistungen abbauen. Dafür würde ich dann ein paar Hundert Leute einstellen. Ich glaube, wir kommen um eine Entscheidung in dieser Frage nicht herum. ... Mit dem Bonner Glaubensbekenntnis, daß wir die Arbeitslosenzahl bis zum Jahr 2000 halbieren, ist noch nichts gewonnen. Die Gesellschaft muß zum Verzicht bereit sein, zum Abschied von manch lieb gewordenem Privileg.“

Noch mehr Rendite

Und wozu das alles? Klar, Schneider will noch höhere Gewinne: „Schauen Sie sich doch mal die Renditen der Amerikaner an oder die von HOFFMANN LA ROCHE. Die verdienen bis zu 20 Prozent, und zwar nach Steuern. Davon sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. Letzten Endes will ich als Konzernchef doch das Geld der Aktionäre haben. Wir müssen für die Anleger attraktiv sein, ich kann mich nicht mit dem Bäcker an der Ecke vergleichen, ich muß international mithalten können. Die Aktionäre fragen sich doch jeden Tag: Warum soll ich eine BAYER-Aktie kaufen?“

Quellen: Leverkusener Anzeiger v. 16.1.97, Rheinische Post v. 16.1.97, Der Spiegel 11/97

Weniger Jobs - mehr Profit

Der Personalkostenanteil an den Gesamtkosten bei der BAYER AG ist in den letzten Jahren ständig gesunken. 1997 sollen sie erneut von derzeit 35 auf 30 Prozent des Umsatzes sinken, die Produktivität auf diese Weise erneut gesteigert werden. Seit 1992 sind 20 Prozent bzw. 22.000 der inländischen Arbeitsplätze bei BAYER vernichtet worden. Der Börsenwert des Konzerns ist seither um 200 Prozent von 18 Milliarden auf 53 Milliarden Mark gestiegen. Der Gewinn vor Steuern kletterte von 2,7 Milliarden Mark in 1992 auf 4,6 Milliarden Mark in 1996, die Dividende von 13 (1995) über 15 (1996) auf nun 17 Mark (1997).



Neues Layout: STICHWORT BAYER Nun noch wirksamer

Liebe LeserInnen, wir hoffen, daß Ihnen das neue STICHWORT BAYER genauso gut gefällt wie uns. (Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung. Unter allen EinsenderInnen verlosen wir drei brandneue Romane „Der Störfall von Dormagen“ von Klas Everwyn, herausgegeben von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN.)

Das neue Layout soll dazu beitragen, die Lesbarkeit unserer Zeitung zu verbessern und damit die BAYER-kritische Arbeit noch mehr Menschen nahe zu bringen. Immerhin: STICHWORT BAYER ist seit 15 Jahren ein wirksames Mittel gegen Konzernwillkür und die einzige Publikation, die kontinuierlich die Untaten eines Multis kritisch begleitet. Unsere Arbeit ist heute notwendiger denn je zuvor.

Leider kostet das neue Konzept - trotz sparsamster Mittelverwendung - mehr Geld als vorher. Wir bitten daher alle LeserInnen ganz herzlich, uns mit einer Spende zu unterstützen. Und: Bitte empfehlen Sie uns weiter. Bestellen Sie bitte für 3 Mark/Stück (incl. Porto) weitere Hefte zum Verteilen an FreundInnen und Verwandte. (Der günstige Preis gilt nur in Verbindung mit einem bestehenden Abo. Bestelladresse siehe Impressum) Vielen Dank.

Weitere Hefte ordern. Nur 3 Mark/Stück.

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Der Dormagener Störfall

Ausgezeichnet mit dem Literaturpreis der Stadt Dormagen. Durch gerichtliche Intervention konnte BAYER die Veröffentlichung verhindern. Jetzt erscheint der außergewöhnliche Roman pünktlich zum 100. Geburtstag des Leverkusener Werks im Hardcover.



DM 29,80

An: CBG, PF 150418, 40081 Düsseldorf. Bitte V-scheck (zzgl. DM 8,- für Porto + Verpackung) beilegen.

BAYER-Chef Schneider will große Koalition

„Den sozialen Standard spürbar reduzieren“

(ho)Obwohl die Gewinne und der Börsenwert explodieren, hat BAYER in den vergangenen fünf Jahren allein in Deutschland über 22.000 Arbeitsplätze vernichtet. Doch Vorstandschef Manfred Schneider gibt sich damit nicht zufrieden. „BAYER muß in Leverkusen genauso billig produzieren wie in ... Portugal“, sagt er. „Verzicht“ heißt folglich die Maxime, spürbare Reduzierung des sozialen Standards. Doch BAYER-Chef Schneider findet trotzdem (immer noch): „Ich bin ... ein netter Kerl.“ Das finden offensichtlich besonders das Kapital und die Mehrheit der AktionärInnen, die - erstmals in der Geschichte des Konzerns - dafür gesorgt haben, daß Schneider nach fünf Jahren Vorstandsvorsitz eine zweite Amtsperiode erhält.



Kritische Aktionärin überreicht Protestbrief an Schneider (li) und Strenger (re.)

Daß BAYER mit dem Image Probleme hat, dürfte schon allein daran ersichtlich sein, welch hochkarätige Moderatoren bemüht werden, das Image des Konzerns zu polieren. Kein geringerer als SAT 1-Anchorman Ulrich Meyer führte Mitte Januar durch eine Propagandaveranstaltung im Leverkusener BAYKOM, die für SchülerInnen aller BAYER-Standorte organisiert wurde. (Wahrscheinlich hat BAYER auch noch die Reisekosten von Brunsbüttel, Bitterfeld, Wuppertal, Dormagen und Krefeld bezahlt, die angesichts der vermutlich hohen Gage für Ulrich Meyer wohl auch nicht mehr ins Gewicht fiel.) Das Motto des Abends („Was ist Sache, Herr Dr. Schneider“) erinnerte an eine ähnlich lautende SAT 1-Sendung mit Schneider-Freund Helmut Kohl („Zur Sache, Kanzler“). Vor über 200 Jugendlichen bekannte BAYER-Boß Schneider selbstherrlich: „Ich bin eigentlich ein netter Kerl.“ Auf die Frage, was er dem Bundeskanzler, den er regelmäßig sieht, raten würde, sagte er salopp: „Erst einmal das halbe Kabinett entlassen. ... Was brauchen wir einen Landwirtschaftsminister, wo wir doch kaum noch Landwirtschaft haben. Besser wäre ein Chemieminister.“

Schneider will große Koalition

In einem Spiegel-Interview führte Schneider wenig später aus: „Ich will eine starke Regierung, die in der Lage ist, die nötigen Veränderungen auf den Weg zu bringen. In Deutschland ist die wirtschaftliche Situation sehr, sehr schwierig. Ich glaube, eine große Koalition wäre für eine begrenzte, überschaubare Zeit - bis zur nächsten Wahl zum Beispiel - die einzige Chance, die nötige Modernisierung einzuleiten. Nur dann würden wir, die Konzerne, wieder die Chance zur Schaffung von Arbeitsplätzen bekommen. Wenn die Politik nicht bald regiert, müssen wir uns im Ausland noch stärker als bisher engagieren.“ Denn: „Dieses Unternehmen muß im globalen Wettbewerb bestehen, und das wird mir hierzulande mit hohen Steuern, hohen Lohnzusatzkosten, langwierigen Genehmigungsverfahren nicht sehr leicht gemacht. Diese Nachteile haben uns gezwungen und werden uns weiter zwingen, Arbeitsplätze abzubauen, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir werden auf absehbare Zeit in Deutschland keine zusätzlichen Jobs schaffen.“

Rationalisierung und Sozialabbau

Zwar werde auch hier noch investiert, aber: „Von den 1,8 Milliarden Mark, die wir 1997 hierzulande ausgeben, fließt das meiste Geld in die Rationalisierung.“ Dennoch: „Wir stellen uns jedesmal die Frage: Können wir diese oder jene Aktivität nicht auch in Deutschland machen? Doch die Antwort auf diese Frage lautet meistens eindeutig 'nein'. ... Zum Beispiel muß man die Frage ernsthaft stellen, ob wir nicht den sozialen Standard spürbar reduzieren sollten. Warum reichen nicht 25 Urlaubstage statt der bisherigen 30 Urlaubstage? Warum kann nicht jeder Krankenversicherte eine Selbstbeteiligung zahlen - wie bei der Autoversicherung? Warum kann man die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht mit Urlaubstagen verrechnen? Warum kann das Arbeitslosengeld nicht abgesenkt werden? Wir würden unsere Situation in Deutschland auch dann deutlich verbessern, wenn diejenigen, die Arbeit haben zum Verzicht auf einen Teil der freiwilligen sozialen Leistungen der Unternehmen bereit wären.“

So billig wie in Portugal

Wie weit dieser Verzicht nach Schneiders Auffassung gehen soll, wird in einer Aussage deutlich, nach der er die Produktionsbedingungen in Deutschland auf portugiesisches Niveau drücken will. (Und in Portugal wird vermutlich der günstigere Standort China ins Feld geführt). Unter dem Vorwand, „wenigstens die bestehenden Chemiearbeitsplätze bei BAYER“ in Deutschland sichern zu wollen

(„Und das wäre mit mehr innerbetrieblicher Solidarität möglich.“) fordert Schneider: „BAYER muß in Leverkusen genauso billig produzieren wie in Großbritannien, Portugal oder Spanien. Wenn wir heute gegen ein spanisches Unternehmen konkurrieren, haben wir einen Kostennachteil von 25 Prozent.“ Mit Rezepten, wie die vermeintlich allzu hohen Kosten gesenkt werden können, ist Schneider schnell bei der Hand: „Viele freiwillige Zahlungen sind in Betriebsvereinbarungen geregelt und müßten nach Ablauf bestimmter Fristen aufgekündigt werden. Aber wir im Vorstand stellen uns derzeit die Frage: Haben wir die Stärke, vielleicht sogar als eines der wenigen Unternehmen in Deutschland, diese Leistungen wieder zu reduzieren? Wir könnten 10 bis 15 Prozent dieser Leistungen abbauen. Dafür würde ich dann ein paar Hundert Leute einstellen. Ich glaube, wir kommen um eine Entscheidung in dieser Frage nicht herum. ... Mit dem Bonner Glaubensbekenntnis, daß wir die Arbeitslosenzahl bis zum Jahr 2000 halbieren, ist noch nichts gewonnen. Die Gesellschaft muß zum Verzicht bereit sein, zum Abschied von manch lieb gewordenem Privileg.“

Noch mehr Rendite

Und wozu das alles? Klar, Schneider will noch höhere Gewinne: „Schauen Sie sich doch mal die Renditen der Amerikaner an oder die von HOFFMANN LA ROCHE. Die verdienen bis zu 20 Prozent, und zwar nach Steuern. Davon sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. Letzten Endes will ich als Konzernchef doch das Geld der Aktionäre haben. Wir müssen für die Anleger attraktiv sein, ich kann mich nicht mit dem Bäcker an der Ecke vergleichen, ich muß international mithalten können. Die Aktionäre fragen sich doch jeden Tag: Warum soll ich eine BAYER-Aktie kaufen?“

Quellen: Leverkusener Anzeiger v. 16.1.97, Rheinische Post v. 16.1.97, Der Spiegel 11/97

Weniger Jobs - mehr Profit

Der Personalkostenanteil an den Gesamtkosten bei der BAYER AG ist in den letzten Jahren ständig gesunken. 1997 sollen sie erneut von derzeit 35 auf 30 Prozent des Umsatzes sinken, die Produktivität auf diese Weise erneut gesteigert werden. Seit 1992 sind 20 Prozent bzw. 22.000 der inländischen Arbeitsplätze bei BAYER vernichtet worden. Der Börsenwert des Konzerns ist seither um 200 Prozent von 18 Milliarden auf 53 Milliarden Mark gestiegen. Der Gewinn vor Steuern kletterte von 2,7 Milliarden Mark in 1992 auf 4,6 Milliarden Mark in 1996, die Dividende von 13 (1995) über 15 (1996) auf nun 17 Mark (1997).



Neues Layout: STICHWORT BAYER Nun noch wirksamer

Liebe LeserInnen, wir hoffen, daß Ihnen das neue STICHWORT BAYER genauso gut gefällt wie uns. (Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung. Unter allen EinsenderInnen verlosen wir drei brandneue Romane „Der Störfall von Dormagen“ von Klas Everwyn, herausgegeben von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN.)

Das neue Layout soll dazu beitragen, die Lesbarkeit unserer Zeitung zu verbessern und damit die BAYER-kritische Arbeit noch mehr Menschen nahe zu bringen. Immerhin: STICHWORT BAYER ist seit 15 Jahren ein wirksames Mittel gegen Konzernwillkür und die einzige Publikation, die kontinuierlich die Untaten eines Multis kritisch begleitet. Unsere Arbeit ist heute notwendiger denn je zuvor.

Leider kostet das neue Konzept - trotz sparsamster Mittelverwendung - mehr Geld als vorher. Wir bitten daher alle LeserInnen ganz herzlich, uns mit einer Spende zu unterstützen. Und: Bitte empfehlen Sie uns weiter. Bestellen Sie bitte für 3 Mark/Stück (incl. Porto) weitere Hefte zum Verteilen an FreundInnen und Verwandte. (Der günstige Preis gilt nur in Verbindung mit einem bestehenden Abo. Bestelladresse siehe Impressum) Vielen Dank.

Weitere Hefte ordern. Nur 3 Mark/Stück.

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

Der Dormagener Störfall

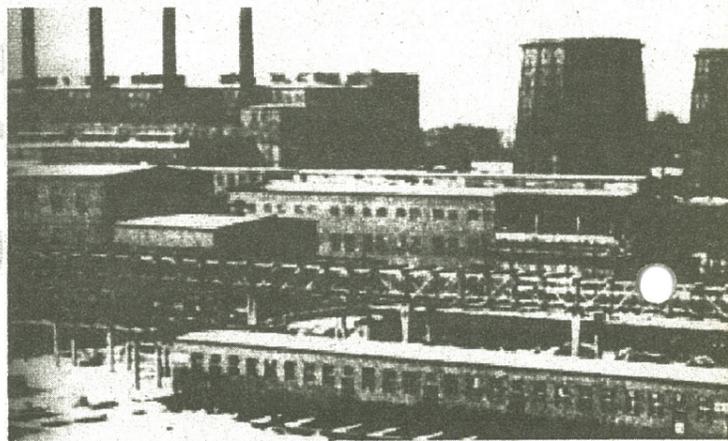
Ausgezeichnet mit dem Literaturpreis der Stadt Dormagen. Durch gerichtliche Intervention konnte BAYER die Veröffentlichung verhindern. Jetzt erscheint der außergewöhnliche Roman pünktlich zum 100. Geburtstag des Leverkusener Werks im Hardcover.



An: CBG, PF 150418, 40081 Düsseldorf. Bitte V-scheck (zzgl. DM 8,- für Porto + Verpackung) beilegen.

Wie AGFA das Nazi-Regime propagandistisch aufrüstet

„Geheimvertrag mit Reichsleitung“



BUNA-Werk in Auschwitz

Wie eng die Verbindungen zwischen den Nationalsozialisten und der von BAYER-Fürst Carl Duisberg ins Leben gerufenen IG FARBEN von Anfang an waren, zeigt (u. a.) ein Geheimvertrag zwischen der IG-Farben- bzw. BAYER-Tochter AGFA und der „NSDAP-Reichsleitung“, der noch vor Errichtung der Hitlerdiktatur unterzeichnet wurde. Darin läßt AGFA sich zum Monopol-Lieferanten für Schmalfilmgeräte und Zubehör bestellen. Später war AGFA maßgeblich an nahezu allen propagandistischen Machwerken der Faschisten beteiligt.

Von Dr. Janis Schmelzer

Fritz ter Meer, Vorstandsmitglied der IG FARBEN, hob in seinem Buch „Die IG FARBEN-Industrie AG, Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung“ 1953 hervor, daß „die Vorstandsmitglieder der IG im Durchschnitt umfassende und weitschauende Geschäftsleute waren.“ (1) Gewiß zählte er dazu auch den damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der BAVARIA-Filmkunst GmbH und Aufsichtsratsmitglied der BAVARIA-Atelier GmbH, München, E. Schoenicke sowie einen gewissen B. Uhl, Ehrenvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Fotografie in Köln und Ehrenvorsitzender des Verbandes der Deutschen Fotografischen Industrie. Beide waren vor der Errichtung der Hitlerdiktatur auf dem Gebiet des Filmwesens die Mittelsmänner der IG FARBEN zu den militärischen und nazistischen Organisationen in Deutschland sowie zu den faschistischen Partei- und Regierungsstellen Mussolini-Italiens.

Schoenicke führte als Beauftragter der IG FARBEN mit der Filmstelle des „Stahlhelm“ (2) Verhandlungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Filmwesens, die am 4. Oktober 1932 mit dem Abschluß eines Sondervertrages endeten. Die IG FARBEN lieferte dem Bundesamt des Stahlhelm, deren Landesverbänden und Unterorganisationen Filmgeräte zu Sonderpreisen, organisierte den Filmverleih, bildete Stahlhelmmitglieder in Sonderkursen der heutigen BAYER-Tochter AGFA aus und übernahm u. a. den Verleih und Verkauf von Kopien des Filmes „13. Reichsfrontsoldatentag“ (3)

Zwölf Tage vor der Errichtung der Nazidiktatur, am 18. Januar 1933, wurde nach Verhandlungen zwischen der „NSDAP-Reichsleitung“ und Schoenicke ein als „streng vertraulich“ deklariertes Abkommen mit der IG FARBEN abgeschlossen, das detaillierter und politisch akzentuierter als der „Stahlhelm-Vertrag“ von 1932 war. Der Jahresvertrag enthielt vier Punkte. Im Punkt 1 erklärte sich die IG FARBEN PHOTO (Deutschland) bereit, der NSDAP ihren „MOVECTOR ALL“ zu einem Fachsonderpreis von 445,- Mark zu liefern. Bei der Lieferung sollten vorrangig solche ortsansässigen autorisierten AGFA-

Kine-Händler berücksichtigt werden, die von den Dienststellen der NSDAP zu benennen waren. Die NSDAP verpflichtete sich ihrerseits, während der Dauer des Abkommens nur AGFA-Schmalfilmgeräte und -Materialien zu verwenden. Das sollte auch für die Abnahme der geplanten Produktion von AGFA-Schmaltonfilm-Apparaten gelten. Im Punkt 2 wurden den Dienststellen der NSDAP IG-Abonnementspreise und -bedingungen eingeräumt und besondere Wünsche bei der Programm-Zusammenstellung berücksichtigt. Die Filmbestellungen sollten im Interesse der laufenden Kontrolle durch die Reichsleitung über die Reichspropaganda-Leitung, Hauptabteilung III, Berlin laufen. „Die parteieigenen Filme werden von der NSDAP selbst berechnet, von uns mitversandt,“ heißt es des weiteren. Die Hauptabteilung III sollte 19 % von den aus dem Verleih an Dienststellen der NSDAP eingehenden Leihgebühren erhalten. Im Punkt 3 es, daß bei besonders geeigneten vater-



Hitler und BAYER-Mann Fritz ter Meer

ländischen- und Heimatfilmen auf Schmalfilm die IG FARBEN ihre technische Erfahrung und Hilfe zur Verfügung stellen werde. Im Interesse einer genügend breiten Basis werde der Ausbau des Programms entsprechend der fortschreitenden Ausrüstung der Dienststellen mit Schmalfilm-Apparaten erfolgen. Der abschließende Punkt 4 behandelte die Qualifizierung der Mitglieder der NSDAP in Schnellkursen der IG FARBEN-Photoschule in Berlin bei kostenlosem Unterricht und Mittagessen. Darüber hinaus ging es darum, in „vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern“, die Verwendung des Schmalfilms durch Einrichtung von Lichtspielkreisen zu fördern, in denen Parteimitglieder Vorführungen veranstalten. Die Reichsleitung übernahm die Verpflichtung, sich für die Verwendung des Schmalfilms einzusetzen. Für die Beratung und Hilfeleistung stand die IG zur Verfügung. Abschließend wurden Festlegungen bezüglich der Presse vereinbart. Im Interesse der Propaganda der Film- und Photoarbeit übernahm die IG FARBEN die Kosten für 4 Seiten Inserate in der Zeitung „Film und Volk“ für das laufende Jahr 1933 in Höhe von 480,- Mark je Seite. Für die Insertion sollte ein besonderer Auftrag erteilt werden. Darin blieb es der IG FARBEN freigestellt, in welcher Form sie die Abnahme vollziehe, ob als Inserate, Artikel, Notizen,



Alte AGFA-Werbung

Feuilletons usw. Sie versicherte, daß sich die Publikationen selbstverständlich lediglich mit Film und Photo befassen werden und sich in keiner Weise „gegen die NSDAP und ihre Ziele richten“ werden. (4)

Der Deal mit der NSDAP schien der AGFA nicht zu genügen. Sie war bestrebt, weitere nazistische Organisationen in ihr Geschäft einzubeziehen. Deshalb wandten sich die Beauftragten der IG FARBEN Uhl und Rahts an den Leiter der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), Robert Ley. Dieser hatte im November 1933 an der AGFA-Schau „Die Kamera-Berlin“ teilgenommen. Darauf bezugnehmend hieß es in ihrem Brief, da er der Fotografie ein großes Interesse entgegengebracht habe, sehe sich die IG FARBEN veranlaßt, seine „Aufmerksamkeit auf eine sehr wichtige Angelegenheit zu lenken, und zwar auf die Einbeziehung der Propaganda in die Organisation 'Kraft durch Freude'“ (KDF). Die Ley unterstehende Nazioorganisation, die mit demagogischen Mitteln – KDF-Fahrten ins Ausland mit getarnten Lazaretttschiffen, KDF-Sport zur „Wehrertüchtigung“, KDF-Bad Rügen – die Bevölkerung vor der Kriegsvorbereitung täuschte, sollte auf Anraten der AGFA „unter allen Umständen“ die Fotografie in diese Politik einbeziehen. Dies sei aus „erzieherischen, kulturellen und propagandistischen Gründen“ notwendig. Die AGFA schlug detaillierte Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Pläne vor. Sie versicherte Ley bzw. seinen Herren, „diesbezügliche Erfahrungen („Stahlhelm“ und NSDAP, J.S.) gern zur Verfügung“ zu stellen. (5)

Das „Amt“ beauftragte seinen „Gau-Schulungsleiter des Gaues Groß-Berlin“, Parteigenossen (Pg.) Leutloff, mit der Regelung daß daraufhin auch in den anderen Gauen AGFA-Propagandavorträge gemeinsam mit der „NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'“ durchgeführt werden könnten.

Zur gleichen Zeit hatte die AGFA auch mit dem „Reichsschulungsamt“ der DAF Verbindung aufgenommen. Das „Amt“ beauftragte seinen „Gau-Schulungsleiter des Gaues Groß-Berlin“, Parteigenossen (Pg.) Leutloff, mit der Regelung, daß daraufhin auch in den

anderen Gauen AGFA-Propagandavorträge gemeinsam mit der „NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'“ durchgeführt werden könnten. Zu diesem Zweck besuchte ein Vertreter der IG FARBEN das „Hitler-Haus“ in Berlin. Er war beauftragt, die „prinzipielle Bereitwilligkeit, nach Kräften mitzuwirken“, zu übermitteln und hinsichtlich des Umfangs der Beteiligung der IG FARBEN an dem KDF-Propaganda-Programm Festlegungen zu treffen. (7)

Nun fehlten nur noch die Verbindungen der AGFA zur SS. Diese bestanden selbstverständlich auch seit 1933, jedoch nicht auf dem Gebiet der Propaganda. Dr. Fritz Gajewski, der Leiter der AGFA-Filmfabrik, ließ regelmäßig Gelder an die SS-Brigaden seines Gaues überweisen. (8) Zahlreiche Dankschreiben der Empfänger liegen in Wolfen vor. So der Dank des SS-Brigadeführers SS-Abschnitt XVI Magdeburg vom 26. Oktober 1934 an Dr. Gajewski, mit der Bitte, „der SS Ihr Wohlwollen auch in Zukunft erhalten zu wollen“. (9)

Ein besonders bemerkenswerter Brief stammt aus der Feder des Verwaltungschefs der SS beim Reichsführer der Schutzstaffeln der NSDAP, SS-Gruppenführer Pohl, nach seinem Besuch in Wolfen. Er bedankt sich am 9. Februar 1937 für die ihm überlassene Film-Apparatur aus dem AGFA-Camarawerk München und das Angebot zur Ausbildung eines Mannes seiner Dienststelle. (10) Sieben Jahre später schrieb der nun zum SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS beförderte Leiter des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes gleiche Pohl am 6. Juli 1944 an das IG FARBEN-Werk in Auschwitz bezüglich der Anforderung der IG auf Unterwäsche, Oberbekleidung und Schuhwerk für 6.000 Männer und 4.000 Frauen. Diese Sachen sollten sukzessive aus dem Konzentrationslager Auschwitz geliefert werden. (11)

1) Fritz ter Meer, Die IG FARBEN-Industrie AG, Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung, Düsseldorf, 1953, S. 55

2) „Stahlhelm“ = Bund der Frontsoldaten, profaschistisch-militaristische Organisation. Im November 1918 zur Niederschlagung der Revolution gegründet. Enge Verbindung vor 1933 zur NSDAP, 1934 als „SA-Reserve“ übernommen.

3) IG FARBEN an Filmstelle des „Stahlhelm“, 4.10.1932, in: Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen (weiterhin geführt als Fifa) Fifa A 1376

4) IG FARBEN AG, Uhl/Vehl an NSDAP, Reichsleitung Film, München, 18.1.1934, in: Fifa A 1381

5) Uhl/Rahts an Robert Ley, 31.1.1934, in: Fifa A 1407

6) DAF an AGFA, 23.1.1934, in: Fifa A 1407

7) Bericht über den Besuch bei Herrn Leutloff im Hitler-Haus am Freitag, dem 9.2.1934, in: Fifa A 1407

8) Curschmann an Prof. Selck, Ffm., 9.1.1934, in: Fifa A 5249. Spenden an nationale u. sonstige Formationen. Fabrikbuchhaltung Filmfabrik Wolfen, 1933-1934, in: Fifa A 5177

9) SS-Abschnitt XVI Magdeburg, 26.10.1934 an Dr. Gajewski, in: Fifa A 5177

10) Verwaltungschef der SS, SS-Gruppenführer Pohl, Berlin, 9.2.1937, an Dr. Gajewski, in: Fifa A 5177

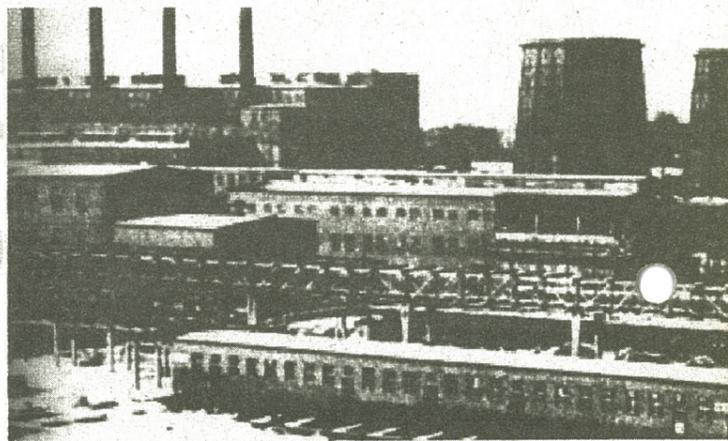
11) Chef SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, SS-Obergruppenführer und General, Pohl 4.7.1944 an IG FARBEN Auschwitz, in: IG FARBEN, Auschwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der IG FARBEN, Berlin 1965, Dokument Nr. 34, S. 50

Wie AGFA das Nazi-Regime propagandistisch aufrüstet

„Geheimvertrag mit Reichsleitung“

Wie eng die Verbindungen zwischen den Nationalsozialisten und der von BAYER-Fürst Carl Duisberg ins Leben gerufenen IG FARBEN von Anfang an waren, zeigt (u. a.) ein Geheimvertrag zwischen der IG-Farben- bzw. BAYER-Tochter AGFA und der „NSDAP-Reichsleitung“, der noch vor Errichtung der Hitlerdiktatur unterzeichnet wurde. Darin läßt AGFA sich zum Monopol-Lieferanten für Schmalfilmgeräte und Zubehör bestellen. Später war AGFA maßgeblich an nahezu allen propagandistischen Machwerken der Faschisten beteiligt.

Von Dr. Janis Schmelzer



BUNA-Werk in Auschwitz

Fritz ter Meer, Vorstandsmitglied der IG FARBEN, hob in seinem Buch „Die IG FARBEN-Industrie AG, Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung“ 1953 hervor, daß „die Vorstandsmitglieder der IG im Durchschnitt umfassende und weitschauende Geschäftsleute waren.“ (1) Gewiß zählte er dazu auch den damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der BAVARIA-Filmkunst GmbH und Aufsichtsratsmitglied der BAVARIA-Atelier GmbH, München, E. Schoenicke sowie einen gewissen B. Uhl, Ehrenvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Fotografie in Köln und Ehrenvorsitzender des Verbandes der Deutschen Fotografischen Industrie. Beide waren vor der Errichtung der Hitlerdiktatur auf dem Gebiet des Filmwesens die Mittelsmänner der IG FARBEN zu den militärischen und nazistischen Organisationen in Deutschland sowie zu den faschistischen Partei- und Regierungsstellen Mussolini-Italiens.

Schoenicke führte als Beauftragter der IG FARBEN mit der Filmstelle des „Stahlhelm“ (2) Verhandlungen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Filmwesens, die am 4. Oktober 1932 mit dem Abschluß eines Sondervertrages endeten. Die IG FARBEN lieferte dem Bundesamt des Stahlhelm, deren Landesverbänden und Unterorganisationen Filmgeräte zu Sonderpreisen, organisierte den Filmverleih, bildete Stahlhelmmitglieder in Sonderkursen der heutigen BAYER-Tochter AGFA aus und übernahm u. a. den Verleih und Verkauf von Kopien des Filmes „13. Reichsfrontsoldatentag“ (3)

Zwölf Tage vor der Errichtung der Nazidiktatur, am 18. Januar 1933, wurde nach Verhandlungen zwischen der „NSDAP-Reichsleitung“ und Schoenicke ein als „streng vertraulich“ deklariertes Abkommen mit der IG FARBEN abgeschlossen, das detaillierter und politisch akzentuierter als der „Stahlhelm-Vertrag“ von 1932 war. Der Jahresvertrag enthielt vier Punkte. Im Punkt 1 erklärte sich die IG FARBEN PHOTO (Deutschland) bereit, der NSDAP ihren „MOVECTOR ALL“ zu einem Fachsonderpreis von 445,- Mark zu liefern. Bei der Lieferung sollten vorrangig solche ortsansässigen autorisierten AGFA-

Kine-Händler berücksichtigt werden, die von den Dienststellen der NSDAP zu benennen waren. Die NSDAP verpflichtete sich ihrerseits, während der Dauer des Abkommens nur AGFA-Schmalfilmgeräte und -Materialien zu verwenden. Das sollte auch für die Abnahme der geplanten Produktion von AGFA-Schmaltonfilm-Apparaten gelten. Im Punkt 2 wurden den Dienststellen der NSDAP IG-Abonnementspreise und -bedingungen eingeräumt und besondere Wünsche bei der Programm-Zusammenstellung berücksichtigt. Die Filmbestellungen sollten im Interesse der laufenden Kontrolle durch die Reichsleitung über die Reichspropaganda-Leitung, Hauptabteilung III, Berlin laufen. „Die parteieigenen Filme werden von der NSDAP selbst berechnet, von uns mitversandt,“ heißt es des weiteren. Die Hauptabteilung III sollte 19 % von den aus dem Verleih an Dienststellen der NSDAP eingehenden Leihgebühren erhalten. Im Punkt 3 es, daß bei besonders geeigneten vater-



Hitler und BAYER-Mann Fritz ter Meer

ländischen- und Heimatfilmen auf Schmalfilm die IG FARBEN ihre technische Erfahrung und Hilfe zur Verfügung stellen werde. Im Interesse einer genügend breiten Basis werde der Ausbau des Programms entsprechend der fortschreitenden Ausrüstung der Dienststellen mit Schmalfilm-Apparaten erfolgen. Der abschließende Punkt 4 behandelte die Qualifizierung der Mitglieder der NSDAP in Schnellkursen der IG FARBEN-Photoschule in Berlin bei kostenlosem Unterricht und Mittagessen. Darüber hinaus ging es darum, in „vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern“, die Verwendung des Schmalfilms durch Einrichtung von Lichtspielkreisen zu fördern, in denen Parteimitglieder Vorführungen veranstalten. Die Reichsleitung übernahm die Verpflichtung, sich für die Verwendung des Schmalfilms einzusetzen. Für die Beratung und Hilfeleistung stand die IG zur Verfügung. Abschließend wurden Festlegungen bezüglich der Presse vereinbart. Im Interesse der Propaganda der Film- und Photoarbeit übernahm die IG FARBEN die Kosten für 4 Seiten Inserate in der Zeitung „Film und Volk“ für das laufende Jahr 1933 in Höhe von 480,- Mark je Seite. Für die Insertion sollte ein besonderer Auftrag erteilt werden. Darin blieb es der IG FARBEN freigestellt, in welcher Form sie die Abnahme vollziehe, ob als Inserate, Artikel, Notizen,



Alte AGFA-Werbung

Feuilletons usw. Sie versicherte, daß sich die Publikationen selbstverständlich lediglich mit Film und Photo befassen werden und sich in keiner Weise „gegen die NSDAP und ihre Ziele richten“ werden. (4)

Der Deal mit der NSDAP schien der AGFA nicht zu genügen. Sie war bestrebt, weitere nazistische Organisationen in ihr Geschäft einzubeziehen. Deshalb wandten sich die Beauftragten der IG FARBEN Uhl und Rahts an den Leiter der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), Robert Ley. Dieser hatte im November 1933 an der AGFA-Schau „Die Kamera-Berlin“ teilgenommen. Darauf bezugnehmend hieß es in ihrem Brief, da er der Fotografie ein großes Interesse entgegengebracht habe, sehe sich die IG FARBEN veranlaßt, seine „Aufmerksamkeit auf eine sehr wichtige Angelegenheit zu lenken, und zwar auf die Einbeziehung der Propaganda in die Organisation 'Kraft durch Freude'“ (KDF). Die Ley unterstehende Nazioorganisation, die mit demagogischen Mitteln – KDF-Fahrten ins Ausland mit getarnten Lazaretttschiffen, KDF-Sport zur „Wehrertüchtigung“, KDF-Bad Rügen – die Bevölkerung vor der Kriegsvorbereitung täuschte, sollte auf Anraten der AGFA „unter allen Umständen“ die Fotografie in diese Politik einbeziehen. Dies sei aus „erzieherischen, kulturellen und propagandistischen Gründen“ notwendig. Die AGFA schlug detaillierte Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Pläne vor. Sie versicherte Ley bzw. seinen Herren, „diesbezügliche Erfahrungen („Stahlhelm“ und NSDAP, J.S.) gern zur Verfügung“ zu stellen. (5)

Das „Amt“ beauftragte seinen „Gau-Schulungsleiter des Gaues Groß-Berlin“, Parteigenossen (Pg.) Leutloff, mit der Regelung daß daraufhin auch in den anderen Gaue AGFA-Propagandavorträge gemeinsam mit der „NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'“ durchgeführt werden könnten.

Zur gleichen Zeit hatte die AGFA auch mit dem „Reichsschulungsamt“ der DAF Verbindung aufgenommen. Das „Amt“ beauftragte seinen „Gau-Schulungsleiter des Gaues Groß-Berlin“, Parteigenossen (Pg.) Leutloff, mit der Regelung, daß daraufhin auch in den

anderen Gaue AGFA-Propagandavorträge gemeinsam mit der „NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'“ durchgeführt werden könnten. Zu diesem Zweck besuchte ein Vertreter der IG FARBEN das „Hitler-Haus“ in Berlin. Er war beauftragt, die „prinzipielle Bereitwilligkeit, nach Kräften mitzuwirken“, zu übermitteln und hinsichtlich des Umfangs der Beteiligung der IG FARBEN an dem KDF-Propaganda-Programm Festlegungen zu treffen. (7)

Nun fehlten nur noch die Verbindungen der AGFA zur SS. Diese bestanden selbstverständlich auch seit 1933, jedoch nicht auf dem Gebiet der Propaganda. Dr. Fritz Gajewski, der Leiter der AGFA-Filmfabrik, ließ regelmäßig Gelder an die SS-Brigaden seines Gaues überweisen. (8) Zahlreiche Dankschreiben der Empfänger liegen in Wolfen vor. So der Dank des SS-Brigadeführers SS-Abschnitt XVI Magdeburg vom 26. Oktober 1934 an Dr. Gajewski, mit der Bitte, „der SS Ihr Wohlwollen auch in Zukunft erhalten zu wollen“. (9)

Ein besonders bemerkenswerter Brief stammt aus der Feder des Verwaltungschefs der SS beim Reichsführer der Schutzstaffeln der NSDAP, SS-Gruppenführer Pohl, nach seinem Besuch in Wolfen. Er bedankt sich am 9. Februar 1937 für die ihm überlassene Film-Apparatur aus dem AGFA-Camarawerk München und das Angebot zur Ausbildung eines Mannes seiner Dienststelle. (10) Sieben Jahre später schrieb der nun zum SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS beförderte Leiter des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes gleiche Pohl am 6. Juli 1944 an das IG FARBEN-Werk in Auschwitz bezüglich der Anforderung der IG auf Unterwäsche, Oberbekleidung und Schuhwerk für 6.000 Männer und 4.000 Frauen. Diese Sachen sollten sukzessive aus dem Konzentrationslager Auschwitz geliefert werden. (11)

1) Fritz ter Meer, Die IG FARBEN-Industrie AG, Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung, Düsseldorf, 1953, S. 55

2) „Stahlhelm“ = Bund der Frontsoldaten, profaschistisch-militaristische Organisation. Im November 1918 zur Niederschlagung der Revolution gegründet. Enge Verbindung vor 1933 zur NSDAP, 1934 als „SA-Reserve“ übernommen.

3) IG FARBEN an Filmstelle des „Stahlhelm“, 4.10.1932, in: Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen (weiterhin geführt als Fifa) Fifa A 1376

4) IG FARBEN AG, Uhl/Vehl an NSDAP, Reichsleitung Film, München, 18.1.1934, in: Fifa A 1381

5) Uhl/Rahts an Robert Ley, 31.1.1934, in: Fifa A 1407

6) DAF an AGFA, 23.1.1934, in: Fifa A 1407

7) Bericht über den Besuch bei Herrn Leutloff im Hitler-Haus am Freitag, dem 9.2.1934, in: Fifa A 1407

8) Curschmann an Prof. Selck, Ffm., 9.1.1934, in: Fifa A 5249. Spenden an nationale u. sonstige Formationen. Fabrikbuchhaltung Filmfabrik Wolfen, 1933-1934, in: Fifa A 5177

9) SS-Abschnitt XVI Magdeburg, 26.10.1934 an Dr. Gajewski, in: Fifa A 5177

10) Verwaltungschef der SS, SS-Gruppenführer Pohl, Berlin, 9.2.1937, an Dr. Gajewski, in: Fifa A 5177

11) Chef SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, SS-Obergruppenführer und General, Pohl 4.7.1944 an IG FARBEN Auschwitz, in: IG FARBEN, Auschwitz, Massenmord. Über die Blutschuld der IG FARBEN, Berlin 1965, Dokument Nr. 34, S. 50

Text des hinterlegten Dokumentes:
Auf Ihre telefonische Anfrage vom 18. ds. Mts. bestätigen wir Ihnen unter Hinweis auf Unser Schreiben vom 12. ds. Mts., dass der Benennung der Camera, die Sie herausbringen wollen, mit „Hajot“ unsererseits nichts im Wege steht.

Heil Hitler!
Gebietsführer